

Jahresbericht 2015

Wer wir sind
Wofür wir eintehen
Wie wir arbeiten



Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

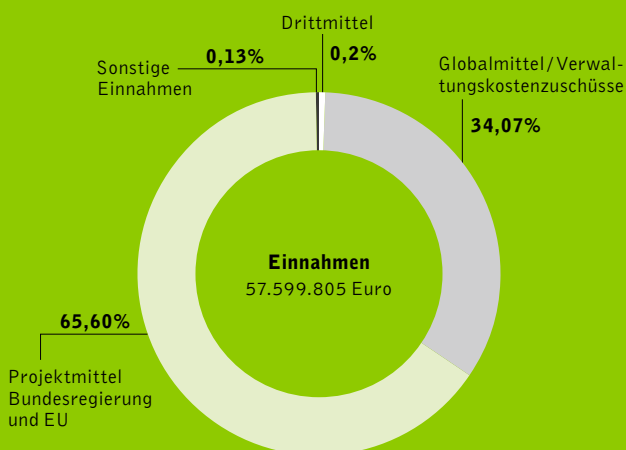
Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 31 Auslandsbüros sind wir weltweit gut vernetzt. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

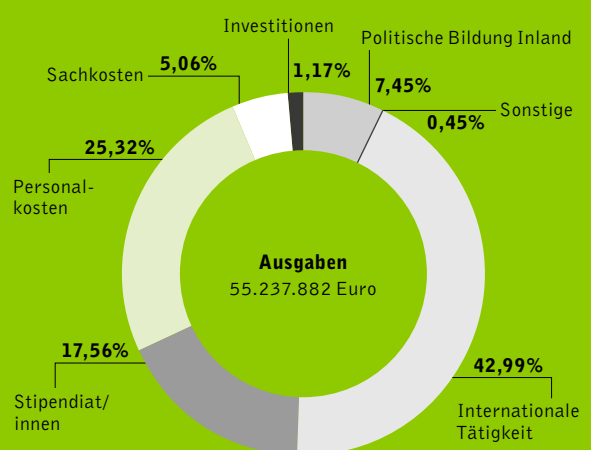
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Einnahmen 2015



Ausgaben 2015



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)
- 4 Dakar (Senegal)*

Asien

- 5 Bangkok (Thailand)
- 6 Kabul (Afghanistan)
- 7 Islamabad (Pakistan)
- 8 Neu-Delhi (Indien)
- 9 Peking (China)
- 10 Phnom Penh (Kambodscha)
- 11 Yangon (Myanmar)

Europa

- 12 Belgrad (Serbien)
- 13 Berlin (Deutschland)
- 14 Brüssel (Belgien)
- 15 Istanbul (Türkei)
- 16 Kiew (Ukraine)
- 17 Paris (Frankreich)
- 18 Prag (Tschechische Republik)
- 19 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- 20 Tbilisi (Georgien)
- 21 Thessaloniki (Griechenland)
- 22 Warschau (Polen)

Lateinamerika

- 23 Bogotá (Kolumbien)*
- 24 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 25 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 26 San Salvador (El Salvador)
- 27 Santiago de Chile (Chile)

Nordafrika und Nahost

- 28 Beirut (Libanon)
- 29 Ramallah (Palästina)
- 30 Rabat (Marokko)
- 31 Tel Aviv (Israel)
- 32 Tunis (Tunesien)

Nordamerika

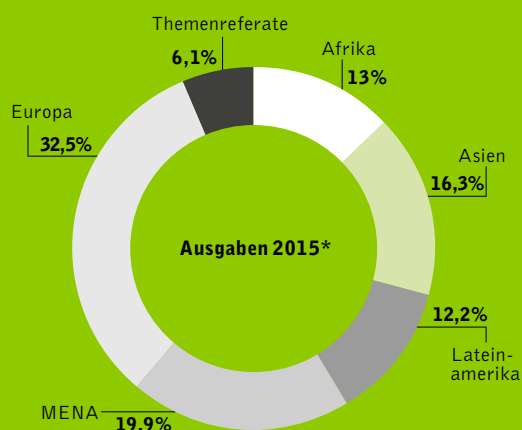
- 33 Washington (USA)

Russische Föderation

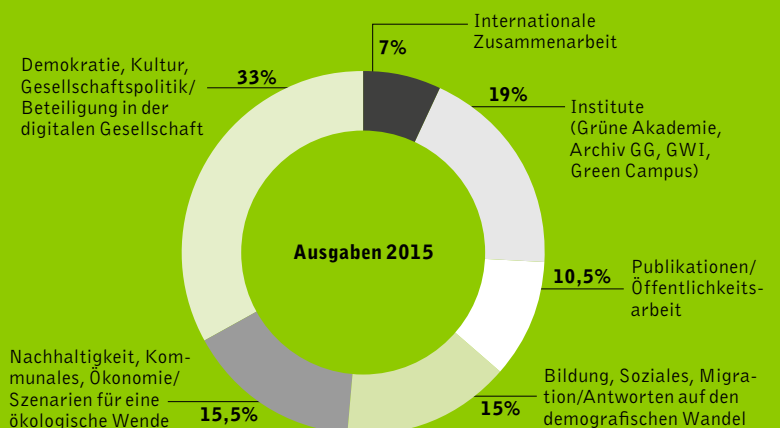
- 34 Moskau (Russland)

* in Planung

Internationale Zusammenarbeit 2015



Politische Bildung Inland 2015



* Inklusive Auslandsgehälter

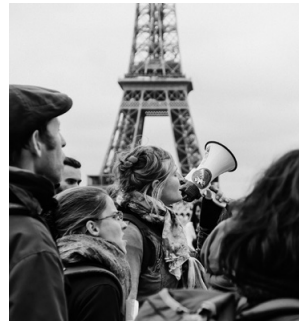
Inhalt



S. 2



S. 16



S. 28

Vorwort	1
Internationale Konflikte, Sicherheitspolitik und die Zukunft	2
Europas Demokratie und Menschenrechte	16
Die große Transformation	28
Kunst und Kultur	35
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	37
Gunda-Werner-Institut	38
Studienwerk	40
GreenCampus	43
Archiv Grünes Gedächtnis	44
Preise	45
Interessante Gäste	46
Stiftungsmanagement	48
Gremien	56
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	57
Adressen	60
Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung	63

Impressum ■ Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. ■ Redaktion und Konzeption: Susanne Dittrich ■ Redaktionelle Mitarbeit: Hannah Schwär ■ Cover: Marta Bogdańska Texte: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung ■ Fotos: Stephan Röhl (wenn nicht anders angegeben) ■ Gestaltung: State, Berlin ■ Papier: Umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht ■ Auflage: 3.000 ■ Stand: 15. April 2016 ■ Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0 ■ Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin ■ T 030-285 34-0 F 030-285 34-109 E info@boell.de W www.boell.de

Vorwort



Ralf Fücks Foto: Julia Baier



Barbara Unmüßig Foto: Bettina Keller

Durch das Pariser Klimaabkommen endete das Jahr 2015 mit einem wichtigen Signal für die Klimapolitik und die globale Nachhaltigkeit. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird die Umsetzung dieses Abkommens sowie der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 aufmerksam begleiten und sich mit zahlreichen Beiträgen zur Energie- und Agrarwende, einer nachhaltigen Mobilitätspolitik und Stadtentwicklung einmischen.

Die soziale und ökologische Transformation unserer Gesellschaften wird zahlreiche Zielkonflikte auslösen. Demokratische Aushandlungsprozesse, demokratisch gewählte Parlamente, unabhängige Medien und offene Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sind Voraussetzung für eine konstruktive Lösung dieser Konflikte. Allerdings werden diese Handlungsspielräume weltweit zunehmend eingeschränkt. Als politische Stiftung mit starker Verankerung in den Zivilgesellschaften unserer Partnerländer erleben wir hautnah, wie demokratische Grundrechte massiv verletzt werden oder politische Arbeit nahezu unmöglich gemacht wird. Unsere Büros und unsere Partnerinnen und Partner vor Ort leisten trotzdem herausragende Arbeit unter enorm schwierigen Bedingungen.

Terroranschläge – ob in Paris, Beirut, in der Türkei oder Nigeria – finden auch an Orten statt, in denen wir mit unseren Büros arbeiten. Zum Schrecken

des Terrors kommt die Herausforderung, wie ihm politisch begegnet werden kann, ohne zu opfern, was doch verteidigt werden soll: demokratische Grundrechte und einen freiheitlichen Lebensstil.

Auch in Deutschland schüren Rechtspopulisten Ängste in der Bevölkerung auf dem Rücken von Geflüchteten, die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Wir treten dem Populismus entgegen und setzen uns für die Erweiterung legaler Einwanderungsmöglichkeiten und für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik ein. Nur im Zusammenspiel mit anderen demokratischen Kräften wird es uns gelingen, die politische Handlungsfähigkeit der Demokratie unter Beweis zu stellen. Wir wollen zu einer gelebten politischen Kultur beitragen, in der Werte wie Menschenwürde, Demokratie, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Pluralismus praktiziert werden.

Unser großer Dank gilt unseren Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland, den Mitgliedern unserer ehrenamtlichen Gremien und nicht zuletzt all unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sind die Essenz der erfolgreichen Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung.

Berlin, März 2016

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Barbara Unmüßig



Foto: Alex Majoli / Magnum Photos / Agentur Focus

Für zivile Konfliktlösung und Sicherheit

Die Zahl der Kriege und die Intensität gewalttätiger Konflikte steigt wieder. So haben die militärischen Erfolge der Terrormiliz des «Islamischen Staats» in Syrien und Irak die Lage im syrischen Bürgerkrieg verschärft. Auch andere islamistische Gruppen wie Boko Haram in Nigeria tyrannisieren die Bevölkerung gleich mehrerer Staaten. Der Konflikt um die Ukraine hat insbesondere die Beziehungen zwischen Europa und Russland schwer belastet. Trotz alledem und gerade deswegen setzen wir uns mit aller Kraft für den Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen und Zivilgesellschaften, für friedliche Konfliktlösungen und eine an den Menschenrechten orientierte Politik ein. Wir liefern Hintergrundinformationen und bieten Diskussionsforen, die über die Konflikte und ihren Verlauf aufklären, und wir suchen gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnerinnen und Partnern nach Lösungen zur Beilegung von Konflikten. Wegen der zahlreichen Kriege und sich verschärfender sozialer Krisen ist die Zahl der Geflüchteten weltweit auf über 60 Millionen gestiegen. Wir setzen uns für eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und Europa ein. Wir sind überzeugt, dass ein geeintes und starkes Europa möglich ist. Populistischer Hetze gegen Geflüchtete treten wir entschieden entgegen.

Bürgerkrieg in Syrien

Fünf Jahre nach dem Aufstand gegen das Regime von Bashar al-Assad herrscht in Syrien immer noch ein blutiger Krieg mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung. Trotz aller internationalen Bekundungen, den Konflikt in Syrien lösen und die Zivilbevölkerung besser schützen zu wollen, ist dies bisher nicht gelungen. Ganz im Gegenteil, die Brutalität des Krieges hat immer neue Ausmaße erreicht. Gleichwohl werden die gefassten UN-Resolutionen gegen Fassbomben und Chlorgas bislang nicht umgesetzt. Mit dem militärischen Eingreifen Russlands im September 2015 und der direkten Unterstützung des Assad-Regimes hat der Krieg eine neue Eskalationsstufe erreicht.



Frederic C. Hof, Forschungsleiter am Rafik Hariri Center for the Middle East beim Atlantic Council

Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts ↗

Was können wir als Stiftung tun? Wir können aufklären. Fortlaufend liefern wir Informationen zu Syrien, zur humanitären Lage und zu den politischen und militärischen Entwicklungen. Und wir suchen nach politischen Lösungen des Konflikts. Auf unserer Podiumsdiskussion «Syrien und das Scheitern der Weltgemeinschaft» im November 2015 in Berlin diskutierten u. a. Miguel Berger (Regionalbeauftragter des Auswärtigen Amtes für den Nahen Osten), Muriel Asseburg (SWP) und Frithjof Schmidt (stellv. Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen), wie die neue internationale Dynamik durch den Syrien-Gipfel im Oktober 2015 in Wien für eine konstruktive Konfliktlösung genutzt werden kann. Während die Verhandlungen von Wien insgesamt als großer Fortschritt begrüßt wurden, gingen die Positionen auseinander in der Frage, wie die Zivilbevölkerung schnell und wirksam geschützt werden könne. Dieser Schutz – sowohl vor den Gräueltaten des Regimes als auch des IS – sei aber zentral, um als Weltgemeinschaft glaubwürdig zu bleiben.

Bereits im Frühjahr 2015 veranstalteten wir zusammen mit unserer deutsch-syrischen Partnerorganisation Adopt a Revolution die internationale Kon-

ferenz «Syrien in der Sackgasse?». Der ehemalige US-Sonderbeauftragte für Syrien Frederic C. Hof erläuterte in seiner Keynote, wie Europa und die USA dazu beitragen könnten, eine nationale syrische Stabilisierungstruppe aufzubauen. 📄 In der anschließenden Diskussion mit Vertreter/innen der syrischen Zivilgesellschaft sowie mit Fachleuten aus der Region wurde schnell klar, dass Assad und sein Regime wesentlicher Teil des Problems sind und keinesfalls ein Schlüssel zur Lösung des Konflikts sein können. Weitere Themen der Konferenz waren die Situation der Geflüchteten in den Nachbarländern, die europäische Flüchtlingspolitik sowie die Handlungsmöglichkeiten Deutschlands. Hierzu sprachen u. a. Hans ten Feld (UNHCR-Direktor in Deutschland), Franziska Brantner (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Miguel Berger (Regionalbeauftragter des Auswärtigen Amtes für den Nahen Osten). Abschließend präsentierte der *Spiegel*-Reporter Christoph Reuter im Gespräch mit der niederländischen Syrien-Expertin Petra Stienen sein neues Buch über den Islamischen Staat «Die schwarze Macht» und berichtete von seinen Recherchereisen nach Syrien. 📄



Shahed, 38 Jahre, aus der Gegend von Homs. Sie flüchtete 2012 in den Libanon. Das Kissen erinnert sie an den Geruch ihres Hauses in Syrien. Foto: Marta Bogdańska

Unterstützung der Geflüchteten im Libanon

Fast jeder zweite Syrer, jede zweite Syrerin ist auf der Flucht. Bis zu zwei Millionen Geflüchtete leben allein im Libanon. Seitdem dort die Einreisebedingungen für syrische Staatsbürger/innen verschärft wurden und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) keine Flüchtlinge mehr registrieren darf, sind diese mehr denn je auf die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft angewiesen. Unser Büro in Beirut arbeitet mit Organisationen zusammen, die sich für einen gesellschaftlichen Austausch zwischen aufnehmenden Gemeinden und Flüchtlingen einsetzen, insbesondere was die Integration und psychosoziale Unterstützung von Frauen angeht. Women Now und Sawa for Syria – beides Partnerorganisationen der Stiftung – bauen in Eigenregie Flüchtlingslager, Gemeindezentren und Schulen für die Betroffenen auf, und dies in Abstimmung mit der örtlichen Bevölkerung.

Was die geflüchteten Frauen, Männer und Kinder noch mit ihrem Heimatland verbindet, zeigt die Ausstellung «Exilium» der Fotografin Marta Bogdańska, die mit Unterstützung unseres Beirut Büros erstmalig im Mai 2015 in Beirut zu sehen war. Viele der Geflüchteten haben so lange wie möglich in Syrien ausgeharrt, sie wollten nie gehen. Die Porträts zeigen sie mit dem, was sie zur Erinnerung behalten haben. Mal ist es eine syrische 5-Pfund-Note mit den Unterschriften der Klassenkameradinnen (siehe Coverfoto), mal ein Plastikfeuerzeug, das an die kleinen Streitigkeiten mit dem Verlobten erinnert. Ein Mann präsentiert die Narben eines Angriffs, andere zeigen Fotos von Angehörigen, die auf der Flucht

zu Tode kamen. Die Ausstellung «Exilium» kann noch auf der Webseite unseres Beirut Büros angesehen werden. ↗

Wir unterstützen auch Dokumentarfilme zu und aus Syrien, wie zum Beispiel den Film «Home». Er wurde im Oktober 2015 im Theater Metro Al Medina in Beirut in Anwesenheit des Regisseurs Rafat Alzakout vorgestellt. Der Film lief bisher auf mehr als zehn internationalen Festivals und Veranstaltungen und wurde mit dem Marseille-Esperance-Preis des Marseiller Filmfestivals 2015 ausgezeichnet. Ort der Handlung ist Manbij, Nordsyrien, Anfang 2013. Nach monatelangen Kämpfen wird die Stadt im Osten Aleppos unter die Kontrolle der Freien Syrischen Armee gebracht. Trotz der andauernden Luftschläge durch das Assad-Regime und der anrückenden Terrormiliz IS macht sich Aufbruchsstimmung breit. Regisseur Rafat Alzakout fängt sie mit seiner Kamera ein. Er begleitet den Balletttänzer Ahmed, den Deserteur Mohamed und den ehemaligen Zeichenlehrer Taj bei dem Versuch, ihre Träume zu verwirklichen. Viel Zeit verbringen sie in ihrem selbstgegründeten Kulturzentrum «Home». Dort wird Theater gespielt, gesungen und gezeichnet. Fernab ideologischer Spaltung wird hier der Traum vom freien Miteinander gelebt. Mit dem Einfall des IS in Manbij bleibt den Freunden jedoch nur die Schließung ihres Kulturzentrums und die Flucht ins türkische Exil, in der Hoffnung, eines Tages in ein friedliches und freies Syrien zurückkehren zu können. ↗

Palästinensische Gebiete

Perspektivlos – damit lässt sich die Lage in den palästinensischen Gebieten zusammenfassen. Auch im 49. Jahr der israelischen Besatzung zeichnet sich keine politische Initiative ab, die einen palästinensischen Staat näher bringen könnte. Die Ausweitung der israelischen Siedlungspolitik und die damit einhergehende Verdrängung und Enteignung der Palästinenser im Westjordanland verstärken Hilflosigkeit und Verzweiflung. Sie bilden den Hintergrund für die Messerattacken palästinensischer Jugendlicher gegen israelische Soldaten und Zivilisten, die von Israel mit harter Hand beantwortet werden. Die Autonomiebehörde steht der eskalierenden Gewalt machtlos gegenüber. Sie verliert in der Bevölkerung zunehmend an Legitimation. Auch die Versöhnung zwischen der im Westjordanland dominanten Fatah und der Hamas im Gazastreifen kommt nicht voran.

Kampf gegen die Hoffnungslosigkeit

Unser Büro in Ramallah versucht, der Hoffnungslosigkeit in Palästina mit vielfältigen Projekten entgegenzuwirken. So unterstützen wir palästinensische Menschenrechts- und Gefangenenhilfsorganisationen wie Al Haq und Adameer. Außerdem arbeiten wir mit Thinktanks und Forschungseinrichtungen wie dem angesehenen Institute for Palestine Studies und dem Policy-Network Al Shabaka zusammen.

Mit unseren Partnern Masarat und PARC (Palestinian-American Research Center) fördern wir junge Wissenschaftler/innen. In Ostjerusalem unterstützen wir marginalisierte Frauen, Jugendliche und Kinder, die von der Zuspitzung der Lage dort besonders betroffen sind. Dazu gehören Initiativen zur Verbesserung der Einkommenssituation von Frauen, der Ausbau von Spielplätzen für Kinder und Kunsterziehung für Jugendliche.

Israel

Die Regierungskoalition unter Benjamin Netanyahu hat sich auf eine Reihe von Gesetzesvorhaben geeinigt, die das Land verändern werden. So hat das Kabinett Ende Dezember 2015 ein sogenanntes Transparency-Law verabschiedet, das zur Zeit in der Knesset diskutiert wird. Das Gesetz will israelische Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich zu mehr als 50 Prozent durch staatliche ausländische Mittel finanzieren, verpflichten, dies auf allen Dokumenten und Veranstaltungen kenntlich zu machen. Bei Zuwiderhandlung ist ein hohes Bußgeld vorgesehen. Dabei geht es vor allem darum, kritische NGOs aus dem linken Spektrum, die sich gegen die Besatzung und für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, zu stigmatisieren und zu dämonisieren. Stimmt das Parlament zu, so wären hiervon auch viele Partner der politischen Stiftungen unmittelbar betroffen.

Den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen

Unser Büro in Tel Aviv hat im Rahmen des deutsch-israelischen Dialogs die «Jerusalem Gespräche» initiiert. Im Juni diskutierten der Schriftsteller Nir Baram, Prof. Raphael Greenberg von der Tel Aviv Universität, Judith Oppenheimer von Ir Amim und die Schriftstellerin Lea Fleischmann über die Hintergründe und die Perspektiven für Jerusalem als zentralem Teil des palästinensisch-arabischen Konfliktes. Im Oktober ging es anlässlich der neuen Eskalation der Gewalt um die Frage, ob die Zwei-Staaten-

Lösung und die Vereinbarungen von Oslo überhaupt noch eine Option sein können. Bei dieser Diskussion kamen Menschen zusammen, die sonst nicht miteinander ins Gespräch kommen, wie der Siedler Eliaz Cohen, die arabische Knessetabgeordnete Aida Touma-Sliman und der ehemalige Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes und «Gatekeeper» Ami Ayalon.

Wege aus dem Nahostkonflikt sucht auch die Haaretz Peace-Konferenz, die im November u. a. mit Unterstützung unseres Büros in Tel Aviv stattfand.



Auftaktpodium «Deutschland und Israel. Besondere Beziehungen – besondere Verantwortung»
(v. l. n. r.): Michael Wolffsohn, Yfaat Weiss, Joschka Fischer, Yehuda Bauer und Ralf Fücks

50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen ↗

Zwischen Deutschland und Israel besteht ein dichtes Netzwerk an Beziehungen, das sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst. Das besondere deutsch-israelische Verhältnis ist historisch begründet, doch je stärker der Holocaust in die Vergangenheit rückt, desto deutlicher treten die aktuellen politischen und kulturellen Differenzen hervor. Das Bild Israels in Deutschland wird zunehmend von dem fortdauernden israelisch-palästinensischen Konflikt geprägt. Die Beschwörung der besonderen Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel verblasst. Unsere Konferenz «Besondere Beziehungen – besondere Verantwortung» im April 2015 in Berlin nahm die wachsenden Diskrepanzen in den Blick. Der Holocaust-Forscher Yehuda Bauer betonte, dass das deutsch-israelische Verhältnis weiterhin von der Shoah fundamental beeinflusst werde. Bis heute verlange sie jeder neuen Generation ab, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Aber junge Israelis sähen Deutschland inzwischen als eine liberale, offene Gesellschaft. Das Land gelte heute als Garant israelischer Sicherheit und als Partner bei der Befriedung des Konflikts mit den Palästinensern.

Hinsichtlich der deutschen Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt sah die ehemalige Knesset-Abgeordnete Naomi Chazan Deutschland vor dem Dilemma, Israel einerseits schützen zu wollen, andererseits seine Politik kritisieren zu müssen. Auch der CDU-Politiker Ruprecht Polenz wünschte sich, dass Israel nicht nur eine rein militärische Sicherheitspolitik betreibe. Solidarität sei richtig – aber auch Kritik. Wo die Grenze zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus verläuft, diskutierten der *taz*-Redakteur Stefan Reinecke und der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck. Zum Abschluss ging es um die Beiträge der jungen Generation in den deutsch-israelischen Beziehungen: Welche Rolle wird die Vergangenheit in Zukunft spielen? Stimmen aus dem Publikum bemängelten vor allem das schwindende Interesse an der deutsch-israelischen Geschichte. Deswegen müsse es mehr Austausch und Information geben. Jedoch laufe die Zeit ab, um Überlebende der Shoah als Zeitzeugen zu befragen.

Flucht und Migration

Über 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die meisten suchen Schutz vor Krieg und Gewalt – zunächst in ihrem eigenen Land oder in den Nachbarländern. So auch im Syrien-Konflikt: Es sind der Libanon, Jordanien und die Türkei, die weiterhin die meisten aus Syrien Geflüchteten aufnehmen. Doch immer mehr Menschen suchen auch Schutz in Ländern der Europäischen Union. Die EU ist mit dem zunehmenden Migrationsdruck überfordert. Es fehlen mutige Visionen und Konzepte für den Umgang mit Flucht und Migration. Das Ausmaß der Fluchtbewegung stellt die einzelnen Staaten wie auch die EU als Gemeinschaft vor große Herausforderungen. Ohne eine gemeinsame Flüchtlings- und Migrationspolitik und eine faire Teilung der Verantwortung und Lasten werden sie nicht zu meistern sein.



Bei ihrem ersten Einsatz half die Crew der MS Sea-Watch den entkräfteten Menschen an Bord eines Frachters. Über 100 Geflüchtete konnten gerettet werden. Foto: Thomas Lenzen

Perspektiven für eine nachhaltige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Auf Einladung der Stiftung hat sich im Dezember 2015 eine überparteilich besetzte Kommission zu «Perspektiven für eine zukunftsgerichtete Flüchtlings- und Einwanderungspolitik» konstituiert. Die Kommission wird die Zusammenhänge von Flucht, Migration und verwandten Politikbereichen (wie Demografie, Arbeitsmarkt, Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik etc.) beschreiben und Empfehlungen für eine humane Flüchtlingspolitik skizzieren. Eine der zentralen Fragen wird sein, wie der Übergang von der ungesteuerten Massenflucht zu einer gesteuerten Einwanderungspolitik gelingen kann. Den normativen Rahmen für diese Diskussion bilden die Genfer Flüchtlingskonvention und das Asylrecht. Die Kommission besteht aus 29 Expert/innen aus Politik, Wirtschaft und Forschung, darunter Michael Diedring (European Council on Refugees and Exiles),

Peter Clever (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Carola Burkert (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung), Oliver Junk (OB Goslar, CDU), Simone Peter (Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen), Claudia Vollmer (Stadtdirektorin München) und Jan Schneider (Sachverständigenrat für Integration und Migration). Die Kommission wird Anfang 2017 ihren Abschlussbericht vorlegen.

Netzwerk zum Schutz der Rechte von Geflüchteten in Tunis

Mit sogenannten Mobilitätspartnerschaften versucht die EU, ihre Migrationspolitik gegenüber der östlichen und südlichen Nachbarschaft zu strukturieren. Solche Verträge bestehen u. a. mit Georgien, Armenien und seit 2014 mit Marokko, Tunesien und Jordanien. Mit Ägypten und Libanon wird derzeit verhandelt. Menschenrechtsorganisationen kritisie-

ren diese Abkommen. Sie würden den Zugang zur EU nur für jene erleichtern, die ihn ohnehin schon hätten – Eliten in Wirtschaft und Politik. Im Gegenzug könne die EU lokale, nicht demokratisch kontrollierte Sicherheitsstrukturen nutzen, um beispielsweise die Grenzen zu weiteren Transitländern aufzurüsten. Vor allem könnten Zusatzabkommen auch einzelnen EU-Staaten einen rechtlichen Rahmen für die «Rückführung» von Flüchtlingen und Migrant/innen geben und damit die Verantwortung für Abschiebungen in Herkunftsländer dortigen autoritären Polizeiapparaten übertragen.

Gemeinsam mit dem EuroMed Rights-Netzwerk, der tunesischen Zentralgewerkschaft und anderen Initiativen hat unser Büro in Tunis Menschenrechtler/innen aus allen Mittelmeerländern nach Tunis eingeladen, um sich auf Grundzüge einer kritischen Migrationspolitik zu einigen. Da die europäische Politik die autoritären Sicherheitskräfte der südlichen Mittelmeerländer strategisch einbindet, kommt den örtlichen Menschenrechtsorganisationen eine wichtige Kontroll- und Berichtsfunktion zu, um die Rechte von Migrant/innen zu schützen. Das Treffen in Tunis hat dafür ein Netzwerk geschaffen.

Flucht nach Europa ↗

Mit der Beendigung der italienischen Seenotrettungsmission «Mare Nostrum» und der EU-Entscheidung für eine Aufstockung der Grenzagentur Frontex wurde Seenotrettung zum Krisenthema des Frühjahrs und Sommers 2015. Allein im April 2015 ertranken innerhalb nur weniger Tage bis zu 1600 Menschen auf dem Weg von Libyen nach Europa im Mittelmeer. Unter dem Eindruck dieser Tragödie und des humanitären Versagens der EU forderten Anfang Mai die Grünen-Europaabgeordnete Ska Keller und die Amnesty-International-Generalsekretärin Selmin Çalışkan auf einer Podiumsdiskussion der Stiftung eine humanere Flüchtlingspolitik der EU. □

Über die dramatische Situation auf dem Mittelmeer berichtete ein Online-Logbuch auf www.boell.de. Angetrieben von der unzureichenden europäischen Seenotrettung brach das Rettungsschiff MS Sea-Watch auf, um selbst Nothilfe zu leisten und die Rettung von Flüchtlingsbooten in Seenot einzufordern. Über den Zeitraum von vier Wochen berichteten zwei der Crewmitglieder in Logbucheinträgen und Bilderstrecken von ihrem Einsatz an Bord und ihrer Mission vor der libyschen Küste. ↗

Emotional berührend und zugleich humorvoll zeigt der Film «Io sto con la sposa» (An der Seite der Braut) Ursachen und Hintergründe von Flucht und macht deutlich, wie wenig Menschlichkeit in der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik herrscht: Verkleidet als Hochzeitsgesellschaft schleusen drei

Regisseure und ihre Unterstützer fünf syrische Flüchtlinge durch Europa. Begleitet von der Kamera dokumentieren sie diese außergewöhnliche Reise von Mailand nach Stockholm in teilweise sehr poetischen Bildern. Wir haben den Film vor mehr als 500 Gästen im Mai in der Stiftung gezeigt und anschließend mit dem anwesenden Regisseur Gabriele del Grande diskutiert.

Die politische Krise in Libyen und die alarmierende Gewalt gegen Hunderttausende Flüchtlinge und Migrant/innen wird in der europäischen Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen. Zahlreiche Gruppen ringen in Libyen um Macht und Einfluss. Flüchtende treffen hier auf ein menschenverachtendes System, in dem sie als rechtlose Ware betrachtet werden. Auf einer Podiumsdiskussion im Oktober forderte Magda Mughrabi-Talhami, die sich seit 2011 mit der Entwicklung in Libyen beschäftigt, die EU solle sich für humanitäre Visa und offene Grenzen der libyschen Nachbarstaaten einsetzen, um bedrohten Migrant/innen Fluchtwege zu eröffnen. Gegen bekannte Täter in Libyen müssten Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof eröffnet werden. Die Voraussetzungen für viele dieser Maßnahmen seien bereits gegeben, oft fehle nur der politische Wille.

Als im Herbst 2015 gerade mehrere Hunderttausende Flüchtlinge in Deutschland angekommen waren, veranstalteten wir zusammen mit den «Berliner Wirtschaftsgesprächen» eine Diskussion über den dringlichsten Handlungsbedarf zur Integration der neu angekommenen Menschen. Dabei ging es vor allem um die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Transatlantisches Dialogprogramm für Demokratie und Gesellschaftspolitik

Mit einem neuen Dialogprogramm will unser Büro in Washington den transatlantischen Austausch zu gesellschaftlichen und demokratischen Herausforderungen stärken. 2015 waren Migration und Integration die Schwerpunktthemen. Im November reisten US-Latino-Führungskräfte nach Deutschland und besuchten dort Erstaufnahmestellen und Flüchtlingsunterkünfte. Sie trafen sich mit Ehrenamtlichen, Integrationsbeauftragten und Mandatsträgern. Zurück in den USA organisierten die Teilnehmer/innen unter den Eindrücken der Reise eine Reihe von Treffen in ihren jeweiligen Kommunen und riefen in US-amerikanischen Zeitungen zu einem größeren Engagement in der Flüchtlingshilfe auf. Wegen der aktuellen rechtspopulistischen Diskurse zur Flüchtlingspolitik auf beiden Seiten des Atlantiks wird dieser Dialog auch in Zukunft fortgeführt, von kommunaler bis zur Bundesebene.

↗ Webdossier

«Flucht und Migration»:
www.boell.de/de/dossier-flucht-asyl

□ E-Paper

<https://goo.gl/XbvAjm>

↗ Online-Logbuch

www.boell.de/de/logbuch-mittelmeer-sea-watch

Die Zukunft Europas

Demokratie gerät nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb der Europäischen Union unter Druck. Offen spricht der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán von seiner Vision, mitten in Europa einen illiberalen Staat zu errichten, und geht hart gegen regierungskritische NGOs vor. In Polen ist die frisch gewählte nationalkonservative Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) dabei, möglichst schnell und umfassend die alleinige Macht im Staat zu werden. In Frankreich konnte ein Sieg der rechtsextremen Front National in der zweiten Runde der Regionalwahlen gerade noch einmal verhindert werden. Und in Deutschland bekommt die Partei Alternative für Deutschland mit rechtspopulistischen und zum Teil sogar rechtsextremen Parolen starken Zulauf.



Europäischer Jugendkongress in Budapest Foto: Zdenka Lammelova

Europa gestalten – Jugendkongress in Budapest

Unter dem Motto «(Re)Claim Your Space in Europe» veranstalteten wir Anfang September in Budapest unseren dritten europäischen Jugendkongress. Junge Menschen aus ganz Europa formulierten in Workshops – etwa zur Zukunft der Bildung, zur Zukunft der Städte oder zu Freiheit im digitalen Zeitalter – ihre Visionen für Europa. «Europa – das ist vor allem die Erfahrung des Anderen, die Begegnung mit Menschen, die nicht genauso sind wie man selbst und durch die man mit Dingen konfrontiert wird, die man noch nicht kennt», so ein Teilnehmer.

Während die Jugendlichen über die politische Situation in Ungarn diskutierten, spielte sich rund um den Budapester Bahnhof ein Drama ab: Tausende Geflüchtete wurden tagelang auf den Vorplätzen und in den Unterführungen festgehalten. Das Scheitern der EU-Flüchtlingspolitik zeigte sich in vollem

Ausmaß. Das Programm des Jugendkongresses verlagerte sich zum Teil nach draußen, wo Teilnehmer/innen ungarischen Freiwilligen dabei halfen, sich um die Geflüchteten zu kümmern, die von den ungarischen Behörden sich selbst überlassen wurden.

Der Kongress fand in Kooperation mit der Green European Foundation, der Ecpolis Foundation und der Federation of Young European Greens statt.

Gemeinsam gegen Rechtspopulismus – Konferenz, Projekte, Workshops

Auf einer Konferenz in Prag, die wir in Zusammenarbeit mit der Soziologischen Fakultät der Karls-Universität, dem Goethe-Institut Prag und der Václav-Havel-Bibliothek veranstalteten, analysierten Wissenschaftler/innen aus über 20 Ländern die Ursachen für den wachsenden Einfluss populistischer Bewegungen in Europa. Eine lebhaft De-

batte löste der Politologe Daniele Albertazzi von der Universität Birmingham aus. Er widersprach der These, populistische Parteien seien nur eine vorübergehende Erscheinung infolge der Wirtschafts- und Flüchtlingskrise, weil sie sich selbst zerlegten, sobald sie Regierungsverantwortung übernehmen müssten. Populistische Parteien wie die Forza Italia, so Albertazzi, seien wiederholt an die Regierung zurückgekehrt.

In einem Projekt mit der Amadeu Antonio Stiftung versuchen wir, Initiativen und Projekte gegen Rechtsradikalismus aus Mittel-, Ost- und Südeuropa zu vernetzen. Griechische und polnische Aktivist/innen besuchten im Jahr 2015 Initiativen in Dresden und Berlin, informierten sich über Schul- und Quartierprojekte und tauschten sich über Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aus. Auch die Frage nach der Geschlechterperspektive bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus war ein wichtiges Thema. Im Jahr 2016 wird das Projekt unter anderem mit Teilnehmer/innen aus Tschechien und der Slowakei fortgesetzt.

Zusammen mit den grünen Stiftungen in Österreich und den Niederlanden sowie mit der Green European Foundation haben wir Expert/innen aus Politik, Kommunikation und Forschung zu einem Workshop nach Wien eingeladen, um über Strategien im Umgang mit Rechtspopulismus zu beraten. Darüber hinaus richteten wir 2015 die jährliche Konferenz des europaweiten Antirassismus-Netzwerks EGAM in Berlin mit aus. Wir setzten dabei die thematischen Schwerpunkte auf den Umgang mit Flüchtenden, die intersektorale Zusammenarbeit in der Antirassismuserbeit und die Balance zwischen Meinungsfreiheit und Schutz vor Diskriminierung.

Ein «Capacity-Building»-Programm über Rechtspopulismus und -extremismus unseres Brüsseler Büros richtete sich explizit an junge Europäer/innen. Den fachlichen Hintergrund lieferten Expert/innen aus europäischen Institutionen, Thinktanks und NGOs, Philosoph/innen, Journalist/innen, Aktivist/innen und Anwalt/innen. Ein Ausflug führte die Gruppe in die Hochburg des flämischen Rechtsextremismus, Antwerpen, wo die ortsansässigen Grünen *von Groen!* als sachkundige Gastgeber auftraten. Nach fünf Tagen Arbeit legten die Teilnehmer/innen einer Fachjury ihre Schlussfolgerungen vor: Die Herausforderung von rechts sei groß, aber nicht unüberwindlich, hieß es da. Sie waren überzeugt: Der Aufbau eines Europa, das den historischen Idealen von Demokratie, Menschenrechten, Diversität, Respekt und Frieden gerecht werde, sei möglich. Im Jahr 2016 werden sie auf dem Blog «Young Voices of Europe» weiter von sich hören lassen. ↗

Ideologien der Ungleichwertigkeit und Neonazismus in Deutschland – Fachkommission ↗

Mit «Ideologien der Ungleichwertigkeit» beschäftigte sich eine Fachkommission der Stiftung und ihrer 16 Landesstiftungen. Weil die Bekämpfung von Diskriminierung nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränkt bleiben darf, nahm die Kommission möglichst viele gesellschaftliche Gruppen in den Blick. So zum Beispiel Pädagog/innen. Für eine nichtdiskriminierende demokratische Gesellschaft muss in der Schule mehr Bewusstsein und Sensibilität gegenüber diskriminierendem Verhalten vermittelt werden. Es braucht auch verbindliche Regelungen, die Handlungssicherheit im Umgang damit geben. Vor allem eine fundierte Ausbildung der Pädagog/innen, berufsbegleitende Weiterbildungen sowie Beratung und Supervision seien notwendig. Die Kommission ruft politische Entscheidungsträger/innen dazu auf, entsprechende Prioritäten in der Bildungspolitik zu setzen. Die vier Policy Papers der Kommission «Gemeinwesenarbeit und Demokratie», «Bildungspolitik und Schule in der Verantwortung», «Die Rolle des Staates» und «Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit» können unter www.boell.de heruntergeladen werden. ☐

Kann und soll die NPD verboten werden? – Podiumsdiskussion

Im Dezember 2015 entschied das Bundesverfassungsgericht, das vom Bundesrat beantragte Verbotsverfahren gegen die NPD zu eröffnen. Wir haben im Oktober Fachleute eingeladen, um über die Erfolgsaussichten des Verbotsantrages zu diskutieren. Insbesondere ging es um die Frage, ob die Aktionen der NPD tatsächlich so erfolgreich sind, dass ein offener politischer Prozess im Sinne des grundgesetzlichen Demokratieprinzips nicht mehr stattfinden kann, und ob die NPD bei den aktuellen rassistischen Ausschreitungen tatsächlich eine wesentliche Rolle spielt. Denn nur dann kann das Verbot einer Partei ausreichend begründet werden. Über die Erfolgsaussichten des Verbotsantrages gab es unterschiedliche Auffassungen. Einigkeit herrschte allerdings darüber, dass ein Verbot der NPD allein die rassistische Gewalt der letzten Wochen und Monate nicht eindämmen werde. ☐

Stärkung des deutsch-französischen Tandems – neues Büro in Paris

Wenn Frankreich und Deutschland sich einig sind, geben sie in der Europapolitik oft die Richtung vor. Das unterstrich 2015 erneut der Umgang mit der Griechenland-Krise. Doch dabei zeigten sich auch die Bruchstellen im deutsch-französischen Verhält-



<http://young-voices-boellblog.org>



www.boell.de/rechtsausen



www.boell.de/de/product-series/fachkommission-rechtsextremismus



<https://goo.gl/udR8b6>



Teresa Koloma Beck (Leiterin der Studiengruppe «Urbane Gewaltträume», Centre Marc Bloch)

- nis – insbesondere was die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone betrifft. Immer stärker setzt sich in beiden Ländern nationalstaatliches Denken durch. Die europäische Perspektive gerät ins Hintertreffen. Mit dem Aufbau eines Büros in Paris wollen wir zur Stärkung und Pflege der deutsch-französischen Beziehungen beitragen, und zwar mit Blick auf ein gemeinsames Europa. Die Rolle Deutschlands und Frankreichs in Europa, ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall, war auch Thema der Eröffnungsveranstaltung. Weitere Aktivitäten und Veranstaltungen standen im Zusammenhang mit der internationalen Klimakonferenz in Paris.

Die Terroranschläge in Paris – zwei Podiumsdiskussionen in Berlin

Die Attentate im Januar 2015 auf die Pariser Redaktion der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* und den Supermarkt Hyper Cacher zeigten die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, ausgeführt von radikalisierten Jugendlichen aus Europa. Der Anschlag zielte auf republikanische Grundwerte wie die Freiheit der Presse, der Kunst, der Meinung und das friedliche Miteinander unterschiedlicher Religionen. Auf einer Podiumsdiskussion im Februar in Berlin diskutierten Gäste aus Deutschland und Frankreich über die Konsequenzen. Der französische Philosoph Pascal Bruckner schilderte den traumatischen Zustand, in dem sich Frankreich nach den Anschlägen befindet. Positiv hob er hervor, dass sich nun auch die liberalen Stimmen unter den Muslimen zu Wort meldeten – und in der Öffentlichkeit Gehör fänden. Dies begrüßte auch die Islamwissenschaftlerin Lamya

Kaddor, beklagte jedoch die «Distanzeritis», zu der sich Muslime gezwungen sähen. Der Publizist Micha Brumlik stellte die Frage nach der Grenze des blasphemisch Erlaubten: Muss es so etwas wie Mohammed-Karikaturen überhaupt geben? Aus Brumliks Sicht nicht, was Thierry Chervel vom *Perlentaucher* im Namen der Meinungsfreiheit wiederum heftig kritisierte. So gespalten wie das Podium zeigten sich auch die zahlreich erschienenen Gäste im Publikum. Die Anschläge von Paris haben die Debatte über Grundfragen des Zusammenlebens in liberalen Gesellschaften neu entfacht.

Nur wenige Monate später – am 13. November 2015 – war Paris erneut das Ziel islamistischer Terroristen. Sie verübten die Anschläge an Orten, an denen sich besonders viele junge Menschen aufhielten und die Freiheiten einer liberalen Lebensweise versinnbildlichen. In einer Podiumsdiskussion Ende November debattierten u. a. Ulrike Guérot (European Democracy Lab), Bernd Ulrich (*Die Zeit*), Teresa Koloma Beck (Centre Marc Bloch), Jens Althoff (Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Paris) sowie Bente Scheller (Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Beirut) darüber, wie dem Terror in Europa begegnet werden kann. Die Debatte verlief teilweise recht kontrovers. Einigkeit bestand jedoch darin, dass die Regierungen auf die gescheiterte Integration ihrer eigenen Bürger/innen mit Migrationshintergrund und damit die verfehlte Integrationspolitik schauen müssen. Nur so gebe es die Chance, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholten, insbesondere im Umgang mit den nun eintreffenden Flüchtlingen in Europa.



<https://goo.gl/zKkwK9>

Anforderungen an die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik

Ob Meinungsfreiheit, der Schutz der Menschenrechte oder freie Wahlen – die Errungenschaften freier Demokratien stehen bei vielen Regierenden nicht hoch im Kurs. Staaten wie Russland, China oder Saudi-Arabien weisen die Forderung nach Demokratie entweder als westliche Einflussnahme zurück oder setzen ihr eine eigenwillige Spielart von Demokratie entgegen, die angeblich besser mit nationalen Traditionen vereinbar sei. Diskreditiert wurde das Konzept liberaler Demokratie auch durch die Politik, Demokratisierung notfalls mit Gewalt durchzusetzen oder aus machtpolitischen Gründen mit autoritären Regimen zu kooperieren.



Walter Russell Mead (Bard College, New York) und Sylke Tempel (Chefredakteurin *Internationale Politik*, Berlin)

Vom Umgang mit autoritären Systemen ↗

Seit über 15 Jahren ist die Außenpolitische Jahrestagung der Stiftung ein Ort für konstruktive und offene Debatten zu Fragen der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir werben dafür, dass Deutschland mit einem klaren Bekenntnis zum westlichen Bündnis und der Europäischen Union seinen außenpolitischen Werkzeugkasten sehr viel engagierter nutzt als bisher. Bei unserer Jahrestagung 2015 ging es um die Frage nach dem richtigen Umgang mit autoritären Systemen. Die Antworten von Experten wie Walter Russell Mead (Bard College, New York) oder Herfried Münkler (Humboldt-Universität, Berlin) fielen recht gegensätzlich aus. Nahezu alle Gäste sahen die Strahlkraft westlicher Außenpolitik schwinden. Ein Instrument, das dem «normativen Demokratieprojekt» des Westens heute noch zur Verfügung stehe, sei die Unterstützung der Zivilgesellschaft in autoritären Staaten. Ihr wurde eine zentrale Rolle zugesprochen. Doch zivilgesellschaft-

liches Engagement wird in vielen Autokratien immer schwieriger. Dem sollte der Westen eine Politik der eigenen Öffnung entgegensetzen, so die Forderung von Experten wie Rahul Sagar (National University of Singapore) oder John Keane (WZB, Berlin). Dies könnte z.B. durch eine Lockerung der Visa-Politik geschehen, die es Demokratie-Aktivisten erleichtern würde, nach Europa zu reisen. Einer solchen «Demokratisierung von unten» wurden größere Erfolgchancen eingeräumt als der Diplomatie und der weitgehend diskreditierten Strategie eines erzwungenen Regimewechsels.

Zivile Krisenprävention

Für eine bessere strukturelle, personelle und finanzielle Verankerung von Krisenprävention in der deutschen Politik werben wir mit unserer Reihe «Zivile Krisenprävention in der Außen- und Friedenspolitik». Bei vier öffentlichen Veranstaltungen diskutierten



Internationale Konferenz «Ukraine, Russland und die EU – Europa ein Jahr nach der Annexion der Krim»

- ▶ grüne Politiker/innen wie Franziska Brantner, Winni Nachtwei, Tom Koenigs und Marieluise Beck mit Wissenschaftler/innen und Fachleuten der Bundesregierung entsprechende Handlungsoptionen für Parlament und Zivilgesellschaft. Anlässlich des deutschen Vorsitzes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum Beispiel diskutierte das Podium im Oktober, wie sich diese friedens- und präventionspolitisch wichtige Organisation, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs eher vernachlässigt worden war, weiterentwickeln sollte.

Die neue Welt(un)ordnung – Ukraine, Russland und Europa ein Jahr nach der Annexion der Krim ↗

Mit der Frage, wie Europa außenpolitisch auf die zahlreichen Konflikte in der Welt reagieren sollte, befasste sich die Wintertagung der Grünen Akademie der Stiftung. Inhaltlich verdichtete sich die Debatte auf die Eskalation des Ukraine-Konflikts. Einig waren sich die Diskutanten darin, dass der Konflikt einen Einschnitt im Verhältnis von EU und USA darstellt. Zum ersten Mal trete die EU aus dem Schatten der Supermacht, die ihre Führung verweigere. Zudem übernehme Deutschland innerhalb der EU eine immer wichtigere Rolle im Krisenmanagement, was alle auf dem Podium begrüßten. Dafür gäbe es jedoch, so Ralf Beste vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes, weder ein eindeutiges Mandat aus Brüssel noch ein institutionalisiertes Format. Vielmehr erfolge die Außenpolitik wenig geplant auf einer Ad-hoc-Basis und über nationalstaatliche Regierungs- und Staatschefs. Im Gegensatz zu den anderen Podiumsteilnehmern sah Beste darin jedoch einen positiven Prozess, in dem für die Zukunft Mechanismen eingeübt würden.

Russland hat mit der Annexion der Krim und der Intervention in der Ostukraine alle Regeln der europäischen Sicherheitsordnung gebrochen. Wie Europa nun auf diese neue Bedrohungslage antworten sollte, war auch die große Frage einer internatio-

nenalen Konferenz im März in Berlin – ein Jahr nach der russischen Annexion der Krim. Das Interesse an der Konferenz war enorm, über 500 Besucher/innen kamen, nicht zuletzt um die Eröffnungsrede des Historikers Timothy Snyder mitzuerleben. Einigkeit bestand darin, dass Kiew den Krieg im Osten der Ukraine militärisch nicht gewinnen könne. Der Konflikt könne bestenfalls durch einen dauerhaften Waffenstillstand «eingefroren» werden, um der Regierung Zeit und politischen Handlungsspielraum für eine Stabilisierung der Wirtschaft und die Umsetzung von Reformen zu verschaffen. Europa müsse diesen Prozess mit schnellen und großzügigen Finanzhilfen und Investitionsprogrammen unterstützen. Doch dafür gebe es bisher keinen politischen Konsens, so die von allen Gästen geteilte Kritik. Die EU reagiere lediglich auf das kurzfristige Geschehen und lasse eine langfristige Strategie vermissen. Dies müsse sich bald ändern, wenn die Ukraine tatsächlich zu einem demokratischen Erfolgsmodell mit regionalem Vorbildcharakter werden solle.

Russische Propaganda unter Putin ↗

«Russische Desinformation im 21. Jahrhundert» war das Thema einer gleichnamigen Konferenz im Juni 2015 in Berlin, veranstaltet vom Atlantic Council, dem European Council on Foreign Relations und der Heinrich-Böll-Stiftung. Russische Experten warnen davor, den hoch professionell angelegten Informationskrieg der russischen Machtzentrale zu unterschätzen und von Präsident Putin ein faires Spiel zu erwarten. Die neuartige, technisch hervorragend umgesetzte Propagandakampagne aus Russland zielt darauf ab, die Öffentlichkeit mit einer Wolke aus Gerüchten, Zweideutigkeiten und Falschinformationen zu desorientieren und zugleich westliche Medien zu diskreditieren. Was also ist zu tun, um das Informationsmonopol der russischsprachigen Medien aufzubrechen? Viele Diskutanten betonten, die Propaganda dürfe nicht einfach mit Gegenpropaganda beantwortet werden. Einige sprachen sich dafür aus, alle Propagandalügen konsequent zu entlarven. Andere setzten auf den Austausch zwischen Russen und Westlern: Jede Reise zueinander, jede gemeinsame Diskussion tue Not in Zeiten der russischen Selbstisolation, nach dem Motto: «Distanz zu den Herrschenden und Nähe zu den Menschen!» Die Bereitschaft zu Selbstkritik, die Offenheit für andere Meinungen und das vorsichtige Abwägen verschiedener Positionen benannten viele Teilnehmenden als Stärke der westlichen Demokratien. Diese Debattenkultur sei langfristig die attraktivste Alternative zu einem autoritären Regime.

↗ Konferenzdossier

www.boell.de/de/konferenz-ukraine-russland-und-die-eu

↗ Konferenzdossier

www.boell.de/de/2015/07/08/russische-propaganda-und-deutsches-schwanken



Soh Horie (Überlebender des Atombombenabwurfes auf Hiroshima)

Nukleare Abrüstung:

70 Jahre Hiroshima und Nagasaki ↗

Die UN-Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags endete im Mai ohne Ergebnis. Ein Webdossier der Stiftung analysierte die Folgen mit Hintergrundberichten und Interviews. Das Scheitern dieser Konferenz thematisierte auch eine öffentliche Veranstaltung im Juni aus Anlass des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, zu der mit Soh Horie ein Hibakusha, ein Überlebender, aus Japan angereist war. Einmal mehr wurde deutlich, wie sehr diese Ereignisse Mahnung sind, die Welt von der Geißel eines Atomkriegs zu befreien. Weil es bei den UN-Überprüfungskonferenzen aber bisher nicht gelungen ist, die nukleare Abrüstung substantiell voranzutreiben, arbeiten über 130 Staaten der UN seit Ende 2015 an einem Verbot von Atomwaffen aus humanitären Gründen. Unsere Podiumsdiskussion drehte sich um die Frage, welche Rolle das humanitäre Argument während der UN-Verhandlungen gespielt hat und ob die Forderung nach einem völkerrechtlichen Atomwaffenverbot umsetzbar ist.

Bosnien-Herzegowina: 20 Jahre nach Dayton

Im Dezember 1995 unterzeichneten die Präsidenten Serbiens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas in Paris das einen Monat zuvor ausgehandelte Dayton-Abkommen. Was die internationale Gemeinschaft als Friedensvertrag feierte, sehen die Menschen in Bosnien-Herzegowina als die Grundlage für einen nichtfunktionierenden Staat an. Auf einer Podiumsdiskussion der Stiftung im November in Berlin

diskutierte Marion Kraske (Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Sarajevo) u. a. mit der Regisseurin Jasmila Žbanić und dem Journalisten und ehemaligen Diplomaten Zlatko Dizdarević über die Zukunftsperspektiven des Landes. Trotz Vetternwirtschaft und reformfeindlicher Bürokratie sah Jasmila Žbanić eine Möglichkeit für Fortschritt und Veränderung – und zwar durch bürgerliches Engagement und vor allem Bildung. Zlatko Dizdarević hingegen prognostizierte, Bosnien werde aufgrund der Perspektivlosigkeit seiner Bürger/innen schon bald wieder ein Problem für die EU werden. Erst dann werde diese sich wieder mit Bosnien beschäftigen, anstatt bereits jetzt zu handeln und die staatlichen Rahmenbedingungen zu verändern.

Eine Podiumsdiskussion im Dezember mit dem Hohen Repräsentanten Valentin Inzko, dem bosnischen Abgeordneten Dennis Gratz und der Grünen-Abgeordneten Marieluse Beck kam zu dem Schluss, dass sich ohne eine demokratische Verfassungsreform die insgesamt desolate politische und ökonomische Lage in Bosnien-Herzegowina kaum verändern lasse. Ein Gast der Veranstaltung, der als 12-jähriger Flüchtling nach Deutschland gekommen war, hatte eine Botschaft an die Nichtbosnier auf dem Podium: «Üben Sie Einfluss und motivieren Sie die Menschen, für neue politische Kräfte tätig zu werden.» Die zweite Botschaft richtete sich an die Bosnier: «Üben Sie Einfluss und geben Sie keiner Partei Ihre Stimme, die in den vergangenen 20 Jahren an der Macht war. Sie können mit Sicherheit davon ausgehen, dass das Kriminelle sind.»



Foto: Sofía Gonzáles CC-BY-NC-ND-2.0

Demokratie fördern, Menschenrechte durchsetzen!

Demokratie ist kein Selbstläufer. Demokratie muss erkämpft, mit Leben gefüllt und erneuert werden. Demokratie und Demokratisierung weltweit zu unterstützen und zu fördern ist ein Kernanliegen unserer internationalen Arbeit. Ausgangs- und Angelpunkt sind dabei die universellen Menschenrechte: Wir unterstützen die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger, wir organisieren öffentliche Debatten, und wir streiten für gleiche Rechte der Geschlechter und die Beteiligung von Minderheiten. Zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern arbeiten wir zum Beispiel daran, Gesetzesinitiativen zum Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen (LSBTI) weltweit voranzubringen.

Eine freiheitliche politische Kultur muss sich entwickeln können. Deshalb unterstützen wir zivilgesellschaftliche Gruppen und die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten und Medien. Wir arbeiten mit unseren Partnerinnen und Partnern auch daran, Konflikte zu bewältigen, Streit in bearbeitbare Bahnen zu lenken und für Interessenausgleich zu sorgen – damit die Demokratie nicht ausgehöhlt wird oder gar zerbricht.

Menschenrechte einfordern, umsetzen und garantieren

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren» – so heißt es im ersten der 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, zu denen sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 bekannte. Heute umfasst das Regelwerk der Vereinten Nationen über 70 Konventionen und Resolutionen. Es formuliert menschenrechtliche Standards – vom Recht auf Meinungsfreiheit bis zur Abschaffung aller Formen der Diskriminierung der Frau. Im Zentrum des Regierungshandelns stehen die Menschenrechte leider nicht. Sie müssen immer wieder neu eingefordert und erstritten werden.



Maina Kiai (UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) und Barbara Unmüßig (Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung)

Re:Claim Human Rights! – Veranstaltungsreihe

2015 war ein UN-Gipfel-Jahr. Neue Ziele zur Bewältigung der globalen Armuts- und Umweltkrise wurden verhandelt, ein neues rechtsverbindliches Klimaabkommen verabschiedet, und die Agenda für Frauenrechte – die Pekinger Aktionsplattform – feierte ihren 20. Geburtstag. Mit unserer Reihe «Re:Claim Human Rights!» versuchten wir, den Blick für Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Menschenrechte in diesen UN-Prozessen zu schärfen. In der Auftaktveranstaltung forderte Tom Koenigs (Sprecher für Menschenrechtspolitik von Bündnis 90/Die Grünen), Menschenrechte müssten zu einem Kompass in der Außenpolitik werden. Es gelte, ihre Missachtung offen anzusprechen und zu kritisieren, dabei sei die Zivilgesellschaft eine wichtige Kraft.

Auf einer internationalen Konferenz im Juni ging es um die Verantwortung und Rechenschaftspflicht für die Umsetzung der universellen Menschenrechte und internationalen Abkommen. Das internationale Recht funktioniere für Investoren, aber nicht für Opfer von Menschenrechtsverletzungen, so der Völkerrechtler Jochen von Bernstorff (Universität Tübingen). Auch Maina Kiai (UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) berichtete, wie die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen in vielen Ländern deutlich schwieriger seien als für Unternehmen.

Die Lücken in der Rechenschaftspflicht von Staaten und Unternehmen zu schließen, bleibt eine große Herausforderung.

In einer anderen Veranstaltung ging es um die schwierige Durchsetzung von emanzipatorischen Ideen und Frauenrechten im Kaukasus. Ob durch den Islam, Traditionen oder Gewohnheitsrechte – im Kaukasus dienen Werte und Regeln dazu, den Frauen ihre Rechte und Freiheiten vorzuenthalten. Davon erzählt auch der Dokumentarfilm «Lasst mich nicht aufhören!», der im Auftrag der Stiftung mit Unterstützung der tschetschenischen Organisation Sintem entstand. Wir stellten ihn auf der Veranstaltung vor, zusammen mit einer Studie über das Leben der Frauen im Nordkaukasus. Dort sei die Stellung der Frau ein hochpolitisiertes Thema und mit vielen Tabus belegt, berichtete Ira Kosterina vom Moskauer Büro der Stiftung, die die Studie geleitet hat. Fragen zu Moral, Sexualität und Körperlichkeit konnten in den Fragebögen nicht offen formuliert werden. Die Lehrerin Luiza Mutoshvili aus dem Pankisi-Tal im südlichen Nachbarland Georgien berichtete von einigen positiven Veränderungen, die in patriarchalen Gesellschaften nur in Abstimmung mit den Männern herbeigeführt werden könnten. Sie selbst habe dank Unterstützung ihres Vaters studieren, reisen und schließlich auch bei der Parlamentswahl 2012 kandidieren können, bei der sie nur knapp verloren habe.

Zivilgesellschaft unter Druck

Seit einiger Zeit gehen die Regierungen vieler Länder massiv gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen vor: gegen Nichtregierungsorganisationen und soziale und ökologische Aktivist/innen, gegen Frauenrechtlerinnen oder Menschenrechtsverteidiger/innen. Wer Regierungspolitik kritisiert, Demokratie und Menschenrechte einfordert, gegen soziale Missstände, gegen Landraub oder Umweltzerstörung protestiert, gerät ins Visier staatlicher und privater Gewalt. Aktivist/innen werden diffamiert, unter Druck gesetzt oder kriminalisiert. Auch viele unserer Projektpartner/innen sind davon betroffen.



Junge Moskauerinnen und Moskauer bei einer Kundgebung der Opposition Foto: Vladimir Varfolomeev CC BY-NC

Diffamierung Andersdenkender in Russland und Belarus

Auf einer Konferenz im Januar 2015 in Berlin zogen bekannte russische und belarussische Menschenrechtler/innen die nüchterne Bilanz: 2014 war ein sehr schlechtes Jahr für die Menschenrechte. Die Meinungs-, Medien- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Sexualität und freies zivilgesellschaftliches Arbeiten werden seither beschnitten oder kriminalisiert, und es werden Geld- und Freiheitsstrafen gegen Andersdenkende verhängt. Ein Lichtblick war die Teilnahme von Ales Bialiatski aus Belarus, dem Petra-Kelly-Preisträger 2012. Er hat sich nach seiner Entlassung aus der politischen Haft als ungebrochener und besonnener Aktivist zurückgemeldet.

Russland versucht seit 2015 mit dem «NGO-Agentengesetz» kritische Nichtregierungsorganisationen in die Knie zu zwingen. Seit Verabschiedung des Gesetzes wurden 120 Organisationen mit ausländischer Finanzierung und willkürlich definierter «politischer Tätigkeit» als ausländische Agenten diffamiert (Stand Ende Februar 2016). Die meisten

unserer Partner sind darunter. Viele Organisationen lösen sich infolgedessen auf, manche verzichten auf ausländische Gelder, und andere arbeiten so gut es geht weiter. Doch mit der Auflistung als «ausländischer Agent» ist es nicht getan: Verschärfte Überprüfungen, Strafbefehle und Gerichtsbeschlüsse bis zur staatlichen Schließung belegen, dass es vor allem darum geht, Menschenrechtsorganisationen mundtot zu machen. Dennoch gibt es gerade unter jungen Russen ein großes Bedürfnis, sich zu engagieren – wenngleich oft weniger betont politisch und sehr projektorientiert. Das zeigten die Diskussionen während des Grünen Russland-Forums im Dezember in Moskau. Tatsächlich bieten sich für findige Aktivisten noch viele Nischen. Unser Büro in Moskau versucht mit seiner Sommerschule, jungen Aktivistinnen und Aktivisten Wissen, Netzwerkkontakte und Mut zu vermitteln. Etwa die Hälfte der Plätze wurde 2015 erstmals frei in ganz Russland ausgeschrieben. Die hohe Zahl der Bewerber/innen zeigte, dass die staatliche Abschreckungspolitik vielen auch weiterhin keine Angst macht.



Jugendliche Bandenmitglieder (Maras) in einem Gefängnis in Quezaltepeque, El Salvador Foto: OEA / SMS Arena Ortega CC BY-ND 2.0

Unterdrückung von Presse- und Meinungsfreiheit in Thailand

Als die thailändische Militärregierung am 1. April 2015 das Kriegsrecht aufhob, wurde schnell deutlich, dass es sich um eine taktische Finte handelte, um Einbußen im internationalen Tourismus und politische Sanktionen zu vermeiden. Denn zeitgleich mit der Aufhebung des Kriegsrechts erließ der Chef der Junta eine Verordnung, die es Militärangehörigen weiterhin erlaubte, Personen vorzuladen, sie zu verhören und bis zu sieben Tage ohne richterliche Anordnung in Haft zu nehmen. Faktisch hatte sich damit an der unbeschränkten Macht des Militärs nichts geändert. Außerdem blieben Verordnungen in Kraft, mit deren Hilfe die Bürger/innen zunehmend der Militärgerichtsbarkeit ausgesetzt werden. Neben der massiven Einschränkung prozessualer Grundrechte, wie das Recht auf Berufung, führte die Ausweitung der Militärgerichtsbarkeit zu einer Welle der Einschüchterung. Unsere Partnerorganisation Thai Lawyers for Human Rights (TLHR), die Betroffenen juristisch zur Seite steht, berichtete, dass seit dem Putsch bis September 2015 mehr als 1400 Zivilpersonen vor Militärgerichten abgeurteilt wurden. In zwei Fällen wurden Haftstrafen von 56 und 60 Jahren wegen Majestätsbeleidigung in den sozialen Medien verhängt. Nach den Schuldbekennnissen der Angeklagten wurden sie jeweils auf die Hälfte reduziert. Neben den Anwälten/innen der TLHR setzen sich auch die Online-Zeitung *Prachatai* (<http://prachatai.org/english/>) und iLaw mit dem Freedom of Expression Documentation Center (<http://freedom.ilaw.or.th/en>) für die Freiheitsrechte in Thailand ein – beides Partnerorganisationen der Stiftung.

Verschwindenlassen in Mexiko

Ende September 2014 wurden im mexikanischen Bundesstaat Guerrero 43 Studenten verschleppt und sind seither verschwunden. Nach offiziellen An-

gaben gelten in Mexiko seit 2007 mehr als 27.000 Menschen als vermisst, viele Fälle werden der organisierten Kriminalität zugeschrieben. Der Staat setzt diesen systematischen Verbrechen bislang wenig entgegen. Die Angehörigen beklagen die fehlende staatliche Unterstützung bei der Suche nach den Verschwundenen und die ausbleibende Strafverfolgung. Stattdessen müssen sie selbst originär staatliche Aufgaben übernehmen, oftmals verbunden mit Gefahren für ihre eigene Sicherheit. Aktivist/innen in Mexiko fordern deshalb ein allgemeines Gesetz zum Verschwindenlassen, das die Suche, Aufklärung und Entschädigung nach internationalen Standards regelt. Auf einer Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Deutschen Menschenrechtskoordination in Berlin haben wir an die verschwundenen Studenten erinnert und darüber diskutiert, wie derartige Verbrechen bekämpft werden können. Die oft einzige Unterstützung bekommen die Angehörigen Verschwendener derzeit von Menschenrechtsorganisationen wie zum Beispiel dem Tlachinollan CDHM und dem Centro Pro Derecho Humanos, beides langjährige Partnerorganisationen der Stiftung.

La Red – Netzwerk gegen Gewalt und Straflosigkeit in Zentralamerika

Im nördlichen Dreieck Zentralamerikas haben sich – eng begleitet von unserem Büro in El Salvador – vor zwei Jahren zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus El Salvador, Guatemala und Honduras zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um sich mit den dringenden Fragen von (Un-)Sicherheit, Gewalt und Straflosigkeit in der Region auseinanderzusetzen. Dabei geht es besonders darum, die strukturellen Schwächen der Staaten und die wachsenden Grauzonen zwischen Legalität und Illegalität genauer zu erkennen und zu analysieren. Diverse Studien wurden mittlerweile in Auftrag gegeben, u. a. zu den (Jugend-)Banden, ihrer territorialen Macht und ihren



«Courage» – eine Ausstellung in Nairobi erzählt die Geschichte kenianischer Heldinnen und Helden. Foto: Brian Inganga

Strategien sowie zu den Vertreibungen innerhalb der jeweiligen Länder und der wachsenden Migration ins Ausland infolge von Unsicherheit. Formal sind es zwar Demokratien, doch ihr Funktionieren wird verhindert. Das Netzwerk versucht zu analysieren, welche De-facto-Mächte dafür verantwortlich sind. Seine Informationen stellt es regelmäßig politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung. Einzelne Beiträge wurden über die am Netzwerk beteiligten Medien *Plaza Pública* in Guatemala und *El Faro* in El Salvador auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Erfolg im Kampf gegen Landraub in Kambodscha

Nach jahrelanger intensiver Lobbyarbeit hatte unsere Partnerorganisation Equitable Cambodia 2015 endlich Erfolg: Der thailändische Zuckerkonzern Mittr Phol zog sich aus Kambodscha zurück. Vorangegangen waren langwierige Diskussionen um Landraub, Einschüchterung der lokalen Bevölkerung, Vernichtung von Ernten und niedergebrannte Häuser. Der Zuckerkonzern profitierte von der Handels erleichterung der EU für kambodschanische Waren, von der die lokale Bevölkerung aber nichts spürte. Lange hatte sich die EU nicht um die Menschenrechtsverletzungen gekümmert, die ihren Handelspartnern angelastet wurden. Letztlich waren es die Vorsprachen von Equitable Cambodia bei Coca Cola, einem der Hauptabnehmer für den Zucker von Mittr Phol, die zum Erfolg führten. Coca Cola hatte eine Null-Toleranz-Grenze für Landraub ausgerufen und sich vor Ort über die Machenschaften von Mittr Phol informiert. Im Zusammenwirken mit einer Klage vor der thailändischen Menschenrechtskommission, die Equitable Cambodia im Auftrag der betroffenen Be-

völkerung angestrengt hatte, wurde der Druck auf den thailändischen Konzern zu groß. Nun wartet die lokale Bevölkerung darauf, dass die kambodschanische Regierung ihr das Land wieder zuteilt.


«Courage» – Mut zur Veränderung, eine Ausstellung in Nairobi ↗

In keinem anderen Kontinent ist die Bevölkerung so jung wie in Afrika. In Kenia zum Beispiel sind 35 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahre alt. Doch die viel beschworene demografische Dividende bleibt bisher aus. Jungen Kenianer/innen mangelt es an Perspektiven und auch an politischer Repräsentation. Mit 67 Prozent führen sie die Arbeitslosenstatistik an, und der tagtägliche Überlebenskampf lässt ihnen wenig Raum, sich zu organisieren. Auch an Vorbildern fehlt es, dabei gibt es sie. Die kenianische Geschichte ist voller mutiger Männer und Frauen, die im Kampf um Selbstbestimmung und Gerechtigkeit oft große Opfer gebracht haben. Doch kaum einer kennt sie. Unser Büro in Nairobi unterstützte eine Ausstellung, die die Geschichte ebener Heldinnen und Helden erzählt. Konzipiert wurde sie von einem Mann, der selbst viel Mut bewiesen hat, Boniface Mwangi, ein mehrfach ausgezeichnete Fotojournalist und Kenias wohl bekanntester Aktivist. Tausende von Menschen haben die Ausstellung inzwischen gesehen. Doch sie ist nur der Anfang. Mit #TeamCourage soll eine Bewegung junger engagierter Menschen entstehen, die sich ihres Einflusses zunehmend bewusst werden und die gesellschaftlichen Herausforderungen des Landes anpacken. Bei den nächsten Wahlen 2017 könnten über vier Millionen Neuwähler/innen an die Urnen treten: fast ein Fünftel der Wählerschaft.

Frauen- und LSBTI-Rechte stärken

Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht und Sexualität sind weltweit noch immer an der Tagesordnung: Frauen werden in konventionelle Rollen gedrängt und von politischer Teilhabe ausgeschlossen. Homosexuelle und Transgender haben öffentliche Demütigungen oder gar körperliche Gewalt zu fürchten. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen arbeiten wir daran, dass sich das ändert. Unser wichtigstes Ziel ist es, Frauenrechte zu stärken und Gesetzesinitiativen zum Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen (LSBTI) weltweit voranzubringen.

Erste Erfolge für LSBT-Organisationen in Tunesien

Etablierte Organisationen der Zivilgesellschaft wie die tunesische Liga der Menschenrechte LTDH – seit 2015 gemeinsam mit der Zentralgewerkschaft UGTT Träger des Friedensnobelpreises – haben erstmalig Aufrufe zur Abschaffung des Paragraphen 230 (Kriminalisierung der Homosexualität) und für die Anerkennung von sexueller Selbstbestimmung unterstützt. Bisher waren LGBT-Organisationen nicht als Teil der Zivilgesellschaft akzeptiert. Selbst im Parlament ist es zu einer kurzen Debatte über LGBT-Rechte gekommen. Zudem haben die Organisationen Damj l'Association Tunisienne pour la justice et l'égalité und CHOUF zahlreiche Veranstaltungen organisiert, darunter das Chouftouhonna – das feministische Kunstfestival. Mit beiden Organisationen arbeiten wir seit 2013 zusammen. 

Was ist natürlich? – Konferenz im Libanon


«Widernatürliche» sexuelle Handlungen stehen im Libanon und einer Reihe anderer Staaten der Region unter Strafe – doch im Jahr 2015 hat ein Gericht im Libanon verfügt, Homosexualität sei nicht «gegen die Natur». Eine Konferenz unseres Beirut Büros knüpfte daran an und stellte die philosophische Frage nach dem Wesen der Natur. Immer wieder wird das Argument der «Natur» missbraucht, um gesellschaftliche Normen zu beeinflussen. Während der dreitägigen Konferenz wurden juristische Fälle diskutiert sowie Filme und Audiobeiträge zur aktuellen Forschung und den historischen Zusammenhängen präsentiert. Natur, so wurde deutlich, ist mit sehr widersprüchlichen Bedeutungen besetzt. Als Maß für «richtiges» oder «falsches» Verhalten kann sie nicht dienen.

Traditionelle Heiler gegen Homophobie in Südafrika

Homosexualität sei unafrikanisch, so wird von Politikern, religiösen und traditionellen Autoritäten und anderen Meinungsmachern immer wieder behauptet.

Zwar ist in Südafrika das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung gesetzlich verankert, dennoch ist Homophobie allgegenwärtig und drückt sich häufig gewaltsam aus. Großen Einfluss auf Moral, mentale Gesundheit und Familienwerte haben die traditionellen Heiler, die sogenannten Sangomas. Einige Sangomas wollen ein Zeichen gegen Homophobie setzen und haben sich zusammengeschlossen. Die Gruppe, zu denen auch schwule und lesbische Sangomas gehören, trifft sich regelmäßig in den Räumen unseres Kapstadter Büros. Sie hinterfragen unfundierte Interpretationen afrikanischer Traditionen und zeigen auf, dass sexuelle Diversität durchaus mit Kultur und Tradition vereinbar ist. Ihre einflussreiche Stellung hilft, die Haltung der Gesellschaft gegenüber LGBTI-Menschen positiv zu verändern.

Genderdebatte online – Kohl, ein neues Magazin aus dem Libanon

Kajal, auf Arabisch «Kohl», ist ein schwarzer Puder, der im arabischen Raum seit Jahrtausenden als Augenschminke verwendet wird. Schwarz geschminkte Augen galten als Ausdruck orientalischer Erotik. Wurde die arabische Frau früher im Westen häufig hypersexualisiert dargestellt, so dominiert heute das Bild der verschleierten Frau als Opfer patriarchaler Herrschaft. Mit *Kohl*, einem neuen akademischen Onlinemagazin aus dem Libanon, wollen die Herausgeber derartige Stereotypen aufbrechen und die Genderdebatte in der Region beflügeln. Die überwiegend weiblichen arabischen Autor/innen schreiben zu Gender, Sexualität, LGBTI und Feminismus und richten sich an eine arabisch und englischsprachige Leserschaft. Das Magazin wird von unserem Büro in Beirut unterstützt. 

Genderquoten in Afghanistan und Pakistan – Studie

Genderquoten sind wichtige Instrumente um sicherzustellen, dass Frauen sich politisch beteiligen kön-



<http://chouf-minorities.org/chouftouhonna-the-trailer>



<http://kohljournal.org>



Demonstration gegen Feminizide in Oaxaca de Juárez, Mexiko
Foto: Víctor Ramírez CC BY-ND 2.0

nen. In Pakistan gibt es sie seit den 1950er Jahren, Afghanistan hat sie 2001 in der Verfassung und im Wahlrecht etabliert. Eine von der Stiftung unterstützte Studie verglich die Erfahrungen von Parlamentarierinnen in beiden Ländern und die qualitativen Auswirkungen der Quotenregelung. Es zeigte sich, dass Genderquoten zwar einen wichtigen Beitrag zur politischen Partizipation leisten, inwieweit Frauen tatsächlich politischen Einfluss erlangen, hängt aber noch stark von den lokalen Gegebenheiten ab. Auf Einladung der Stiftung stellten Wissenschaftlerinnen und Parlamentarierinnen aus beiden Ländern die Ergebnisse in Berlin vor. Bei politischen Gesprächen in Berlin und Brüssel diskutierte die Delegation über künftige Kooperationsmöglichkeiten mit dem deutschen und dem Europaparlament. Auch untereinander wollen sich die Parlamentarierinnen künftig vermehrt austauschen.

Vorgeburtliche Geschlechterauswahl in Asien – Konferenz in Neu-Delhi

In Indien und auch in anderen Ländern Asiens ist es weitverbreitet, weibliche Föten abzutreiben. Dadurch werden Millionen von Mädchen gar nicht erst geboren. Unsere Partnerorganisation Centre for Social Research (CSR) in Neu-Delhi unterstützt seit Jahren gesetzliche Maßnahmen gegen geschlechtsselektive Abtreibungen, speziell das Verbot der Nutzung von Ultraschallgeräten zur vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung. Sie begleitet auch Projekte zur Aufwertung des sozialen Status von Töchtern – von moralischen Appellen bis hin zu finanziellen Anreizen. Im Juli 2015 organisierte CSR mit Unterstützung unseres Büros in Neu-Delhi eine Konferenz, auf der die Erfahrungen in Indien, Südkorea, Vietnam und der indischen Diaspora in den USA vergleichend diskutiert wurden. Bei großen Unterschieden in den nationalen Bedingungen zeigte sich, dass Verbote

spezifischer Technologien nur begrenzte Wirkung haben – und allenfalls dann, wenn sie konsequent durchgesetzt werden. Langfristig geht es um die Veränderung sozialer Wertesysteme und eine höhere Wertschätzung von Töchtern in Familien und der Gesellschaft insgesamt.

Lateinamerika gegen den Malestream – Diskussionsreihe

Für lateinamerikanische und karibische Frauen und Mädchen hat sich in puncto Gleichberechtigung einiges getan. Immer mehr Frauen haben eine bezahlte Arbeit, der Zugang zu Schulen und Universitäten hat sich verbessert. Auch institutionell und rechtlich sind die Standards beachtlich gestiegen: Frauenrechte wurden ausgebaut, nationale Gesetze für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verabschiedet und die Frauenquoten für Parlamentswahlen erhöht. Aber dort, wo traditionelle Geschlechterrollen und -verhältnisse oder Familienbilder angetastet werden, gibt es noch immer harsche Gegenwehr. Eine konsequente rechtliche Entkriminalisierung der Abtreibung konnte bisher kaum umgesetzt werden. Und die Gewalt gegen Frauen und Mädchen nimmt kaum ab. Die Zahl der Feminizide – Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts, der extremste Ausdruck der Gewalt an Frauen – steigt in einigen Ländern des Kontinents sogar weiter an. Auch ökonomisch haben Frauen weniger profitiert als die Männer. Der Frauenanteil unter den Menschen, die in Armut leben, ist gestiegen. Eine Veranstaltungsreihe in Berlin hat die Geschlechterverhältnisse in Lateinamerika näher betrachtet. Feministinnen und Menschenrechtsaktivistinnen aus Lateinamerika und Deutschland diskutierten über Arbeitsmarktpolitiken, Abtreibungsverbote, die «Geschlechterblindheit» des internationalen Völkerstrafrechts und die Arbeit von feministischen und Frauenrechtsorganisationen. ☁

☁ Soundcloud

<https://goo.gl/bHs00C>

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbstständige Vereine, sie arbeiten aber untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartner/innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art – von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Bildungsreisen und Ausstellungen. Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2015:

Pocketheft und Fachgespräche

Baden-Württemberg: Flucht und Asyl

2015 kamen rund 100.000 Geflüchtete nach Baden-Württemberg. Wer kommt da, und was tut die grün-rote Landesregierung? Das Pocketheft «Flucht und Asyl in Baden-Württemberg» beantwortet kurz und anschaulich Fragen, geht auf Befürchtungen ein und gibt Anregungen für die Mitarbeit in der Flüchtlingshilfe. Vorschläge für eine langfristig erfolgreiche Flüchtlingshilfe erarbeiteten die Teilnehmenden einer Veranstaltung des Verbundprojektes «Update für Demokratie». Im Zentrum stand die Frage, was Kommunen und Land tun können, um die Zusammenarbeit von Initiativen, freien Trägern, Stadt und Land, von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen zu verbessern. Beim Ladies Lunch im Dezember – noch vor den Ereignissen in Köln – wurde diskutiert, wie Gewalt gegen Frauen durch Geflüchtete offensiv angegangen werden kann, ohne Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Rassismus zu nähren, und wie die Sicherheit von geflüchteten Frauen und Kindern in den Unterkünften verbessert werden kann.

liberalem Größenwahn – das waren die Erkenntnisse einer Bildungsreise, die Anfang Juni in Europas Umwelthauptstadt 2014 führte. Neben Gesprächen mit Angestellten der Stadtverwaltung, des Stadtrats und der Stadtwerke sowie Führungen durch die Stadtteile Nørrebro (ein angesagter Multikulti-Bezirk), Vesterbro (ein Sanierungsgebiet mit Umbau von Altindustrieflächen) und Ørestad (modern und neu) stand auch eine Stadtrundfahrt per Rad auf dem Programm. Ein kultureller Höhepunkt war der Besuch des Louisiana Museums für Moderne Kunst. Am Ende fuhren die Teilnehmenden mit vielen Anregungen und Denkanstößen für die eigene politische Arbeit nach Hause.

Diskussion

Berlin: Griechenland und Europa – Wege aus der Krise

Wie steht es in heutigen Krisenzeiten um die Zukunft des europäischen Projekts und sein ambivalentes Verhältnis zu Demokratie und Kapitalismus? Dieser Frage ging das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung auf zwei gut besuchten Abendveranstaltungen in der Berliner Urania nach. Die Krise in Griechenland wurde dabei nicht rein ökonomisch diskutiert, sondern als Struktur- und Institutionenkrise des Euroraums. Es ging auch um die Frage, was mit Demokratien und dem politischen Engagement ihrer Bürger/innen passiert, wenn technokratische Maßnahmen einer Austeritätspolitik die Verfassung eines Mitgliedslandes untergraben und somit – laut Habermas – auf den Status eines Protektorats degradieren. Beide Veranstaltungen waren als

Bildungsreise

Bayern: Copenhagenize – Grüne Zukunft, Lebensqualität und urbane Innovation

Kopenhagen macht ernst mit dem Klimaschutz. Kopenhagen ist Vorreiterin für eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik. Kopenhagen arbeitet an einem Stadttumbau, der den Menschen mehr Lebensqualität bringen soll. Aber auch Kopenhagen bleibt nicht verschont von Gentrifizierung und neo-

deutsch-griechische Begegnung konzipiert. (EU-) Politiker/innen diskutierten mit griechischen und deutschen Expert/innen, u. a. mit Sven Giegold, Kaki Bali, Niels Kadritzke, Giorgos Chondros und Lisa Paus. Die rege Beteiligung an der Diskussion zeigte, wie sehr das Thema bewegt.

Fachtag

Hamburg: Von wegen alternativlos – Hamburg kann's besser!

Es hat sich herumgesprochen in der Stadt – es geht auch anders! Wer genug hat von der Konsum- und Wegwerfgesellschaft, wer den Raubbau an der Natur nicht länger hinnehmen möchte, der findet immer mehr Möglichkeiten und Gleichgesinnte für alternative Wege. Aber nicht nur Teile der Zivilgesellschaft denken um. Auch in der Politik und Wirtschaft regt sich Widerstand gegenüber einer reinen Profit- und Verwertungslogik. Auf dem Fachtag am Klima-Aktionstag in der Hafen City Universität überlegten die circa 200 Teilnehmenden, welche Verantwortung, Rolle und Handlungsspielräume die unterschiedlichen Akteur/innen bei der Transformation unserer Industriegesellschaft haben und was sie daran hindern könnte, neue Wege zu beschreiten. Bereits bestehende Alternativen für mehr Suffizienz konnten an den vielen Ständen auf dem Markt der Möglichkeiten besichtigt werden.

Tagung

Brandenburg: Nach dem Willkommen das Bleiben

Willkommenskultur leben – aber wie? Eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg befasste sich mit den Herausforderungen, vor denen die Kommunen Brandenburgs durch die Aufnahme von Geflüchteten stehen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Perspektiven zum Bleiben geschaffen und die Geflüchteten in den Kommunen integriert werden können. Neben Wissenschaftler/innen waren auch viele ehrenamtliche und kommunale Akteur/innen eingeladen, die über ihre Arbeit mit den Geflüchteten berichteten. Die Tagung war der Auftakt für das Projekt CUCHA (Cultural Challenges – Fairness und Verantwortung für unsere Kommunen). Im Mittelpunkt steht dabei die Etablierung einer Willkommenskultur, beruhend auf Anerkennung und Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt, die eine Integration geflüchteter Menschen erst ermöglicht.

Debattenreihe


Hessen: Böll Economics

Seit der Finanzmarktkrise interessiert sich die Öffentlichkeit wieder mehr für grundlegende ökonomische und finanzwirtschaftliche Fragen. Die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen hat auf das gesteigerte Interesse reagiert und bietet mit der Reihe «Böll Economics» die Gelegenheit, in überschaubarer Runde mit jeweils ein bis maximal zwei Expert/innen über Wirtschaftsthemen zu diskutieren. 2015 ging es um Griechenland und die europäische Krisenpolitik, die Politik der Europäischen Zentralbank und mögliche Alternativen zur europäischen Austeritätspolitik. Im Jahr 2016 wird sich die Reihe mit Fragen der Vermögens- und Einkommensverteilung und möglichen Schlussfolgerungen für eine gerechte Steuerpolitik beschäftigen.

Buchvorstellung

Bremen: Blicke auf geschundene Regionen – Syrien und Irak

Der Irak ist derzeit das Land mit den meisten Terroranschlägen weltweit. Auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen ging es um die Frage, wie sich der Alltag der Iraker/innen unter diesen Bedingungen gestaltet. Birgit Svensson lebt seit vielen Jahren als eine der letzten westlichen Journalist/innen in Bagdad und berichtet von dort für deutsche Medien. 2015 hat sie das Buch «Mit den Augen der Inana» herausgegeben, in dem sie Kurzprosa und Gedichte zeitgenössischer irakischer Autorinnen zusammengetragen hat. In Bremen stellte sie ihr Buch vor, zusammen mit zwei der Autorinnen, Amal Ibrahim al-Nusairi und Samarkand al-Djabiri, die über die aktuelle Lage im Irak und die Situation der irakischen Frauen berichteten.

 Filmpremiere

Mecklenburg-Vorpommern: «Wir sind jung. Wir sind stark.»

Der Spielfilm «Wir sind jung. Wir sind stark.» von Burhan Qurbani erzählt am Beispiel einer Gruppe Jugendlicher von den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Es geht um Fremdenfeindlichkeit, die in der viel beschworenen Mitte der Gesellschaft entsteht. Über fünf Jahre arbeitete das Filmteam am Thema, und keiner ahnte, dass es

angesichts von Pegida und der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte wieder so erschreckend aktuell werden würde. Die Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern organisierte im Januar 2015 die bundesweite Vorpremiere und Schulvorstellungen samt Begleitprogramm. Premierengäste waren neben dem Team auch der damalige Ausländerbeauftragte Wolfgang Richter und Polizeipräsident Thomas Laum. Die Resonanz war außergewöhnlich: Die Premiere sowie die Folgevorstellungen waren immer ausgebucht, auf dem Podium entfachte eine lebhaft Debattte. Unsere Video- und Audio-Dokumentation des Gesprächs erreichte bis heute mehr als 6000 Menschen.

Veranstaltungsreihe

Niedersachsen: Bewusst wie: Anders leben, besser wirtschaften

Diverse Studien zeigen: Der Großteil der Menschen in Deutschland wünscht sich eine andere Wirtschaftsordnung. Doch warum ändert sich nicht endlich was? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen in der dreiteiligen Veranstaltungsreihe «Bewusst wie: Anders leben, besser wirtschaften». Kompetente Gäste wie Anette Jensen, Mitautorin von «Glücksökonomie», Michael-Loyd Jones, Mitbegründer der britischen Regionalwährung «Bristol Pound» und Urte Töpfer, Gemeinwohl-Beraterin, erzählten ihre Geschichten des Gelingens. Die hannoverschen Akteur/innen nutzten die Veranstaltung, um Netzwerke zu knüpfen und neue Projekte zu schmieden. Nachhaltig wirtschaftende lokale Unternehmen stellten sich auf einem Markt der Möglichkeiten vor.

Böll-Forum 2015

Nordrhein-Westfalen: Flüchtlinge – Gut vertreten?

Eine der wichtigsten Veranstaltungen für die Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen ist das alljährliche Böll-Forum. Es stand 2015 unter dem Motto «Flüchtlinge – Gut vertreten?». Der Publizist Andreas Zumach erläuterte zu Beginn die globalen Konflikte, die derzeit die großen Fluchtbewegungen auslösen, und warf einen kritischen Blick auf die europäischen Regelungen und Maßnahmen im Umgang mit den Geflüchteten. Die Zuhörer/innen nahmen allerhand Anstöße mit, die im Anschluss rege disku-

tiert wurden. Auch eigene Erfahrungen der Teilnehmenden kamen zur Sprache und zeigten, wie wichtig direkte Begegnungen zwischen Geflüchteten und der Zivilgesellschaft sind. Durch vergleichsweise niedrigschwellige Angebote können Berührungsängste und Unsicherheiten aus dem Weg geräumt werden.

Podiumsdiskussion

Rheinland-Pfalz: Trans* in den Medien: Trans*medial – Trans*verkehrt?

Zum «Transgender Day of Remembrance» veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz eine Diskussion über die Repräsentation von Transmenschen in den Medien. In der öffentlichen Debatte von Transidentität dient nach wie vor ein biologisches Geschlecht als Ausgangspunkt, z.B. in Vorher/Nachher-Berichten. Häufig kommen in der Fernsehberichterstattung auch Mediziner/innen als Fachleute zu Wort, wodurch Transidentität vor allem als gesundheitliches Problem wahrgenommen wird. Wie schwer es ist, dieses Thema ohne diese Stereotype darzustellen und zu erklären, davon berichteten die Medienschaffenden auf dem Podium. Es zeigte sich, dass der Aufklärungsbedarf über Transidentität weiterhin groß ist und dass Journalist/innen beim Umgang mit diesem Thema eine bessere Unterstützung brauchen.

Lesungen

Saarland: Böll & Hofstätter

Seit sechs Jahren stellt die Heinrich-Böll-Stiftung Saar in Zusammenarbeit mit dem Buchhändler Ludwig Hofstätter in der Reihe «Böll & Hofstätter» zeitgenössische Literatur an wechselnden Orten vor. Im September 2015 las der Dokumentarfilmer Marcel Ophüls in Saarbrücken vor ausverkauftem Haus aus seinen Lebenserinnerungen «Meines Vaters Sohn». Marcel Ophüls ist in Saarbrücken geboren und konnte 1941 in die USA emigrieren. Sein Dokumentarfilm «Hotel Terminus» über das Leben des SS-Offiziers Klaus Barbie wurde mit dem Oscar ausgezeichnet. Ophüls präsentierte auch zwei Spielfilme seines berühmten Vaters Max Ophüls im Saarbrücker Filmhaus. Die Veranstaltungen fanden großes öffentliches Interesse und wurden auch im Kulturmagazin des Saarländischen Rundfunks gesendet.



www.filmgespraeche.de/
wir-sind-jung-wir-sind-stark



Download Broschüre
<http://goo.gl/Z4euhq>

Inklusionsprojekt

Sachsen: RomaRespekt

Die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen engagiert sich mit ihrem Projekt «RomaRespekt» gegen den Antromaismus der Mehrheitsgesellschaft und hilft den Rom/nja und Sint/ezze in Sachsen und Sachsen-Anhalt bei ihrer Selbstorganisation. Im Projekt arbeiten Rom/nja und Sint/ezze selbstbestimmt mit und durchbrechen mit ihren Selbstbildern stereotype Opferzuschreibungen. Das Projekt konzentriert sich insbesondere auf die (außer-)schulische Jugendarbeit zu Rassismus. Die monatliche Radiosendung «RomaRespekt-Radio» bringt Zeitzeug/inneninterviews und Beiträge von Wissenschaftler/innen, Aktivist/innen und Künstler/innen. Außerdem gibt es Fachtagungen und Fachworkshops, Weiterbildungen und Gedenkstättenfahrten. Das Projekt läuft bis 2020.

 Tagung**Sachsen-Anhalt: Lesben in der DDR und zur Zeit der Friedlichen Revolution**

In der Geschichte der Homosexualität in der DDR ist meist ausschließlich von Schwulen die Rede. Ostdeutsche Lesben bleiben unerwähnt. Ebenso ihr Engagement zur Zeit der Friedlichen Revolution. Eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt und des Gunda-Werner-Instituts ging der Frage nach, wie eine alternative Geschichtsschreibung aussehen kann, die solch ein Übersehen vermeiden kann. Prominente Zeitzeug/innen, fachkundige Referent/innen und bundesweit angereiste Gäste diskutierten insbesondere die Rolle der Staatssicherheit und das eigene Unsichtbarmachen innerhalb der Lesbengruppen, vor allem der Schwarzen Lesben. Von großer Relevanz war daher die Überlegung, wie intersektionale Wissenschaft gelingen kann. Als Nachlese erschien zum Jahreswechsel eine erweiterte Tagungspublikation.

Ausstellung

Schleswig Holstein: «On Water»

Die Bilder von überfüllten Schlauchbooten auf dem Mittelmeer und völlig erschöpften Menschen, die in Griechenland und Italien das rettende Festland erreichen, sind inzwischen trauriger Alltag geworden.

Immer wieder hört man von Unglücken auf hoher See, bei denen Geflüchtete ums Leben kommen. Doch wer sind diese Menschen, die eine solch gefährliche Reise auf sich nehmen, um in Europa rettendes Asyl zu erlangen? Und was treibt sie dazu? Künstler/innen um die Berlinerinnen Sigrun Drapatz haben diese Fragen aufgenommen und eine Ausstellung dazu konzipiert. Neben der künstlerischen Aufarbeitung waren Interviews mit Geflüchteten, gesammelt in Berlin und Kiel von den Reporter/innen des *Refugee Reports*, Bestandteil der Ausstellung. Ergänzend dazu fanden Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Themen wie Fluchtursachen und Fluchtwege, den sogenannten sicheren Herkunftsländern und rechte Gewalt in Schleswig-Holstein statt.

 Tagung**Thüringen: Frauen und Flucht**

Auch wenn das öffentliche Interesse am Schicksal der Geflüchteten stark zugenommen hat, die besonders prekäre Lage der geflüchteten Frauen bleibt dabei wenig beachtet. Die Diskussion der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen im Oktober 2015 «Frauen und Flucht» hat das Thema stärker in die Öffentlichkeit gerückt. Die Podiumsgäste, darunter eine Frauenrechtlerin von Women in Exile, eine Asylrechtsanwältin, eine Sozialarbeiterin und die Staatssekretärin für Justiz, Migration und Verbraucherschutz in Thüringen, berichteten über die Asylrechtssituation, über die strukturellen Defizite im Verwaltungsbereich und über die schwierige Unterbringungssituation für traumatisierte Frauen. Einig waren sich alle bei der Forderung nach verstärkter Unterstützung geflüchteter Frauen in allen Phasen ihrer Asylsuche und Integration. Beeindruckend und beklemmend zugleich war der Alltagsbericht der Frauenrechtlerin, die ihren Beitrag mit dem Statement: «Es ist kein Leben für Frauen, eingeschlossen zu sein!» zusammenfasste.



Aufbruch in die ökologische Moderne

Wir wollen den Übergang in eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und gerechte Weltgesellschaft beschleunigen – weg vom Raubbau an der Natur hin zur Kooperation mit der Natur. Wir setzen uns ein für ein globales Klimaabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen. Und wir wollen diejenigen zur Kasse bitten, die mit ihrem Geschäftsmodell den Klimawandel befeuern. Ein großes Anliegen ist uns die Förderung von Alternativen: die grüne Energierevolution, eine umweltfreundliche Landwirtschaft und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Denn die Klimawende ist machbar!

Wir unterstützen die soziale und ökologische Transformation überall – zu Hause in Deutschland und auch an unseren internationalen Standorten. Wir streiten für eine drastische Senkung des Ressourcenverbrauchs, für einsehbare Verträge in der Rohstoffindustrie und für Rechenschaftspflichten der Bergbaukonzerne. Wir suchen nach Wegen, die Nutzung natürlicher Ressourcen so zu gestalten, dass die ökologischen Grenzen unserer Welt respektiert und gleichzeitig die Menschenrechte und Demokratie gestärkt werden.

Klimawandel und Klimafinanzierung

Es gibt kaum ein Thema, bei dem internationale Kooperation dringlicher ist als beim Klimawandel, doch bis heute kommt die Bekämpfung des Klimawandels nicht recht voran – zu groß sind die Interessengegensätze innerhalb und zwischen den Staaten. Sechs Jahre nach dem gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen lagen alle Hoffnungen auf dem Klimagipfel in Paris, der Ende November 2015 dem weltweiten Klimaschutz zum Durchbruch verhelfen sollte. Doch der große Wurf gelang nicht.



Proteste zum Auftakt des Klimagipfels in Paris. Foto: Julien Brachhammer CC-BY-NC 2.0

Internationale Klimadiplomatie ↗

Am 12. Dezember 2015 verkündete der französische Außenminister den Abschluss eines neuen Klimaabkommens in Paris. Auch wenn der diplomatische Erfolg wichtig war, der erhoffte faire und ambitionierte Deal kam nicht zustande: Mit den bisher zugesagten (freiwilligen) Beiträgen der Staaten wird die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C nicht zu schaffen sein. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit sind in dem Abkommen nur schwach verankert. Und zwischen den Zeilen werden die Türen für riskante Geoengineering-Technologien geöffnet. Es gibt keinen Plan für die Aufstockung der Finanzhilfen für Entwicklungsländer ab 2020, und Staaten, die Verluste und Schäden durch den Klimawandel erleiden, dürfen ihre Rechte auf Entschädigung nicht auf Grundlage des Abkommens geltend machen.

Wir waren mit einer Delegation in Paris und haben uns mit eigenen Veranstaltungen bei den alternativen Foren in die Diskussionen eingemischt. Die

Debatten um den Ausstieg aus den fossilen Energien unterfütterten wir mit Daten und Fakten aus unserem gerade erschienenen «Kohleatlas». Auf großes Interesse stieß eine Veranstaltung mit Saúl Luciano Lliuya, einem Bauern und Bergführer aus den Anden, der von seiner Klage gegen den deutschen Energieriesen RWE berichtete. Er macht RWE aufgrund der Emissionen aus der Kohleverbrennung für den Klimawandel verantwortlich und fordert RWEs finanzielle Beteiligung beim Schutz gegen einen überlaufenden Gletschersee. ☐

Die «Carbon Levy» ↗

Ein interessanter Vorschlag zur Klimafinanzierung kommt von unserem Projektpartner Climate Justice Programme (CJP): eine Abgabe (die «Carbon Levy») auf fossile Energieträger der 90 Unternehmen, die für zwei Drittel der seit Beginn der Industrialisierung produzierten globalen Treibhausgase verantwortlich sind. Diese Abgabe soll den ärmsten und durch den Klimawandel am stärksten gefährdeten Gemein-

↗ Blog

www.klima-der-gerechtigkeit.de

📖 Kohleatlas

www.boell.de/de/2015/06/02/kohleatlas

↗ Link

www.boell.de/en/carbon-levy-project



Anlässlich unserer Konferenz in Belém, Brasilien: Gemeindemitglieder aus Quilombolola do Rio Capim berichten von ihren lokalen Problemen, zum Beispiel durch den großflächigen Anbau von Palmöl. Foto: Financeirização da Natureza Não CC-BY-NC

schaften im globalen Süden zugutekommen. CJP hat 2015 ein weltweites Netzwerk von bekannten und einflussreichen Unterstützer/innen aufgebaut und die Carbon Levy Declaration auf den Weg gebracht, die im Dezember 2015 von vielen internationalen Organisationen und prominenten Mitstreiter/innen unterzeichnet wurde. Auch die Stiftung unterstützt die Erklärung.

REDD+ – ein umstrittener Mechanismus zur Klimafinanzierung

Die Reduzierung von Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung, abgekürzt REDD+, ist der global am weitesten fortgeschrittene Versuch, einen Finanzierungsmechanismus zu entwickeln, der auf einer Ökosystemleistung beruht: der Speicherung von CO₂ in (Natur-)Wäldern. In einem Fachseminar der Stiftung unmittelbar vor der COP 21 in Paris sahen Expert/innen aus Deutschland, Europa und Lateinamerika darin einen falschen Ansatz. Denn die Kompensationslogik ermöglichte es den Industrieländern, ihre Emissionen durch Projekte an anderen Orten zu reduzieren, ohne die eigenen Produktions- und Konsummuster zu ändern. Zudem werde REDD+ vor allem in indigenen und traditionellen Gemeinschaften eingeführt. Die Folge seien gravierende Land(rechts)konflikte. Anstatt diese Gemeinschaften als wichtige Akteure für einen sozial und ökologisch orientierten Klimaschutz anzuerkennen, würden ihre Formen der Waldnutzung verboten. Besser wäre es, die Hauptverursacher für Entwaldung – etwa die sich ausweitende industrielle Land- und Viehwirtschaft – in die Verantwortung zu nehmen.

Tipp:

Die Webseite www.deutscheklimafinanzierung.de begleitet und beobachtet mit Blogkommentaren und einer Datenbank den deutschen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung.

Kritik der Grünen Ökonomie

Über die Grüne Ökonomie wird weltweit kontrovers diskutiert. Für die einen ist sie der Ausweg aus den ökologischen und ökonomischen Dauerkrisen, für die anderen nur ein «Weiter so» in grünem Gewand. Die Debatte erhitze die Gemüter, weil es eben um mehr geht als nur um Umweltschutz. Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir die begrenzten Ressourcen miteinander teilen und was das «gute» Leben überhaupt ist. Das 2015 erschienene Buch «Kritik der Grünen Ökonomie» von Barbara Unmüßig, Lili Fuhr und Thomas Fatheuer unterzieht die Grüne Ökonomie einer kritischen Prüfung, erörtert ihre Möglichkeiten, beschreibt die Konsequenzen, nennt ihre blinden Flecke – und skizziert einen Weg, um globale Krisen auch unter sozialen Gesichtspunkten zu meistern.

Zum Thema Finanzialisierung der Natur starteten wir 2015 auch eine Online-Debatte. Ökonomische Bewertungen der Natur sind nicht neu, aber viele der aktuellen Modelle scheinen eine neue Qualität zu haben. Sie verdienen näher beleuchtet und diskutiert zu werden.

Eine viertägige Konferenz in Belém am Amazonas über die Finanzialisierung der Natur war der Höhepunkt der mehrjährigen Beschäftigung unseres Büros in Rio mit diesem Thema. In Brasilien, dem Land mit dem größten Regenwald der Welt und einer enormen Biodiversität, ist die Frage nach dem Verhältnis von Naturschutz und dem Schutz der Rechte der Menschen, die mit und in ihr leben, schon lange aktuell. Besonders eindrücklich war für die Konferenzteilnehmenden aus ganz Lateinamerika der Besuch im Umland von Belém. Dort sahen sie die Auswirkungen des massiven Rohstoffabbaus, lernten aber auch Dörfer kennen, die agroökologische Alternativen praktizieren.

 **Grüne Ökonomie**

www.boell.de/de/2015/10/20/kritik-der-gruenen-oekonomie

 **Webdossier**

www.boell.de/de/dossier-kritik-der-gruenen-oekonomie

Energiepolitik und grüne Transformation


100 Prozent Erneuerbare Energien im Stromsektor sind nicht nur möglich, sondern auch nötig. Denn nur so verhindern wir eine Klimakatastrophe, werden unabhängig von den begrenzten und zukünftig teuren Öl-, Kohle- und Gasreserven und verlassen uns nicht auf eine nicht kontrollierbare und teure Atomkraft. Deutschland zeigt durch seine «Energiewende», wie eine Umstellung auf erneuerbaren Strom möglich ist.

Energiewende, Deutschland und weltweit

Mit unsere Website www.energytransition.de und dem begleitenden Blog informieren wir nicht nur über die Entwicklungen der deutschen Energiewende, sondern auch über andere internationale Lösungsansätze im Energiebereich. Die Blogbeiträge stammen aus aller Welt, unter anderem von den Stifungsbüros in Brüssel, Prag, Mexiko, China, Indien und Südafrika.

Über die Möglichkeiten und Fallstricke der deutschen Energiewende informierten sich hochrangige Gäste aus Südafrika, Ghana, Nigeria und Kenia während unseres Besucherprogramms. In Berlin sprachen sie mit Wissenschaftler/innen, Politiker/innen und technischen Expert/innen über die Wirtschaftlichkeit, die Sicherheit und die Entsorgungsproblematik von Kernenergie und die Eckpfeiler und Hintergründe der deutschen Energiewende. Derzeit sehen viele afrikanische Länder noch die Kernenergie als einen wichtigen Baustein in ihrem zukünftigen Energiemix.

Leitfaden «Wärmewende in Kommunen»

Die Energiewende wird in Deutschland hauptsächlich als Stromwende gedacht und praktiziert. Eine Energiewende, die ihren Namen verdient, muss aber auch die Wärmeversorgung regenerativ umbauen – denn zurzeit werden 56 Prozent der Endenergie in Deutschland als Wärme verbraucht. Das ifeu Institut Heidelberg hat im Auftrag der Stiftung einen Leitfaden erarbeitet, der sich an alle richtet, die in ihrer Stadt oder Gemeinde die Wärmewende in Angriff nehmen wollen. Er liefert Argumente für die Wärmewende, schildert ausführlich die Versorgungsoptionen aus technischer und wirtschaftlicher Sicht und stellt Best-Practice-Beispiele vor. 

Grüne Transformation in Polen und im Südkaukasus

In Polen sind es derzeit vor allem die Kommunen, die für eine ökologische Modernisierung offen sind. Unser Büro in Warschau unterstützt lokale und regionale Initiativen dabei, die notwendigen Kompetenzen

aufzubauen. Das Projekt «Grüner Punkt» aus Stupsk zum Beispiel bietet den Bürger/innen kostenfreie Ökoberatung an. Sie erhalten Tipps zum Energiesparen, die sie leicht in ihren Haushalten umsetzen können.

Im Südkaukasus war Umweltschutz aufgrund wirtschaftlicher und politischer Krisen lange Zeit kein Thema. Doch seit einigen Jahren ändert sich das. Mutige junge Aktivist/innen aus Georgien und Armenien engagieren sich für Umweltschutz und Menschenrechte. Jugendinitiativen kämpfen zum Beispiel gegen die zunehmende Privatisierung und die damit einhergehende Verbauung von Städten. Unser Büro in Tbilissi hat mit der mehrmals jährlich stattfindenden Grünen Akademie einen Ort geschaffen, an dem sich Aktivist/innen und Organisationen vernetzen können. Ziel ist es, gemeinsam Ideen für einen ökologischen Wandel, eine demokratische politische Kultur und eine grüne Gleichstellungspolitik zu entwickeln.

Grüne Wirtschaftspolitik – Welche Ordnung muss sein?

Ordnungspolitische Fragen grüner Politik standen im Zentrum unserer Konferenz «Baustelle Grüne Wirtschaftspolitik» im Juni 2015. Einer der Höhepunkte war das mit Lars Feld (Walter Eucken Institut), Anton Hofreiter (MdB, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Jens Spahn (CDU, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen) prominent besetzte Abschlusspodium. Bei viel grundsatzprogrammatischer Übereinstimmung zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gab es in der praktischen Umsetzung aktueller Projekte durchaus Unterschiede in der Einschätzung, z. B. bei der Ausgestaltung und Geschwindigkeit des Kohleausstiegs. Im Dossier «Grüne Ordnungspolitik» finden sich die Debattenbeiträge und Videomitschnitte der Konferenz.



<http://energytransition.de>



Video

<https://youtu.be/NBx493I0W7k>



Leitfaden

www.boell.de/de/2015/09/30/waermewende-kommunen



Dossier
Grüne Ordnungspolitik

<http://goo.gl/0xDLLm>

Ressourcenpolitik gerecht gestalten

Wie ein Land mit seinen natürlichen Ressourcen umgeht, ist nicht nur eine Frage von Ökonomie und Ökologie; es geht auch darum, wie die Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen über die Nutzung der Rohstoffe beteiligt werden. In den meisten Ländern führt Rohstoffreichtum nicht zum Abbau von Armut. Im Gegenteil: Ökonomische und wirtschaftliche Macht konzentriert sich in den Händen weniger. Die Umwelt wird zerstört, und die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es braucht daher Transparenz und Verantwortung im Rohstoffsektor und ein Bewusstsein in der Bevölkerung hinsichtlich der Gefahren und Folgen der Rohstoffausbeutung.

Vollständige Privatisierung von Wasser in Chile

In Chile wurde der Wassersektor komplett privatisiert. Das Wassergesetz und die entsprechenden Verfassungsparagrafen ermöglichen dem chilenischen Staat, Wasserrechte unentgeltlich an Private abzutreten, die das Wasser dann teuer verkaufen können. Aber auch illegal wird Flusswasser abgezweigt. So etwa im Falle der Provinz Petorca, wo die Besitzer großer Avocado-Plantagen die Flusswasser in unterirdische Kanalsysteme umleiten und damit mehr als 40.000 Kleinbauern und -bäuerinnen die Existenzgrundlage raubten. Die Organisation Modatima (Movimiento de Defensa por el Acceso al Agua, la Tierra y la Protección del Medio Ambiente), eine der führenden Kräfte der nationalen Wasserbewegung, kämpft um die Rückgewinnung der Wasserrechte und führt landesweit Fortbildungsmaßnahmen für von Wassermangel Betroffene durch. Rodrigo Mundaca, einer der Führer von Modatima, entkam im März 2015 nur knapp einem Mordanschlag. Bis heute haben die wenig engagiert geführten Ermittlungen der Polizei zu keinerlei Ergebnis geführt. Dennoch ließ sich die Bewegung nicht einschüchtern und kämpft weiter. Ende 2015 hat Modatima in enger Abstimmung mit der Defensoría del Pueblo ein Gerichtsverfahren gegen die Großgrundbesitzer eingeleitet. Unser Büro in Santiago de Chile unterstützt die Basisarbeit von Modatima und hilft den Wasseraktivist/innen dabei, sich besser zu vernetzen und den lokalen Widerstand dadurch zu optimieren. Um die Wasseraktivist/innen vor weiteren Übergriffen zu schützen, erhöht das Büro deren (inter-)nationale Sichtbarkeit durch regelmäßige Beiträge auf seiner Webseite und durch Pressearbeit. Auch unterstützt es Anwälte, die bereit sind, Rechtsfälle durchzukämpfen, die – über den Einzelfall hinaus – eine Ausstrahlungswirkung auf das interamerikanische und internationale Menschenrechtssystem entfalten können.

Bodenatlas – Daten und Fakten über Acker, Land und Erde

Fruchtbarer Boden ist lebenswichtig. Damit 10 Zentimeter Boden entstehen, braucht es 2000 Jahre. Millionen Hektar fruchtbarer Boden gehen jedes Jahr durch erosionsfördernde Intensivlandwirtschaft sowie für Straßen- und Städtebau verloren. Wir nutzen Böden, als wären sie unerschöpflich. Ohne einen grundsätzlich anderen Umgang mit dieser wertvollen Ressource werden viele der globalen Nachhaltigkeitsziele wie z. B. der Verlust der Biodiversität oder auch der Kampf gegen Hunger und Klimawandel nicht erreicht werden. Um ein Bewusstsein für die zentrale Bedeutung der Böden zu schaffen, haben wir gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und dem Institute for Advanced Sustainability Studies im Januar 2015 den «Bodenatlas» veröffentlicht. In rund 20 kurzen Essays zeigt er anhand interessanter Beispiele und Abbildungen, warum der Schutz der Böden so wichtig ist und warum er uns alle angeht.

Auf der Suche nach der grünen Erzählung II – Die ökosoziale Frage

Wie geht die ökologische Frage mit der sozialen zusammen? Darüber diskutierten u. a. die beiden grünen Bundestagsabgeordneten Dieter Janecek und Wolfgang Strengmann-Kuhn, der eine wirtschaftspolitische, der andere sozialpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, beim Kongress «Was ist die grüne Erzählung?». Im Gespräch mit der Journalistin Ulrike Herrmann lieferten beide ihre Sicht auf die ökosoziale Frage, den Diskussionsstand in Partei und Bundestagsfraktion und gaben Einblick in die debattierten Konzepte. In den Panels und Workshop zeigte sich immer wieder, in welchem Spannungsverhältnis Ökologie und Soziales stehen, beispielsweise wenn es um gesunde Ernährung und



Nach der Demonstration «Wir haben es satt» des Bündnisses «Meine Landwirtschaft» ist die Heinrich-Böll-Stiftung alljährlich wichtiger Treffpunkt für mehrere tausend Menschen, um beim politischen Supp'n Talk weiter zu diskutieren.

- ▶ biologische Landwirtschaft geht. Sicher, man kann sich ökologisch vorbildlich und dennoch preisgünstig ernähren, wenn man auf Fleisch verzichtet und sich auf saisonale Produkte aus der Region beschränkt. Dann fallen auch die höheren Preise für Öko-Lebensmittel nicht ins Gewicht. Aber es sind vor allem die gut verdienenden akademischen Mittelschichten, die im Bio-Supermarkt einkaufen – eben das «postmaterielle» Milieu, das die grüne Stammwählerschaft bildet. Wer also den Grünen empfiehlt, sich als «Partei der gesunden Ernährung» zu profilieren, muss sich über den sozialen Bias Gedanken machen, der diesem Thema anhängt.

Ökologische Potenziale einer nachhaltigen und gerechten Ernährungswende

Trotz der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hungern weltweit noch immer mehr als 800 Millionen Menschen. Gleichzeitig sind die ökologischen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft nicht länger zu übersehen: Fruchtbare Böden und biologische Vielfalt gehen verloren, Wasserressourcen werden verschmutzt und übernutzt. Der Verlust der biologischen Vielfalt und der Klimawandel führen zu einer Instabilität der Ökosysteme und gefährden die natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft. Eine sozial und ökologisch nachhaltige Neuausrichtung der Landwirtschaft ist unabdingbar. Im Vorfeld der Internationalen Grünen Woche – der weltweit größten Agrarmesse – haben wir die Debatten um eine nachhaltige und ökologische Transformation der Landwirtschaft befördert, u. a. mit einem internationalen Symposium über Agrarökologie.

Abfallvermeidung in Kommunen, Handel und Unternehmen ☁

Wenn von Abfallpolitik die Rede ist, geht es meistens darum, wer den Müll einsammeln darf und wie viel es kostet. Bei einer Tagung der Stiftung anlässlich der

Europäischen Woche der Abfallvermeidung im November in Berlin hingegen ging es darum, wie Rohstoffe erst gar nicht zu Abfall werden. Ob unverpackt einkaufen, Mehrwegsysteme in der Logistik oder hochwertiges Recycling in der Industrie – Beispiele aus Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien zeigten, wie das geht. Am Ende stand die Gründung des europäischen «Precycling Network».

Die Welt der Commons 🗺

Es ist problematisch, Commons in kapitalistischen Kategorien zu erklären. Wer die Welt der Commons betritt, begegnet einer anderen Logik, einer anderen Sprache und anderen Kategorien. Nach «Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat» (2012) erkunden internationale Autor/innen im 2015 erschienenen Band «Die Welt der Commons – Muster gemeinsamen Handelns» die anthropologischen Grundlagen der Commons und stellen sie zugleich als konkrete Utopien vor. Sie machen nachvollziehbar, dass alles Commons sein oder werden kann: durch Prozesse geteilter Verantwortung, in Laboratorien der Selbstorganisation und durch Freiheit in Verbundenheit. Der Band holt die Commons aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm, indem er neben renommierten Wissenschaftler/-innen auch Praktiker/-innen aus aller Welt zu Wort kommen lässt. Sie machen die Grundzüge einer Transformation vorstellbar, die Wohlstand für alle trotz begrenzter Ressourcen und Klimawandel ermöglichen könnte. Eine kostenfreie E-Book-Version gibt es auf der Homepage des Transkript-Verlags.

Kunst und Kultur

Auch Kunst kann eine Form der politischen Bildung sein: Sie schärft die Wahrnehmung, trainiert die Intuition und inspiriert zu kreativer Einmischung. Die Digitalisierung bietet den Künstlerinnen und Künstlern ganz neue Möglichkeiten. Sie potenziert die Teilhabe an kulturellen Errungenschaften und schafft so ein neues Spielfeld gesellschaftlicher Einmischung.

Wie digital ist unsere Zukunft?

Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen – dieses Bonmot gilt auch für unseren Kongress «netz:regeln 2015: Digital Everything – Wie digital ist unsere Zukunft?» in Berlin. Zusammen mit Bitkom haben wir einen Blick in das Jahr 2025 gewagt, zugleich aber auch die Aussagekraft von Prognosen auf den Prüfstand gestellt. Christopher Coenen vom ITAS in Karlsruhe erinnerte daran, dass für die 1990er Jahre hinsichtlich der politischen Teilhabe der Bürger/innen eine große Umwälzung durch das Internet vorausgesagt wurde. Diese sei nicht eingetreten. Allerdings sei die politische Beteiligung durchaus gewachsen. Gleichzeitig werde aber auch öffentliche Meinung manipuliert. Um die positiven Seiten des Internets zu stärken, sei fundierte politische Bildung nötig. Nur eine gebildete Öffentlichkeit könne die bürgerlichen Freiheiten im Internet schützen, um mehr Demokratie zu wagen.

Analysen, Tipps und Diskussionen rund um die erfolgreiche Kampagnenarbeit im Netz gibt es alljährlich auf der reCampaign, dem Branchentreff der Online-Campaigner/innen aus Zivilgesellschaft, Stiftungen und der Kommunikationsbranche. Zum zweiten Mal kooperierten wir mit den Macher/innen der reCampaign und diskutierten die neuesten Entwicklungen im Online Campaigning für deutsche NGOs. Über 300 Teilnehmer/innen beteiligten sich an über 30 Sessions, dem bar-camp und vielen informellen Gesprächskreisen, in denen bereits neue Allianzen geschmiedet wurden.

Konferenz: Theater und Netz III – Technik, Ästhetik, Politik

Anlässlich des Berliner Theatertreffens und der Netzkonferenz re:publica diskutierten wir im März 2015 über die Zukunft des Theaters in der «Netzmoderne». In Zeiten, wo sich Europa über finanzielle wie ideelle Fragen zu spalten droht, diskutierten prominente Gäste aus Deutschland und ganz Europa insbesondere über Fragen der politischen Positionierung der Bühnen. Sind die Theater Plattform oder Player?

Höhepunkt war das Gespräch «Von der Reflexion zur Aktion – Theater zwischen Pegida und Lampedusa» mit dem Intendanten des Staatsschauspiels Dresden Wilfried Schulz und der Künstlerischen Leiterin von Kampnagel Hamburg, Amelie Deuffhard. Getreu ihrem Motto war die Konferenz Rekordhalter im Live-stream, fast 1000 Besucher/innen verfolgten die Debatten online. Zum Abschluss der Konferenz bereits eine Tradition: die Show des digitalen Remix-Kabarets maschek, bekannt aus «Willkommen Österreich» (ORF late night).

Jewish Culture Day 2015

Das jüdische Leben in Berlin boomt wieder. Zuerst zogen Tausende russischsprachige Juden in die Hauptstadt, jetzt kommen junge Israelis hinterher. Damit erlebt auch das jüdische Kulturleben einen Aufschwung. Wir haben 2015 erstmalig zu einem Jewish Culture Day, einem jüdischen Kulturtag, eingeladen. Fast 700 Besucher/innen kamen, auch um David Solomon zu erleben. Er ist mit seinen Performance-Vorträgen längst ein Popstar der Wissenschaft. Für seine Auftritte braucht er nur ein paar dicke Edding-Stifte und einige Meter Leinwand. Mit seinem Vortrag «A prophetic revolution in one hour» verblüffte er durch die Relevanz der spirituellen Botschaft für unsere Gegenwart. In der anschließenden Gesprächsrunde erzählten die jüdischen Künstler/innen Olga Grjasnowa, Mirna Funk, Alexander Iskin und Nicola Galliner von ihrem Leben und Arbeiten in Berlin. Höhepunkt des Jewish Culture Day war der Auftritt von Matisyahu. Er gilt als einer der bedeutendsten jüdischen Musiker der Gegenwart. Bekannt wurde er als der erste chassidische Reggae-sänger Amerikas.

Zambezi News – die «Heute Show» aus Simbabwe

In ihrer fiktiven Nachrichtensendung – einer Parodie auf die propagandistische Berichterstattung der staatlichen Rundfunkgesellschaft – thematisieren die Macher von «Zambezi News» mit ihrem scharf- und hintersinnigen Humor die Probleme Simbawwes.

 Link

<https://goo.gl/oTQ5Wz>



Online-Dokumentation

www.archiv.recampaign.de



Link

www.theaterundnetz.de



Link

www.boell.de/de/2015/09/02/jewish-culture-day



Auftritt von «Zambezi News» in Berlin: Die Satireshow pointiert Politik und Alltag in ihrem Heimatland Simbabwe. Foto: Andi Weiland

- Pointiert analysieren sie Politik und Alltag ihres kriegengeschüttelten Landes: von Rasse bis Sex, Politik bis Sport, Hip-Hop bis Landreform. In sozialen Netzwerken finden sie ihr Publikum und bieten dem autoritären Regime Robert Mugabes die Stirn. *Zambezi News* werden von unserem Büro in Kapstadt unterstützt und begeisterten im September 2015 auch das Publikum in Berlin mit einer Live-Show.

Das Wetter vor 25 Jahren ↗

1989 fiel die Mauer. Ein Jahr später folgte die deutsche Wiedervereinigung. In den Bundestagswahlkampf 1990 zogen die Grünen (West) mit dem Slogan «Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter». Im Fokus war der Klimawandel und nicht die Wiedervereinigung. Die Wahl ging für die Grünen (West) verloren. Auf unserer Tagung «Das Wetter vor 25 Jahren» diskutierten wir u. a., was aus dem grünen Freiheitsverständnis von damals geworden ist und was von der Idee einer ökonomischen «Alternative» oder einem «dritten Weg» geblieben ist. Natürlich konnten dabei aktuelle Fragen wie die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union und die Flüchtlingskrise nicht außen vor bleiben. Der 25. Jahrestag der Wiedervereinigung war Anlass zu weiteren Veranstaltungen der Stiftung. Die Ausstellung «Helden im wilden Osten» untersuchte die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Transformation in Ostdeutschland. Das Thema stand auch im Zentrum des Gesprächs zu Barbe Linkes aktuellem Buch «Wege, die wir gingen. Zwölf Frauen aus Ost- und Westdeutschland geben Auskunft».

The Third Circle – Tanz und Musik unter islamischem Recht

Wie kann man gleichzeitig Künstler und ein guter Muslim sein? Und was passiert mit der Kunst, insbesondere Musik und Tanz, wenn sie islamischen Gesetzen unterworfen wird? Die libanesische Choreografin Nancy Naous und der Komponist Wael Kodeih gingen dieser Frage nach. Für ihre Performance «The Third Circle» zeigten sie Religionsgelehrten verschiedener Strömungen eine kurze Performance modernen Tanzes. Sie fragten, ob der Tanz mit ihrer Rechtsauslegung vereinbar sei, und wenn nicht, welche Bewegungen, Klänge und Kleidungen in ihren Augen *haram* seien, also sündig. In keinem der Punkte waren sich die Religionsgelehrten einig. Für den einen waren jegliche Tanzbewegung und Musik *haram*, für den anderen nur bestimmte elektronische Klänge und schweres Atmen. Bei dem einen dürfen nur Frauen für Frauen singen, bei dem anderen dürfen sie es auch für Männer, sofern sie gut genug singen. In der Performance selbst, die im Juni 2015 im Shams Theater in Beirut aufgeführt wurde, zerlegten die Künstler das Stück in einzelne Bewegungsabschnitte und ließen die diversen Änderungsvorschläge hintereinander ablaufen. Zensoren wurden so zu Akteuren eines kreativen Prozesses – eine Herausforderung, die alle Befragten angenommen haben. Die Zuschauer konnten erahnen, wie schwer es sein muss, Künstler und Muslim zugleich zu sein. Denn ein «Richtig» und ein «Falsch» gibt es ausweislich der Vielfalt der Ratschläge der Religionsgelehrten offensichtlich nicht. Unser Büro in Beirut hat das Projekt unterstützt.

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Mit unserem Stipendienprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V. ermöglichen wir unseren Gästen, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen, frei von Verfolgung und Zensur kreativ zu arbeiten. Mitgetragen wird der Verein von der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen.



Abdul Razzak Shaballout in seinem Atelier Foto: Privat

Eine Tradition der Gastfreundschaft

Die Familie Böll kaufte das Haus in der Eifel in den 1960er Jahren als Sommersitz. Hier fanden Annemarie und Heinrich Böll die Ruhe für ihre literarische Arbeit. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielt das Haus durch Alexander Solschenizyn, der nach seiner Ausbürgerung aus der Sowjetunion im Jahr 1974 dort eine erste Zuflucht fand. Nach Bölls Tod gründeten Familienmitglieder, Freunde der Familie, Vertreter der Stadt Düren, die Gemeinde Kreuzau, das Land Nordrhein-Westfalen und die Heinrich-Böll-Stiftung den Verein «Heinrich-Böll-Haus Langenbroich». Das Haus sollte ein Hort der Freiheit für Künstler/innen werden und ihnen ermöglichen, für eine bestimmte Zeit in Ruhe zu arbeiten. Durch eine unabhängige Jury werden Stipendien vergeben, die von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Böll-Fonds des Landes NRW für politisch verfolgte Künstler/innen finanziert werden. Dank der Unterstützung durch die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege und die regionale Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland konnte das Heinrich-Böll-Haus im Jahr 2015 umfangreich saniert werden. Daher wurden lediglich zwei neue Stipendien vergeben.

Unsere Gäste 2015

Abdul Razzak Shaballout, Maler aus Damaskus/Syrien (Jahrgang 1974), war Professor der Kunstakademie in Damaskus. Er wurde in Syrien verfolgt und flüchtete nach Beirut. In Langenbroich fand er die Ruhe und Kraft, seine künstlerische Arbeit wieder aufzunehmen. Mit hyperrealistischen Portraits und Stillleben erweckt er die Erinnerung an seine Familie und Freunde zu neuem Leben. Mit seiner Kunst wendet er sich auch an ein deutsches Publikum, um über die Tragödie in Syrien aufzuklären.

Mohammad al-Attar, Dramatiker und Theatermacher aus Syrien (Jahrgang 1980), ist einer der bekanntesten Nachwuchsdramatiker und gilt als Chronist seines vom Bürgerkrieg zerrissenen Landes. Seine Theaterstücke werden weltweit aufgeführt, wie zuletzt «Antigone of Shatila» im Thalia Theater Hamburg und auf dem Theaterfestival in Marseille. In dieser Neuinterpretation von Sophokles' Antigone, einem Drama um Flucht, Kampf, Stolz und Widerstand, erzählen aus Syrien geflüchtete Frauen diesen antiken Stoff aus ihrer sehr persönlichen, kulturspezifischen Perspektive.

Ebenfalls 2015 zu Gast waren **Roya Issa**, bildende Künstlerin aus Damaskus/Syrien, und **Ramy Al Asheq**, Schriftsteller aus Damaskus/Syrien. Sie wurden bereits im Jahresbericht 2014 vorgestellt.

! Hinweis

Sie können das Heinrich-Böll-Haus Langenbroich durch die Übernahme einer Patenschaft unterstützen.

Mit Ihrer Hilfe können wir Schriftsteller/innen und Künstler/innen zu uns einladen.

I Ulrike Cichon E cichon@boell.de

! Bewerbung

Bewerbungen für Stipendien an:
Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus c/o Stadtbibliothek
Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

T 0221-2834850 F 0221-5102589 E reckhaus@boell.de

Gunda-Werner-Institut

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung signalisiert als feministischer Leuchtturm der grünen Stiftung: Feminismen sind Teil der grünen Bewegung und haben hier einen festen Platz. Uns treibt die Frage um, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussieht und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen. Geschlechterdemokratie lebt von der Auseinandersetzung und dem Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern, gemäß Gunda Werners Ansatz: «Denkverbote strengstens verboten!»



«Die Freiheit nehm ich mir» – eine Veranstaltung der Reihe «Streitwert – Politik im Dialog» über Social Freezing, Praena-Test, Eizellspenden

Bilanz: Peking+20 ↗

2015 feierte die Aktionsplattform von Peking, die Agenda der Weltfrauenkonferenz von 1995, ihr 20-jähriges Jubiläum. Peking war ein Meilenstein für feministische Kämpfe, etwa gegen rassistische Bevölkerungspolitik oder für Frauengesundheit. Von Geschlechtergerechtigkeit und dem systematischen Abbau von Frauendiskriminierung weltweit sind wir heute aber noch weit entfernt. Zwar sind Fortschritte und Errungenschaften bei der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen – regional unterschiedlich – zu verzeichnen, zugleich gibt es Rückschritte in der Gleichstellung der Geschlechter. Ein animierter Kurzfilm sowie unser umfassendes Webdossier mit Beiträgen aus verschiedenen Regionen der Welt erläutern die Pekingplattform und zeigen den aktuellen Stand der Frauenrechte weltweit.

Sexuelle und reproduktive Rechte stärken

Einer unserer Schwerpunkte 2015 war das Thema «Sexuelle und reproduktive Rechte». Der gleichnamige Essay der Soziologin Christa Wichterich, er-

schiene in unserer Schriftenreihe, bietet dazu Hintergrundinformationen und analytische Zugänge aus einer internationalen Perspektive. Im Green Ladies Lunch ging es um die Chancen und Grenzen internationaler Rechtsetzung im Kontext globaler Bioökonomie und Bevölkerungspolitik. Christa Wichterich referierte die Entwicklung sexueller und reproduktiver Rechte als Menschenrechte, Shalini Randeria (Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien) ergänzte mit postkolonialen Perspektiven zu Bevölkerungspolitik, und Susanne Lettow (Goethe-Universität Frankfurt) erläuterte die Bedeutung der Bioökonomie. In unserer Reihe «Streitwert – Politik im Dialog» ging es um mögliche Grenzen reproduktiver Rechte. In Deutschland steht ein neuer Bluttest für Schwangere, der Praena-Test, vor der Kassenzulassung. Anders als bisherige Tests identifiziert er sicher und günstig z.B. Trisomie 21. Die einen sehen darin einen medizinischen Fortschritt. Andere befürchten eine Gesellschaft, in der es Kinder mit angeborenen Behinderungen nicht mehr geben wird. Das «Social Freezing», die Aufforderung an junge Frauen,

↗ Link

www.gwi-boell.de/de/peking20-frauenrechte-weltweit-endlich-umsetzen



Sookee, Feministin und Rapperin auf dem Kongress «Dare the im_possible».



Teilnehmerinnen des Workshops «Entdecke das Faultier in dir!» auf dem Kongress «Dare the im_possible». Foto: Stefanie Kulisch

dem Job zuliebe Eizellen für später einfrieren zu lassen, war ein viel diskutiertes Geschlechterthema. Rechtliche Regelungen halten bislang mit den neuen technischen Möglichkeiten nicht Schritt. Was in Deutschland verboten ist, wird womöglich woanders eingekauft. Die Podiumsgäste diskutierten daher die Frage, ob die Freiheit der Fortpflanzung Grenzen haben sollte und wenn ja, wie diese zu definieren wären.

Ausblicke: Wage das Un_mögliche

Im Oktober lud das GWI zusammen mit dem *Missy Magazine* und vielen weiteren Kooperationspartner/innen zum viertägigen Kongress «Dare the im_possible/Wage das Un_mögliche», um feministische Forderungen für das 21. Jahrhundert zu formulieren. Neue feministische Herausforderungen, wie Netzpolitik und digitale Gewalt, und alte Forderungen, wie das Recht auf Abtreibung, standen ebenso auf dem Programm wie die Umsetzung der UN-Behinderterrechtskonvention in Deutschland oder die Änderung des Asylrechts aus feministischer Perspektive. Die Diskussion über Fragen, wie Geflüchtete, insbesondere Frauen, in Erwerbsarbeit gebracht werden können, gab Impulse für notwendige spezifische Informations- und Empowermentprogramme. Das Gespräch mit internationalen Gästen über den Krieg in Syrien oder «fragile Staaten» wie Irak zeigt deutlich, dass auch Instrumente wie die UN Resolution 1325 nur begrenzt weiter helfen. Umdenken auf der Seite der UN scheint notwendig.

Rassismus und Männlichkeiten

Rassistische Strukturen wirken – offen oder unbewusst – auch in der Mitte der Gesellschaft. Sie beeinflussen Entscheidungen darüber, wem Chancen zugeteilt oder verweigert, wessen Lebensrealitäten anerkannt werden oder nicht – Rassismus hierarchisiert Menschen nach Herkunft, Hautfarbe, Sprache, kulturellen und religiösen Praxen. Auf unserer Tagung «Rassismus und Männlichkeiten» konnten

Akteur/innen aus der sozialen, pädagogischen und politischen (Männer-)Arbeit ihre eigene Praxis kritisch hinterfragen. In den Workshops ging es u. a. um Themen wie Rassismus in Schulbüchern, Transkulturelle Jungenarbeit, Arbeit mit Geflüchteten und den zunehmenden Rechtspopulismus und -extremismus.

Ort für Debatten zu grüner Aufarbeitung sexualisierter Gewalt

Erschreckend und völlig unverstänlich ist aus heutiger Sicht die Forderung nach Straffreiheit von sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern. Wie konnte, neben anderen, die grüne Partei ernsthaft vertreten, Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen könne auf Augenhöhe, einvernehmlich und ein «Verbrechen ohne Opfer» sein? Die Partei befindet sich seit mehreren Jahren in der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels ihrer Geschichte. Die Veranstaltung «Projekt Aufarbeitung» lieferte im März einen Zwischenstand. Alexander Hensel (Göttinger Institut für Demokratieforschung) stellte die Hauptergebnisse der Studie «Die Grünen und die Pädosexualität» vor. Simone Peter (Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte den Stand der parteiinternen Aufarbeitung und entschuldigte sich nochmals ausdrücklich bei den Betroffenen von sexualisierter Gewalt. Im Podiumsgespräch versuchten verschiedene Fachleute eine zeithistorische Einordnung – als Erklärung, nicht als Rechtfertigung. Sie diskutierten über die Bekämpfung sexualisierter Gewalt als gesellschaftspolitische Aufgabe und die nötigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Deutlich wurde, dass das Kapitel Aufarbeitung noch lange nicht abgeschlossen ist und grüne Politik da, wo sie in Verantwortung ist, noch mehr tun kann.

 Online-Dokumentation

<https://youtu.be/nbufQakP0bA>

Studienwerk – Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell», d.h. wir bieten individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken und ihre Potenziale zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im Auswahlverfahren im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und für Politik interessieren.



25 Jahre Studienwerk – auch der Jahrgang 2015 feiert mit.

Wer wird gefördert?

Unter 2023 Bewerber/innen wählte das Studienwerk 194 Stipendiat/innen in einem dreistufigen Auswahlverfahren neu aus. Insgesamt förderten wir im vergangenen Jahr 978 Studierende und 215 Promovierende (58 Prozent Frauen und 42 Prozent Männer). Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung konnten 1106 Stipendiat/innen unterstützt werden, davon 189 Promovierende. Von diesen Studien- und Promotionsstipendiat/innen haben 306 (28 Prozent) eine Migrationsgeschichte und 460 (42 Prozent) kommen aus einem nichtakademischen Elternhaus. Über Mittel des Auswärtigen Amtes konnten 87 internationale Stipendiat/innen gefördert werden, davon 26 Promovierende. Regionale Förderschwerpunkte sind Mittel- und Osteuropa, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten sowie Nordafrika und der Nahe Osten (hier vor allem aus Ägypten,

Libanon, Marokko, Tunesien und Syrien). 28 Prozent unserer internationalen Stipendiat/innen kamen aus dem europäischen Ausland (außerhalb der EU). Die größte nationale Gruppe der Geförderten aus dem Ausland kam aus Russland (16), gefolgt von Syrien (8), Iran (7) und Ägypten (5).

Grund zum Feiern: 25 Jahre Studien- und Promotionsförderung!

Grüne Begabtenförderung macht einen Unterschied – unter diesem Motto feierte das Studienwerk im Oktober sein 25-jähriges Bestehen. Unter den rund 400 Gästen waren zahlreiche Auswahlkommissionsmitglieder, Vertrauensdozent/innen, Partnerorganisationen und Fachbeiräte. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Bildung und Forschung Stefan Müller würdigte in seinem Grußwort die Zivilcourage, das gesellschaftliche En-

gagement und die hohe Verantwortungsübernahme der Stipendiat/innen sowie generell die Bedeutung der Begabtenförderung. Stipendiat/innen und Alumni – unter ihnen die grüne Bundestagsabgeordnete Dr. Franziska Brantner, der Regisseur Robert Thalheim, die Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages Dr. Ellen Ueberschär und der Professor für Zeitgeschichte und Politik des Nahen Ostens Dr. Omar Kamil – erzählten von ihrem Werdegang, ihrem gesellschaftlichen Engagement und wie sie das Stipendium dabei unterstützte. Alumni und Stipendiat/innen bereicherten das Programm mit französischen Chansons, Jazz, kurdischen Balladen und europäischer Klassik.

Was aus ihnen wurde: Die wichtigsten Ergebnisse der Alumni-Verbleibstudie (September 2015)

- **98%** der Studiengeförderten und 84% der Promotionsgeförderten haben bis dato ihren Abschluss erreicht – und dies mit meist ausgezeichneten Noten.
- **42%** der Alumni gelang der Berufseinstieg unmittelbar nach Studienabschluss; weiteren 42% innerhalb der folgenden Monate – in der Regel mit einer statusadäquaten Beschäftigung. 47% der geförderten Männer und 42% der geförderten Frauen sind mittlerweile in Führungspositionen.
- **81%** sind mit ihrem beruflichen Erfolg (sehr) zufrieden. Rund 70% messen der Förderung eine (sehr) hohe Bedeutung für ihre persönliche und berufliche Entwicklung bei – dies geben insbesondere Alumni mit Migrationshintergrund und aus nichtakademischem Elternhaus an.
- **90%** der Alumni sind ehrenamtlich engagiert – überwiegend in den Bereichen Umweltschutz, Integration und Gleichstellung, Politik, Menschenrechte und Bildung.

Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Wir bieten unseren Stipendiat/innen neben der materiellen Förderung auch Beratung zur Studienplanung, machen Angebote zur gegenseitigen Vernetzung und legen ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm mit Seminaren, Workshops, Studienreisen, Diskussionsforen u.v.m. auf. Wir wollen zur politischen Debatte anregen, Schlüsselkompetenzen vermitteln, zum interdisziplinären Dialog ermuntern und das gesellschaftspolitische Engagement unserer Stipendiat/innen fördern. Inhaltlich, methodisch und didaktisch beziehen wir uns vor allem auf das Konzept zur «Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)». Dabei ist es uns ein Anliegen, Selbstorganisation

und selbstständiges Denken und Handeln zu fördern sowie Gestaltungskompetenzen zu vermitteln. Das geschieht insbesondere in den stipendiatischen Arbeitsgruppen und Lokalen Initiativen, im Stipendiat/innen-Rat und den sogenannten Adhoc-Gruppentreffen zu aktuellen politischen Themen.

Eigenverantwortlich organisierte Arbeitsgruppen von Stipendiat/innen 2015:

- AG Forschen Verantworten (Neu)
- AG Theorie – Gesellschaft – Politik
- AG Gender
- AG Land (Neu)
- AG Rassismus und Diskriminierung (Neu)
- AG Wilder Osten
- AG Wirtschaftspolitik

Schwerpunkte im Veranstaltungsprogramm 2015

Mehrere Veranstaltungen nahmen Themen und Methoden aus den Nachhaltigkeitswissenschaften auf. Auch verschiedene Methoden aus dem Spektrum der BNE kamen zum Einsatz, z.B. das Planspiel «Migrationspolitik der EU» oder die Szenarienanalyse «Agrarwende nachhaltig gestalten». Ein von Stipendiat/innen entwickeltes Projekt ging mit einer interaktiven Karte www.kartevonmorgen.org an den Start. Auf Nachhaltigkeit bedachte Initiativen und Unternehmen können dort abgerufen werden.

Viele der Themen im Jahresprogramm wurden auf Wunsch der Stipendiat/innen aufgenommen, wie zum Beispiel ein Seminar über Datenschutz, ein «Weltwirtschafts-Schnupperkurs» oder ein Seminar zu «Bundeswehr und Gesellschaft». Auch bewährte, jährlich wiederkehrende Veranstaltungen fanden statt – darunter die Einführungsseminare für neu in die Förderung aufgenommene Stipendiat/innen, das Promovierendenforum sowie Veranstaltungen zum Erwerb von journalistischem Handwerkszeug im Rahmen des Studienstipendienprogramms «Medienvielfalt, anders». Auch hatten Stipendiat/innen die Möglichkeit, an zahlreichen Fachveranstaltungen der Stiftung teilzunehmen.

Das Netzwerk der Stipendiat/innen wurde 2015 durch den Aus- bzw. Aufbau von Lokalen Initiativen an den Hochschulstandorten weiter gestärkt. Unsere Stipendiat/innen sind dort wichtige Botschafter/innen unserer Förderphilosophie und Multiplikator/innen für die Werte und Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung.

Forschungscluster zur Transformationsforschung

In der Promotionsförderung haben wir den Schwerpunkt Nachhaltigkeitswissenschaft und -forschung fortgesetzt. Inzwischen werden 30 Promovierende aus unterschiedlichen Fächern von der Physik bis zur

- ▶ Ethnologie in diesem Forschungscluster gefördert. Bei einem Treffen im Umweltforschungszentrum Leipzig tauschten sich die Promovierenden über ihre wissenschaftsethischen und -normativen Ansätze aus. Eine Konferenz, gemeinsam durchgeführt mit der Universität Leuphana in Lüneburg, bot die

Chance, die Forschungsvorhaben im weiteren Kreis zu diskutieren. Und schließlich bot eine öffentliche Tagung mit dem Titel «Ist der Weg das Ziel?» einem interessierten Fachpublikum die Möglichkeit, über transdisziplinäres Arbeiten und Innovationen im eigenen Forschungsfeld nachzudenken.



Foto: Marion Masuch



Foto: Andreas Salomon-Prym

Dr. Ipek Ölcüm studierte an der HU Berlin Rechtswissenschaften. Sie promovierte von 2007 bis 2009 zum Thema «Die Berücksichtigung sozialer Belange im öffentlichen Auftragswesen» mit einem Promotionsstipendium der Stiftung. Zeitgleich absolvierte sie eine Ausbildung zur Mediatorin. Seit ihrer Zulassung als Rechtsanwältin beschäftigt sie sich vor allem mit dem privaten Baurecht sowie dem Architekten- und Ingenieurrecht. Ipek Ölcüm ist Auswahlkommissionsmitglied.

Dr. Jens Schneider war von 1996 bis 1999 Stipendiat der Stiftung und promovierte im Jahr 2000 an der Universität Tübingen. Seine Dissertation wurde 2001 unter dem Titel «Deutsch sein. Das Eigene, das Fremde und die Vergangenheit im Selbstbild des vereinten Deutschland» veröffentlicht. Seit 2011 arbeitet er als Senior Researcher am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Er forscht zu Identitäten in multiethnischen und superdiversen Gesellschaften und beteiligt sich als Gutachter am Auswahlverfahren.



Foto: Sonja Rode



Foto: Privat

Prof. Dr. Mieke Roscher hat Anglistik, Politikwissenschaften und Pädagogik an den Universitäten in Bremen und Middlesex studiert. Von 2004 bis 2008 promovierte sie mit einem Stipendium der Stiftung zur «Geschichte der Britischen Tierschutzbewegung». Seit Oktober 2014 ist sie Juniorprofessorin für die Geschichte von Tier-Mensch-Beziehungen an der Universität Kassel. Sie forscht u. a. über die kolonialhistorischen und geschlechtergeschichtlichen Aspekte der Mensch-Tier-Beziehungen und über Tiere im Nationalsozialismus. Seit 2015 ist Mieke Roscher Mitglied in der Auswahlkommission.

Prof. Dr. Stephan Bundschuh studierte Philosophie, Soziologie und Geschichte in Stuttgart und Frankfurt/Main und promovierte von 1993 bis 1996 mit einem Stipendium der Stiftung zur Sozialphilosophie Herbert Marcuses. 2011 wurde er auf die Professur für Kinder- und Jugendhilfe der Hochschule Koblenz berufen und hat derzeit die Forschungsprofessur zu Autoritarismus inne. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Kinder- und Jugendhilfe, Autoritarismus, rassistisch-kritische Bildung und Sozialraumorientierung. Stephan Bundschuh ist Auswahlkommissionsmitglied.

GreenCampus – Politik erfolgreich machen!

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die vielseitigen Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Mit GreenCampus bieten wir Qualifizierung und Organisationsberatung für politische Organisationen und Gestalter/innen – von ehrenamtlich Aktiven bis zu Profis. Dazu gehört auch die Verantwortung des internen Weiterbildungsprogramms der Stiftung. Damit leistet GreenCampus im Stiftungsverbund einen wichtigen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen für erfolgreiche politische Arbeit und wirkungsvolle gesellschaftliche Partizipation.



(v.l.n.r.): Paulina Berndt, Wolfgang Pohl, Friederike Raiser, Maria Pajonk, Barbara Heitkämper, Christian Neuner-Duttenhofer

Auch im Jahr 2015 lag die positive Bewertung unserer Weiterbildungsangebote durch die Teilnehmenden stabil bei knapp 100 Prozent. Ein Schwerpunkt unseres Programms war das Thema «Framing in der politischen Kommunikation». Was es damit auf sich hat, beantwortet GreenCampus-Trainerin Stephanie Bernouilly:

Framing in der politischen Kommunikation – was ist das?

Framing bedeutet – einfach gesprochen – Werte in Worte zu fassen. Und zwar die eigenen Werte in die eigenen Worte. Weil sich Politik fast ausschließlich über Sprache vermittelt, ist es besonders bedeutend, dass sich eine Organisation also erstens ihrer Werte bewusst ist, und diese zweitens auch klar formuliert. Sie setzt damit einen sprachlichen Deutungsrahmen. Daher der Begriff «Frame». Eine Person oder Organisation bringt ihre Position in den politischen Diskurs ein. Die Linguistin Elisabeth Wehling spricht davon, dass komplexes Denken erst entsteht, wenn durch Framing politische Aussagen an unser Erfahrungswissen anschließen und sich im Gehirn entfalten können. Leider kommt es häufig vor, dass faktenreich statt wertorientiert kommuniziert wird. Dann bleibt die Sprache zu abstrakt, um überhaupt

in unser Denken Eingang zu finden, oder es werden sogar die Frames von Vertreter/innen anderer Positionen übernommen und gestärkt. Das mindert den eigenen Erfolg.

Wie kann man Framing lernen? Was erfahren die Teilnehmenden in den GreenCampus-Seminaren von dir?

Es geht darum, mit etwas Abstand vom politischen Alltag zu verstehen, welche Aussagen in Bezug auf Framing stark oder schwach sind. In Einzel- und Gruppenübungen trainieren wir einen einfachen erzählerischen Stil, der emphatisch und an die Sinne gerichtet ist. Ich lege sehr viel Wert darauf, sich dabei bewusst von einer ausgeprägten und hochabstrakten Amtssprache zu verabschieden. Einige der dort zu findenden Begriffe gehören regelrecht auf den Index, weil sie das Gegenteil von dem ausdrücken, was eigentlich gesagt werden soll. Und schließlich entwickeln wir punktuell neue Worte für eigene Werte. Das geht natürlich nicht ohne Wertereflexion und bildet insofern den Übergang vom Seminar zum dauerhaften Framingprozess in der Praxis. «Vom Wissen zum Handeln» ist ja auch der Leitspruch von GreenCampus. ↗

↗ Link

Das gesamte Programm und aktuelle Angebote unter: www.greencampus.de
T 030 / 285 34-144

→ «Ich kann gar nicht genug betonen, wie wertvoll eure Fortbildungsreihe für mich war. Ich kann sie jeder/jedem nur wärmstens ans Herz legen.» Rückmeldung eines Teilnehmers zu einer modular aufgebauten Führungskräfteentwicklung

Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.



Wilhelm Knabe, einer der führenden Experten für Waldschäden und Immissionschutz Foto: Argus Fotoagentur

Zeitzeugeninterview mit Wilhelm Knabe ↗

Zu Beginn des Jahres besuchten wir Wilhelm Knabe, der uns über seinen Werdegang als Forstwissenschaftler an der Ostberliner Humboldt-Universität, als wissenschaftlicher Ökologe im Westen und als Bundesvorsitzender und Bundestagsabgeordneter der Grünen berichtete. Das Interview ist inzwischen im Jahrbuch des Archivs erschienen.

Beständeübersicht ↗

Die Übersicht über die Bestände im Archivportal Europa wächst kontinuierlich. Dafür werden regelmäßig neue Beschreibungen zu den Personen und Institutionen sowie zu den Archivunterlagen ins Netz gestellt. Die neue Übersicht war aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung notwendig geworden und macht unsere Bestände in einem archivübergreifenden Kontext sichtbar.

Nachlasserschließung

Basis für jegliche Nutzung des Archivs ist die Erschließung von Archivalien. Exemplarisch sei die Erschließung des Nachlasses von Martin Schmidt angeführt, für die das Archiv eine Spende seiner Lebensgefährtin erhalten hat, für die wir uns an dieser

Stelle herzlich bedanken. Der Nachlass dokumentiert sein politisches Engagement über ein halbes Jahrhundert: vom AStA-Vorsitzenden an der Berliner FU in den späten 1950er Jahren über die Studentenbewegung, von der Gründung der Hamburger Alternativen Liste und seinen parlamentarischen Erfahrungen in Altona und in der Hamburger Bürgerschaft bis zur hochinteressanten Auseinandersetzung mit der Geschichte seiner Generation.

Tagung: Die Ökologie im rechten und linken Spektrum

Unter dieser Überschrift hatten die Universitäten von Metz und Saarbrücken zu einer geschichtswissenschaftlichen Winterschule eingeladen, die Konvergenzen und Divergenzen zwischen den Ökologiebewegungen in Deutschland und Frankreich untersuchte. Das thematische Spektrum reichte von der Entstehung der biologischen Landwirtschaft im Kontext der Lebensreformbewegung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu aktuellen Rechts-Links-Orientierungen der deutschen und französischen Grünen. Der Beitrag des Grünen Gedächtnisses behandelte die Grünen als Anti-Parteien-Partei in den 1970er und 1980er Jahren.

↗ Link

<https://goo.gl/nse8Lt>

↗ Link

www.archivesportal-europe.net/de

📍 Lesesaal

Öffnungszeiten des Lesesaals:
Mo/Di/Do 9–17 Uhr,
Mi 12–20 Uhr, Fr 9–16 Uhr

Eldenaer Str. 35
10247 Berlin
✉ archiv@boell.de

Preise



Foto: Stephan Röhl

Anne-Klein-Frauenpreis: Nebahat Akkoc

Der Anne-Klein-Frauenpreis 2015 ging an die Kurdin Nebahat Akkoc für ihren Widerstand gegen staatliche und häusliche Gewalt, für die Verteidigung der Menschenrechte und der Rechte der Frauen. Sie gründete die Frauenrechtsorganisation KAMER, die psychologische und rechtliche Beratung für Frauen, Schutzräume und Unterstützung zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit bietet. «Nebahat Akkoc stellt sich der Gewalt – nach wie vor wird sie auch persönlich bedroht – furchtlos entgegen und weigert sich, genderspezifische Gewalt und jede Ungleichbehandlung zu akzeptieren. Darin ist sie den Frauen im Südosten der Türkei und darüber hinaus eine Mutmacherin», so die Begründung der Jury. Der Anne-Klein-Frauenpreis wird zum 4. Mal verliehen und ist mit 10.000 Euro dotiert.



Foto: Stephan Röhl

Friedensfilmpreis 2015: Joshua Oppenheimer

Der 30. Friedensfilmpreis der Internationalen Filmfestspiele in Berlin ging an «The Look of Silence» von Joshua Oppenheimer – ein Dokumentarfilm über die Gräueltaten nach dem Militärputsch in Indonesien 1965. Mehr als eine Million Menschen wurden damals grausam und willkürlich umgebracht. Manche Täter sind noch immer an der Macht, denn die Verbrechen wurden nie aufgearbeitet. «Oppenheimer gelingt es auf ergreifende Weise, ein gesellschaftliches Tabu aufzubrechen. Entstanden ist ein Film über die Abgründe menschlicher Grausamkeit und über die hoffentlich ebenso große Fähigkeit zur Versöhnung», heißt es in der Begründung der Jury. Der Friedensfilmpreis ist mit 5000 Euro und einer Plastik des Künstlers Otmar Alt dotiert.



(v.l.n.r.): Elisabeth Winter, Nora Burgard-Arp, Anke Dankers Foto: Stephan Röhl

Reportagepreis für junge Journalistinnen und Journalisten

Die Preisträgerinnen des Reportagepreises für junge Journalistinnen und Journalisten: Nora Burgard-Arp (Platz 1), Mariel Müller, Alexandra Reinsberg und Elisabeth Winter (Platz 2) und Anke Dankers (Platz 3). Der Reportagepreis wird vom Netzwerk *JungeJournalisten.de*, der Heinrich-Böll-Stiftung und *ZEIT online* vergeben, der 1. Platz ist mit 1500 Euro dotiert.

Neckarschule Grundschule Mannheim
Foto: Stephan Röhl

Preis für demokratische Schulentwicklung – «DemokratieErleben»

Der Preis für demokratische Schulentwicklung «DemokratieErleben» ging an die Neckarschule Grundschule Mannheim. Der Preis wurde erstmalig von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Förderprogramm «Demokratisch Handeln», der Zukunftsstiftung Bildung und der Freudenberg Stiftung in Berlin verliehen. Der 1. Preis ist mit 3000 Euro dotiert. Die 2. Plätze belegten das Carolus-Magnus-Gymnasium Übach-Palenberg und die Freie Schule Leipzig.

Interessante Gäste



Foto: James Duncan Davidson/TED CC-BY

Taiye Selasi – britische Schriftstellerin und Fotografin mit nigerianisch-ghanaischen Wurzeln. Selasi porträtiert in ihren Essays und Kurzgeschichten eine neue Generation von afrikanischen Weltbürger/innen, die «Afropolitans». Im Februar diskutierte sie im Rahmen der Literaturreihe «Literarische Topografien des Kolonialismus» mit der Kulturwissenschaftlerin Peggy Piesche über die afrikanische Diaspora im 21. Jahrhundert und las einige Auszüge aus ihren Texten vor.



Foto: Michael Succow Stiftung

Michael Succow – Biologe und Agrarwissenschaftler. Er ist Träger des Right Livelihood Award (auch bekannt als Alternativer Nobelpreis) und Pionier des Naturschutzes in Ostdeutschland. Im Dezember hielt er in der Stiftung einen Vortrag über Agrarlandschaft und Naturschutz in Deutschland.



Foto: Stephan Röhl

Hanin Ghaddar – Chefredakteurin der libanesischen Online-Zeitung *NOW News*. Ghaddar berichtet seit mehr als 10 Jahren über die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Libanon, in Syrien und der Region. Bei unserer Syrien-Konferenz im Mai diskutierte sie auf dem Podium «Der Einfluss regionaler Akteure» über die Interessen der Nachbarstaaten im Syrienkonflikt.



Foto: Stephan Röhl

Maina Kiai – UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Maina Kiai kämpft seit mehr als 20 Jahren gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen in seinem Heimatland Kenia. Er war im Juni zu Gast bei unserer Konferenz «Verantwortung einfordern – Soziale und ökologische Dimensionen der Menschenrechte im UN-Gipfeljahr 2015».



Foto: Stephan Röhl

Matisyahu – amerikanischer Reggae-Musiker, gilt als einer der bedeutendsten jüdischen Künstler der Gegenwart. In seinen Songs verbindet er jüdisch-orthodoxe Motive mit Reggae und Hip-Hop-Elementen. Zum Abschluss seiner Europa-Tournee gab er ein Akustikkonzert bei unserem Jewish Culture Day im August in Berlin.



Foto: Guillaume Paumier CC-BY

Naoto Kan – war Japans Premierminister während der Atomkatastrophe im März 2011. Im Jahr 2012 veröffentlichte er ein Buch über seine Erfahrungen während der Fukushima-Krise, das 2015 auch in deutscher Übersetzung erschien. Im Oktober stellte er es auf der Frankfurter Buchmesse vor und kam bei dieser Gelegenheit auch nach Berlin, wo er einen Vortrag über das Krisenmanagement und die Lehren aus der Dreifachkatastrophe in Fukushima hielt.



Foto: Stephan Röhl

Gloria Atiba-Davies – Ermittlerin am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt bei sexueller und genderbasierter Gewalt, Verbrechen gegen Kinder sowie Zeugen- und Opferschutz. Zuvor war sie Generalstaatsanwältin in ihrem Heimatland Sierra Leone. Im Oktober besuchte sie unsere internationale Feminismuskonferenz «Dare the im_possible» und nahm an einem Fachgespräch zu sexualisierter Kriegsgewalt teil.

Dr. Rebecca Gomperts – Ärztin und Gründerin der Organisation Women on Waves. Nach ihrem Medizinstudium segelte Rebecca Gomperts als Umweltaktivistin und Schiffsärztin mit dem Greenpeace Schiff Rainbow Warrior. Ihre Erlebnisse in dieser Zeit inspirierten sie zu der Gründung der Organisation Women on Waves, die mit Hilfe einer Schiffsambulanz Abtreibungen in internationalen Gewässern anbietet. Bei unserer Konferenz «Dare the im_possible» diskutierte sie mit Terry Reintke (MdEP) und Ulrike Busch von pro familia über das Recht auf Abtreibung.



Foto: Willem Velthoven



Foto: Stephan Röhl

Joumana Seif – syrische Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin. Joumana Seif setzt sich für eine stärkere Rolle von Frauen im Friedensprozess ein und arbeitet als Mitglied der Syrian Women Initiative for Peace and Democracy u. a. mit UN Women zusammen. Bei der internationalen Feminismuskonferenz «Dare the im_possible» berichtete sie bei einem Panel von der Gewalt gegen Frauen im Syrienkonflikt.



Foto: Privat

Vidulfo Rosales Sierra – Anwalt beim mexikanischen Menschenrechtszentrums Tlachinollan. Er vertritt die Angehörigen der 43 verschwundenen Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa. Im Oktober besuchte er die Stiftung, um über das systematische Verschwindenlassen in Mexiko zu berichten.

Stiftungsmanagement



Dr. Livia Cotta, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Foto: hbs

Finanzielle Rahmenbedingungen

2015 verfügte die Stiftung über rund 58 Millionen Euro. Neben den Projekten zur politischen Bildung im In- und Ausland ermöglichten uns diese Einnahmen u. a. die Umsetzung erster Maßnahmen aus der Strategie 2020 sowie Investitionen in unsere IT-Infrastruktur. Beispielsweise konnten wir zum Jahresende 2015 das Projekt zur Standardisierung unserer IT-Prozesse in den Auslandsbüros erfolgreich beenden. So stellen wir sicher, dass wir auch künftig unsere inhaltliche Arbeit mit moderner Ausstattung verwirklichen und unseren Mitarbeiter/innen attraktive Arbeitsplätze bieten. Unsere Wirtschaftsprüfer bestätigen uns einen ordnungsgemäßen Umgang mit den uns anvertrauten Mitteln. Um auch weiterhin unserem eigenen hohen Anspruch hinsichtlich der strategischen Mittelverwendung gerecht zu werden, wollen wir unsere Instrumente für die Steuerung von Sonder- und EU-Projektmitteln, aber auch des Globalmittelhaushalts weiter ausbauen.

Stiftungsverbund

Nachdem wir im Jahr 2014 die finanzielle Zusammenarbeit im Verbund mit den Landesstiftungen neu

geregelt haben, haben wir im Herbst 2015 weitere Beschlüsse für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in den nächsten Jahren gefasst: In der Landesstiftung Sachsen wird ein Kompetenzzentrum gegründet, das sich mit Rechtspopulismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit beschäftigen wird. Für die Projektentwicklung und -kooperation hat der Stiftungsverbund drei Schwerpunktprojekte festgelegt. Für eines der Schwerpunktprojekte wird der Einsatz gemeinsam entwickelter didaktischer Bildungsformate erprobt.

Organisationsstruktur

Die Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung hat als Ergebnis eines anderthalbjährigen Strategieentwicklungsprozesses im Frühjahr die Strategie 2020 (s. Seite 54) beschlossen. Das haben wir im Sommer gefeiert und gleichzeitig den Startschuss für die Umsetzung gegeben: Unter anderem nutzen und testen wir digitale Formate in der politischen Bildungsarbeit und zur internen Wissenserweiterung. Darüber hinaus haben wir eine Stabstelle Organisationsentwicklung und Wissensmanagement eingerichtet und die AG Digitalisierung und die AG Gemeinschaftsaufgabe nehmen ihre Arbeit auf.

In der Tarifpolitik hat die Stiftung im Herbst 2015 ein neues Kapitel aufgeschlagen und sich zur dauerhaften Übernahme der TVöD-(Bund)-Regelungen entschlossen. Das bedeutet für unsere Mitarbeiter/innen eine feste Zusage für Sonderzuwendungen und Gehaltsrunden, Zuschüsse für Nachtarbeit sowie die Übernahme des maximal zuwendungsrechtlich möglichen Zuschusses zur betrieblichen Altersversorgung. Zudem stellen wir im Regelfall künftig bis EG 9b unbefristet ein, wenn kein Sachgrund für eine Befristung vorliegt. Darüber hinaus hat die Heinrich-Böll-Stiftung den Beitritt zum Manteltarifvertrag für Auslandsmitarbeiter/innen der politischen Stiftungen erklärt. Für 2016 haben wir das «audit berufundfamilie» auf den Weg gebracht.

TuWas-Stiftung

Die TuWas-Stiftung für Gemeinsinn wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde gegründet. In den letzten beiden Jahren förderte sie die mexikanische Frauenorganisation Mesa de Mujeres und finanzierte Zelte für jesidische Geflüchtete in der Türkei. Im Jahr 2016 fördert TuWas die Organisation Women Now For Development mit rund 25.000 €, um syrische Sozialarbeiterinnen zu qualifizieren für die Traumatherapie mit vertriebenen Frauen und Kindern. Gemeinsam können wir noch mehr bewirken, dafür benötigt TuWas weitere Zustiftungen und Spenden!



Die Heinrich-Böll-Stiftung auf der Schumannstraße 8 in Berlin. Foto: Jan Bitter

Die Organe des Vereins

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über die Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifenden Programme und Projekte sowie die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit und die Kommunikationsstrategie.

Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist die **Geschäftsführerin** verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die für Vorstand und Bereichsleitungen notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen für alle administrativen Entscheidungen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

Der **Aufsichtsrat** hat die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes inne. Er besteht aus neun Personen (die Mitgliederversammlung wählt aus ihren Reihen sieben, die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen zwei Personen), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Der **Frauenrat** wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Er setzt sich aktuell aus neun Frauen zusammen, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Der Frauenrat unterstützt frauenpolitische Ziele der Stiftung und die Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie nach innen und außen. Eine einmalige Wiederwahl in die Mitgliederversammlung, den Aufsichtsrat und den Frauenrat ist möglich.

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als gemeinnütziger Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sog. Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert etc. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten oder der Betrieb unserer Gebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z.B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

Neben den öffentlichen Mitteln hat die Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie Green Campus.

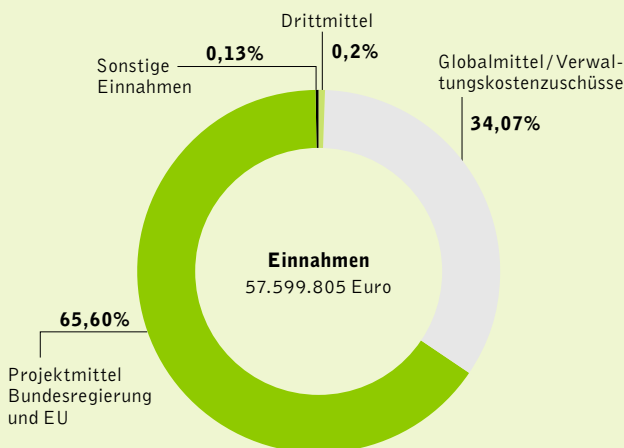
Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir freiwillig einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigen lassen.

Finanzieller Jahresbericht

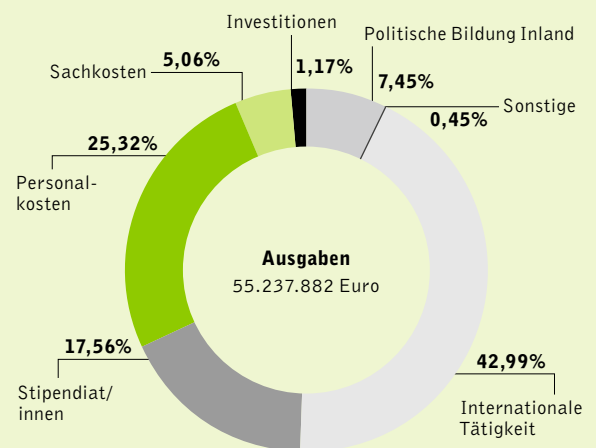
Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt und von lokalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft worden sind. Er wird voraussichtlich im September 2016 auf unserer Webseite veröffentlicht werden.

→ www.boell.de/de/stiftung-leitbild-initiative-transparente-zivilgesellschaft



Einnahmen 2015

Die Einnahmen der Stiftung aus öffentlichen Fördermitteln betragen 2015 insgesamt 57,6 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg von ca. 7,2 Prozent, der insbesondere auf zusätzliche Mittel für die internationale Arbeit zurückzuführen ist. Der besonders hohe Zuwachs bei den Mitteln des Auswärtigen Amtes (AA) ergibt sich auch daraus, dass das AA die Zuständigkeit für einige Länder Südosteuropas vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übernommen hat.



Ausgaben 2015

Mehr als zwei Drittel der Ausgaben der Stiftung (ca. 37,7 Millionen Euro) flossen 2015 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf über 80 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter/innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben blieben im Vergleich zum Vorjahr konstant. Bei den Investitionen gab es einen Anstieg um ca. 235.000 Euro, der auf Neuanschaffungen im Bereich IT und Ausgaben zum Erhalt des Stiftungsgebäudes zurückgeht.

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2015 *

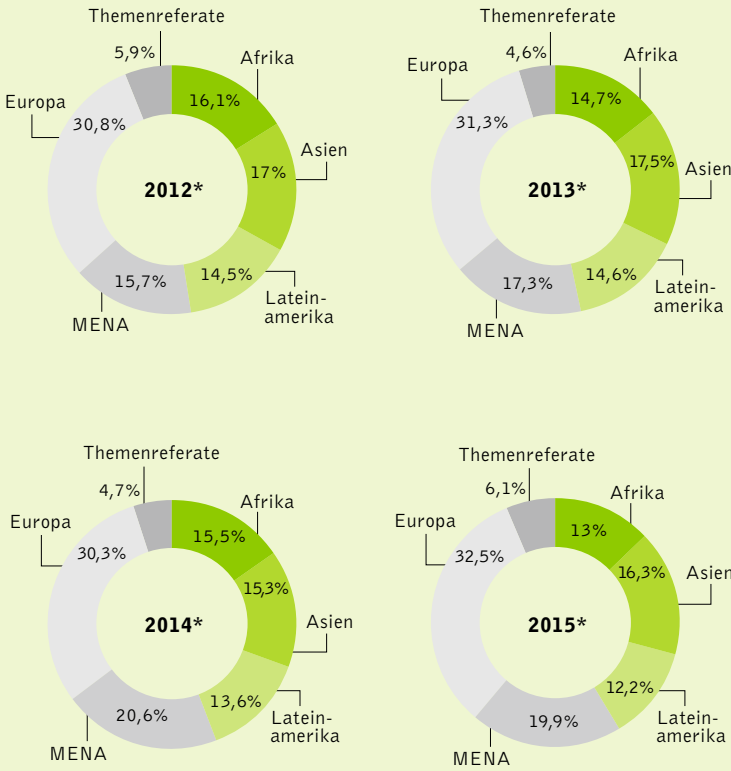
Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 (Stand: 3. März 2016)

	2015	2014
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	19.622.647	17.853.666
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	28.072.300	26.189.782
BMZ	22.065.936	23.851.047
AA	4.874.208	1.384.030
EU	1.132.156	954.706
Studienwerk	9.711.633	9.319.828
BMBF	8.971.917	8.657.653
AA	739.716	662.175
Drittmittel	116.320	134.741
Sonstiges	76.905	243.989
Summe der Einnahmen	57.599.805	53.742.005
Fachausgaben aus Globalmitteln	1.609.420	1.957.000
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	2.459.162	2.178.528
Projektmittelausgaben	33.445.972	31.463.122
Internationale Zusammenarbeit	22.865.234	21.280.416
Studienwerk	9.697.941	9.228.001
EU	882.797	954.706
Drittmittel	61.012	17.824
Personal (Gehälter inkl. Leitungen Auslandsbüros)	13.985.777	13.330.309
Sachausgaben	2.792.543	2.793.549
Investitionen	645.739	409.035
Sonstiges	191.682	122.754
Summe der Ausgaben	55.237.882	51.810.480
Jahresergebnis	2.361.923	1.931.526
Vereinseinnahmen	230.525	86.478
Vereinsausgaben	180.572	83.268
Vereinsergebnis	49.953	3.210

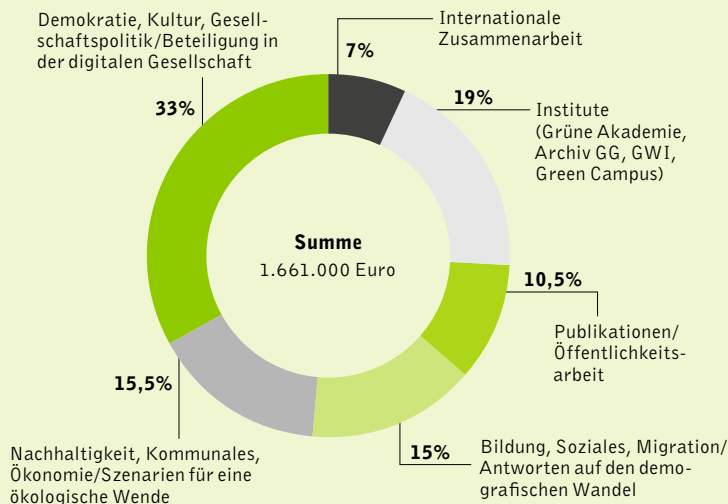
* alle Angaben in Euro

** einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung AA: Auswärtiges Amt



* Inklusive Auslandsgehälter



Internationale Zusammenarbeit 2015

Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit betragen im Jahr 2015 etwas mehr als 27,3 Millionen Euro. Dargestellt werden hier nur die durch die Abteilung Internationale Zusammenarbeit (IZ) verausgabten Mittel.

Im Jahr 2015 wurden von den ca. 22 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) rund 900.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Weitere Mittel der Sonderinitiative «Transformationspartnerschaften» in Höhe von ca. 185.000 Euro gingen nach Marokko und Tunesien sowie ca. 100.000 Euro im Rahmen der Sonderinitiative «Eine Welt ohne Hunger» nach Kenia.

Die Abteilung Internationale Zusammenarbeit erhielt vom Auswärtigen Amt (AA) ca. 4,5 Millionen Euro. Die Fördermittel des AA stiegen 2015 erstmals auf diese Höhe, da alle bislang noch durch das BMZ geförderten EU-Mitgliedsländer nun aus Mitteln des AA finanziert werden. Zusätzlich wurden der Stiftung AA-Sondermittel für Tunesien und Marokko von insgesamt ca. 360.000 Euro gewährt.

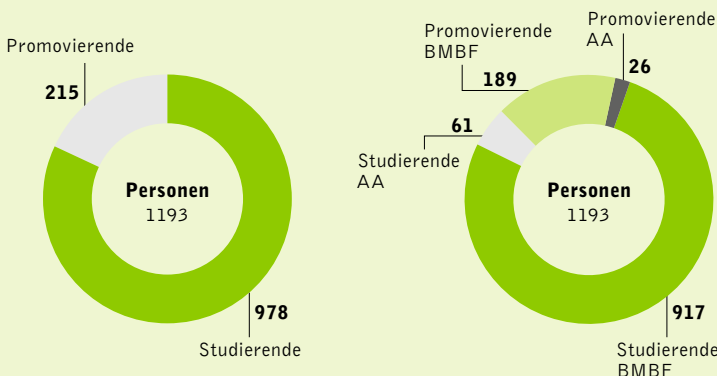
EU-Mittel in Höhe von ca. 950.000 Euro wurden für Projekte in Nahost und Nordafrika (MENA-Region), für überregionale Projekte im Rahmen von Eco Fair Trade und im Kaukasus eingesetzt.

Politische Bildung Inland 2015

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2015 rund 1.661.000 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem wurden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2015 rund 2,459 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

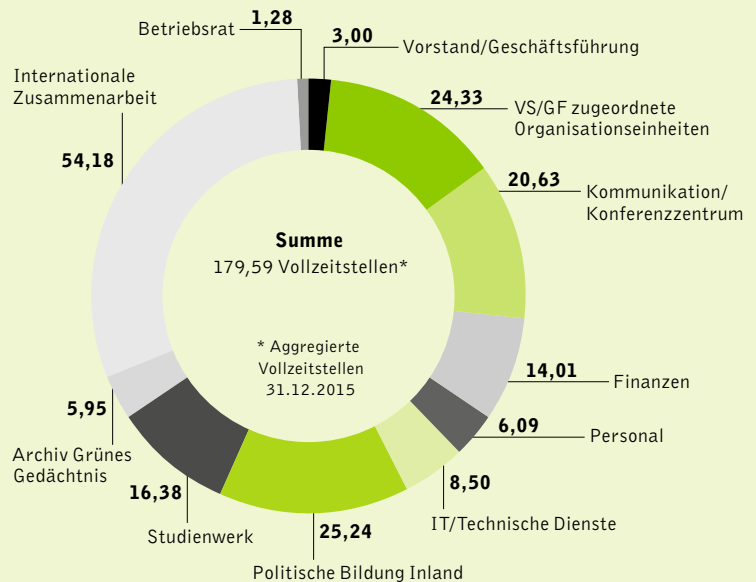
Stipendien und Projektmittel des Studienwerks nach Mittelgebern 2015

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2015 konnten insgesamt 1193 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 978 Studierende und 215 Promovierende. 194 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2015 neu in die Förderung aufgenommen werden.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31. 12. 2015 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung 251 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon waren 71 Prozent Frauen. In unseren internationalen Büros werden die 35 entsendeten Mitarbeiter/innen von ca. 245 Ortskräften unterstützt. Die Stiftung bietet ihren Mitarbeitenden vielgestaltige, zeitgemäße und spannende Arbeitsfelder: in der politischen Bildungsarbeit im In- und Ausland, in der Studienförderung und in den Unternehmensdiensten. Die Vielfalt unserer Mitarbeitenden, sei es in Bezug auf Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung, gehören zu den Stärken unserer Stiftung. So haben bspw. 12 Prozent unserer Mitarbeitenden im Inland einen Migrationshintergrund.



Beruf und Familie

In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik, sei es zur Wahrnehmung von Pflegezeiten oder für die Aufgaben als Eltern. Über meist flexible Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitszeit werden individuelle Lösungen möglich. Teilzeitbeschäftigung und/oder Freistellung (beispielsweise Elternzeit) bieten für einen Großteil der Belegschaft einen Weg, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Auf ca. 60 Telearbeitsplätzen kann einmal wöchentlich auch von zu Hause aus gearbeitet werden. Und es gibt die Möglichkeit von Beurlaubungen. Wir bieten Maßnahmen der Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Prävention sowie sehr gut ausgestattete Arbeitsplätze. Soweit dies mit den betrieblichen Belangen vereinbar ist, fördert die Stiftung bezüglich der Vereinbarkeit größtmögliche Berücksichtigung der individuellen Interessen von Mitarbeiter/innen.

Personalentwicklung

Ziel unserer Personalentwicklung ist es, hochqualifizierte Mitarbeiter/innen entsprechend ihrer Fähigkeiten einzusetzen. Wir unterstützen unsere Mitarbeitenden dabei, ihre Potentiale im Rahmen des Stellenprofils zu entfalten. Dazu bietet die Stiftung eine Vielzahl von ein- oder mehrtägigen Weiterbildungen an. In 2015 haben die meisten Mitarbeiter/innen an Weiterbildungen zur Vermittlung von IT-Kenntnissen teilgenommen.

Der Großteil der Weiterbildungen wird durch Befragung der Teilnehmenden evaluiert. Im Jahr 2015 gaben 98–100% der Teilnehmenden an, dass sie mit der Veranstaltung insgesamt zufrieden oder sehr zufrieden waren.

* Anzahl der Teilnehmenden an allen Weiterbildungen

** Anzahl der Teilnehmenden x Weiterbildungstage

(Mehrtägige Seminare werden mit eintägigen und kürzeren verrechnet)

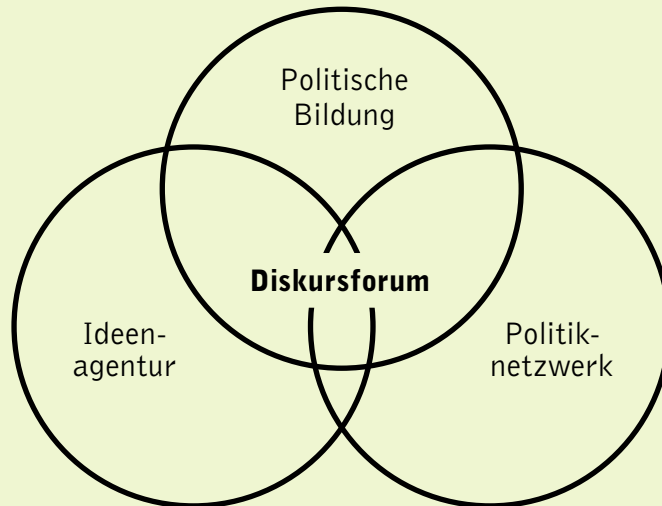
Personal Teilzeit/Vollzeit 2015 (in absoluten Zahlen)

Beschäftigte am 31.12.2015

	Absolut	in Prozent
VZ und TZ Beschäftigte	216	100%
Vollzeitbeschäftigte	106	49%
Teilzeitbeschäftigte gesamt	110	51%
davon studentische TZ-Beschäftigte	17	16%
davon TZ mit mehr als 50% der vollen Arbeitszeit	86	78%
davon TZ bis 50% der vollen Arbeitszeit	7	6%

	Teilnehmende gesamt 2015*	Teilnehmendentage 2015**
Allgemeine Weiterbildungen	679	564
Rechtliches und Verwaltung	97	98
Organisation	89	133
IT-Kenntnisse	331	140
Gender & Diversity	55	88
Kommunikation	107	105
Individuelle Weiterbildungen	58	107
Weiterbildungen gesamt	737	671

Strategie 2020



Die Heinrich-Böll-Stiftung ist Ort für kontroverse Debatten und ein Diskursforum an der Schnittstelle zwischen politischer Bildung, grüner Ideenagentur und grünem Politiknetzwerk.

Jede Organisation sollte sich Zeit zur (Selbst-)Reflexion nehmen und prüfen: Wie zukunftsfähig sind wir in unserer heutigen Verfassung? Wie verändern sich Deutschland, Europa und die Welt? Sind unsere inhaltlichen Schwerpunkte, unsere Arbeitsweise, unser Organisationsaufbau, unsere Ressourcenverteilung noch zeitgemäß? Mit der Strategie 2020 haben wir uns auf den Weg gemacht, diese Fragen zu beantworten.

Die Strategie 2020 versteht sich als Richtschnur der Stiftung für die Programmplanung, Arbeitsweise, Organisationsentwicklung, Personalpolitik und Finanzplanung. Sie strukturiert den Prozess, in dem sich die Stiftung auf der Basis ihrer programmatischen Ziele mit neuen Herausforderungen auseinandersetzt.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen die Organisation und Gestaltung politischer Diskurse als zentrales Element demokratischer Willensbildung. Mit unseren Angeboten tragen wir auf verschiedene Weise zur Schaffung eines lebendigen und konstruktiven Diskursraums bei:

Als Akteurin der politischen Bildung vermitteln wir Informationen zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Stiftungsarbeit, machen Angebote zur politischen Orientierung und unterstützen politisch Aktive beim Aufbau notwendiger Kompetenzen für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention.

Als grüne Ideenagentur geben wir Denkanstöße und schaffen Raum für das Wissen anderer. Wir dokumentieren grüne Geschichte als Fundus für die Forschung und als Quelle politischer Orientierung.

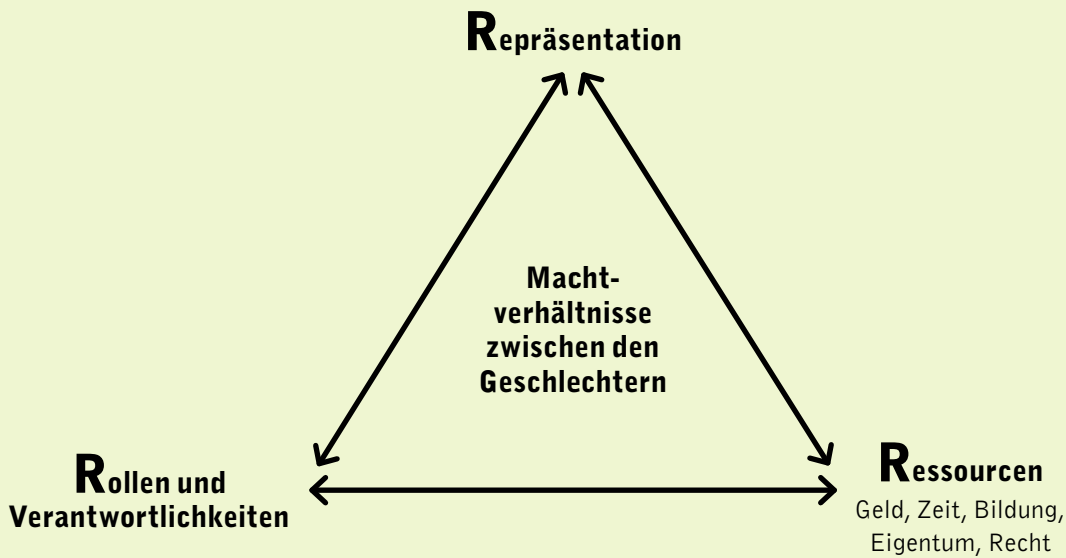
Als Teil eines globalen grünen Netzwerks pflegen wir Kontakte zu Vertreter/innen aus Politik, Zivilgesell-

schaft, Wirtschaft und Wissenschaft und unterstützen durch unsere Auslandsbüros weltweit die Entwicklung der grünen politischen Bewegung.

Wir haben drei Querschnittsaufgaben identifiziert, die alle Einheiten in der Stiftung auf jeweils unterschiedliche Weise betreffen:

- ▶ Eine der Herausforderungen, denen wir uns verstärkt widmen wollen, ist der **digitale Wandel**. Politische Bildungsarbeit im digitalen Zeitalter erfordert neue Formate der Wissensvermittlung und öffentlichen Intervention. Zugleich verändert die digitale Revolution alle Sphären der gesellschaftlichen Realität. Sie eröffnet neue demokratische, technische und kulturelle Möglichkeiten und birgt zugleich Risiken, die eine öffentliche Debatte und politische Gestaltung verlangen.
- ▶ Europa wird immer mehr zu einem politischen Binnenraum, in dem sich nationale und europäische Politik verschränken. Wir werden deshalb die **europäische Dimension** unserer politischen Bildungsarbeit im Inland verstärken, insbesondere beim Thema Energiepolitik, in der Demokratiedebatte oder beim Thema Flucht und Migration. Zugleich verstehen wir uns als Protagonistin einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- ▶ Wir verstehen **Nachwuchsförderung** als integralen Teil der Stiftungsarbeit. Sie betrifft auf unterschiedliche Weise alle Einheiten der Stiftung, in Deutschland ebenso wie in unseren Partnerländern. Wir unterstützen engagierte und begabte Menschen, die unsere Überzeugungen teilen, bei ihrer politischen und beruflichen Entwicklung und wollen sie als aktive Mitglieder unseres Netzwerks gewinnen.

Das Instrument der Genderkennung in der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit



3-R-Methode zur Genderanalyse

Geschlechterdemokratie ist ein Hauptanliegen der Stiftung. Sie ist als Leitbild in unserer Satzung verankert, ihre Förderung ist Gemeinschaftsaufgabe. Ein wichtiges Ziel unserer Programm- und Projektarbeit ist es daher, jene gesellschaftlichen Strukturen zu verändern, die Ungerechtigkeiten und stereotype Leitbilder zwischen den Geschlechtern reproduzieren.

Die Stiftung unterhält 31 Büros im Ausland – unsere geschlechterpolitische Arbeit ist entsprechend vielfältig und durch regionale Kontexte geprägt. Um die verschiedenen Ansätze unserer Auslandsbüros zu erfassen, haben wir 2010 das Instrument der Genderkennung eingeführt. Dieses Monitoringinstrument unterscheidet zwei gleichwertige Ansätze: explizit, z.B. durch Frauen-Empowerment, und implizit, durch Geschlechterpolitik in anderen politischen Bereichen wie der Umwelt- oder Sicherheitspolitik.

Eine erste Auswertung anhand der Genderkennung ließen wir bereits durchführen. Dafür wurden 2500 Projekte quantitativ und 56 davon auch qualitativ ausgewertet. Aus den Ergebnissen haben wir folgende Maßnahmen abgeleitet:

- Jährliche interne Auswertung der Genderkennungen für die Gesamtabteilung Internationale Zusammenarbeit;
- Aufbereitung und Kommentierung guter Beispiele aus dem internationalen Stiftungskontext für implizite geschlechterpolitische Ansätze;

- Überarbeitung verschiedener Instrumente wie der Genderkennungen selbst, der Maßnahmen dokumentationen und der genderorientierten Programmplanung;
- Aufnahme eines Slots «Genderdemokratie in der Region» in alle jährlichen Regionalplanungskonferenzen;
- Bündelung von Aufgaben in einer Genderkoordinierungs- und Beratungsstelle.

Darüber hinaus arbeiten wir kontinuierlich an der Qualitätsentwicklung unserer geschlechterpolitischen Qualifizierungsmaßnahmen. Verstärkt setzen wir dabei auf die Vermittlung der Fähigkeiten zur Genderanalyse auf Programm- und Projektebene. Weitere strukturelle Verbesserungen in der Geschlechterpolitik werden im Zusammenhang mit der Strategie 2020 geplant und umgesetzt.

Seit Oktober 2015 hat die Stiftung außerdem wieder eine Referentin für internationale Geschlechterpolitik in der Zentrale – und erstmals auch explizit für LSBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Inter*-Menschen). Gefördert wird die Stelle bis 2017 von der Dreilinden-Gesellschaft, einer langjährigen und wichtigen strategischen Partnerin der Stiftung im Themenfeld LSBTI.

Gremien

(Stand 31. Dezember 2015)

Mitgliederversammlung

Jan Phillip **Albrecht**
 Carlos **Becker**
 Martin **Berger**
 Marianne **Birthler**
 Reinhard **Bütikofer** – MdEP
 Dr. Gülay **Caglar**
 Prof. Dr. Claudia **Dalbert** – MdL
 Katja **Dörner** – MdB
 Ulrike **Gauderer**
 Stefan **Gelbhaar** – MdL
 Leonore **Gewessler**
 Christa **Goetsch**
 Dr. Robert **Habeck** – MdL
 Britta **Haßelmann** – MdB
 Joachim **Heinlein**
 Dr. Dietrich **Hermann**
 Michael **Hustedt**
 Anetta **Kahane**
 Michael **Kellner**
 Leo **Klotz**
 Elisabeth **Krausbeck**
 Kaddor **Lamy**
 Lotte **Leicht**
 Chris **Ludwig**
 Christoph **Meertens**
 Anna **Mikulcová**
 Daniel **Mittler**
 Alexander **Müller**
 Özcan **Mutlu** – MdB
 Mona **Neubaur**
 Dr. Inge **Paulini**
 Irene **Reifenhäuser**
 Katrin **Rönicke**
 Krista **Sager**
 Dirk **Scheelje**
 Norbert **Schellberg**
 Heike **Schiller**
 Gertrud **Schmidt**
 Ute **Schmidt**
 Dr. Frithjof **Schmidt** – MdB
 Dr. Imme **Scholz**
 Ulrich **Schreiber**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Malti **Taneja**
 Prof. Dr. Sabine **Toppe**
 Dr. Konstantin **von Notz** – MdB
 Michael **Wedell**
 Prof. Dr. Michael **Zürn**
Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter
 Alaa **Alhamwi**
 Till **Gierlich**
 Bilal **Rana**
 Ha Linh **Tran Thi**
Aufsichtsrat
 Alexander **Basner**
 Christa **Goetsch**
 Britta **Haßelmann** – MdB
 Michael **Kellner**
 Christoph **Meertens**
 Alexander **Müller**
 Ingrid **Spiller**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Malti **Taneja**
Frauenrat
 Dr. Sigrid **Arnade**
 Katrin **Bauer**
 Birgit **Dederichs-Bain**
 Mechtild M. **Jansen**
 Nina **Katzemich**
 Stefanie **Lohaus**
 Prof. Dr. Cäcilia **Rentmeister**
 Cornelia **Sperling**
 Judith **Strohm**
Koordinationsgremium des Freundeskreises
 Elisabeth **Kiderlen**
 Dr. Julius **Heinicke**
Mitglieder Grüne Akademie
 Prof. Dr. Gabriele **Abels**

Tarek **Al-Wazir** – MdL
 Birgitt **Bender**
 PD Dr. Mechthild **Bereswill**
 Dr. Thomas **Biebricher**
 Marianne **Birthler**
 Prof. Dr. Ingolfur **Blühdorn**
 Prof. Dr. Angelo **Bolaffi**
 Prof. Dr. Christina **von Braun**
 Prof. Dr. Claudia **von Braunmühl**
 Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**
 Prof. Dr. Heinz **Bude**
 Reinhard **Bütikofer** – MdEP
 Prof. Dr. Thomas **Christaller**
 Prof. Dr. Dr. h.c. Michael **Daxner**
 Prof. Dr. Simone **Dietz**
 Dr. Christine **Dörner**
 Dr. Thea **Dückert**
 Dr. Petra **Eggers**
 Dr. Christoph **Egle**
 Rainer **Emschermann**
 Jan **Engelmann**
 Anke **Erdmann** – MdL
 Stephan **Ertner**
 Prof. Dr. Adalbert **Evers**
 PD Dr. Rainer **Forst**
 Georgia **Franzius**
 Ralf **Fücks**
 Anna Katharina **Gebbers**
 Kai **Gehring** – MdB
 Prof. Dr. Brigitte **Geissel**
 Karsten **Gerlof**
 Prof. Dr. Arnim **von Gleich**
 Adrienne **Goehler**
 Cristina **Gómez Barrio**
 Prof. Dr. Stefan **Gosepath**
 Dr. Sigrid **Graumann**
 Prof. Dr. L. Horst **Grimme**
 Melanie **Haas**
 Robert **Habeck** – MdL
 Rebecca **Harms** – MdEP
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Dr. Paula Marie **Hildebrandt**
 Imma **Hillerich**
 Dr. Jeanette **Hofmann**
 Prof. Dr. Rahel **Jaeggi**
 Pico **Jordan**
 Dr. Arne **Jungjohann**
 PD Dr. Otto **Kallscheuer**
 Petra **Kirberger**
 Dipl. -iur, Prof. Dr. Bertram **Lomfeld**
 Sibylle **Knapp**
 Michael **Knoll**
 Dr. Regina **Kreide**
 Prof. Dr. Georg **Krücken**
 Prof. Dr. Rainer **Kühlen**
 Prof. Dr. Bernd **Ladwig**
 Dr. Birgit **Laubach**
 PD Dr. Susanne **Lanwerd**
 Adriana **Lettrari**
 PD Dr. Reinhard **Loske**
 Dr. Linda-Marie **Ludwig**
 Dr. Willfried **Maier**
 Nicole **Maisch** – MdB
 Christoph **Meertens**
 Dr. des. Ole **Meinefeld**
 Prof. Dr. Christoph **Menke**
 Prof. Dr. Sigrid **Meuschel**
 Dr. Jan C. **Minx**
 Prof. Dr. Christoph **Möllers**
 Johannes **Moes**
 Dr. des. Melanie **Müller**
 Dr. Michael **Münter**
 Dr. Carsten **Neßhöver**
 Dr. Gero **Neugebauer**
 Juniorprof. Dr. Christian **Neuhäuser**
 Prof. Dr. Frank **Nullmeier**
 Dr. Ralph **Obermauer**
 Prof. Dr. Claus **Offe**
 Dr. Arnd **Pollmann**
 Dr. Andreas **Poltermann**
 Prof. Dr. Ulrich K. **Preuß**
 Prof. Dr. Lothar **Probst**
 Prof. Dr. Dr. Franz J. **Radermacher**

Prof. Dr. Juliane **Rebentisch**
 Dieter **Rulff**
 Dr. Thomas **Rixen**
 Krista **Sager** – MdB
 Prof. Dr. Thomas **Saretzki**
 Manuel **Sarrazin** – MdB
 Prof. Dr. Birgit **Sauer**
 Joscha **Schmierer**
 PD. Dr. Thomas **Schramme**
 Dr. Christine **Schwarz**
 Stephan **Schilling**
 Dr. Simone **Schwanitz**
 Dr. Kirsten **Selbmann-Lobbedy**
 Prof. Dr. Sandra **Seubert**
 Peter **Siller**
 PD Dr. Rudolf **Speth**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Prof. Dr. Richard **Stöss**
 PD. Dr. Wolfgang **Strengmann-Kuhn** – MdB
 Rena **Tangens**
 Dr. Thorsten **Thiel**
 Stefan **Tidow**
 Dr. Ellen **Ueberschär**
 Prof. Dr. Berthold **Vogel**
 Sybille **Volkholz**
 Prof. Dr. Christiane **Voss**
 Mathias **Wagner** – MdL
 Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
 Prof. em. Helmut **Wiesenthal**
Fachbeirat Europa/Transatlantik
 Dr. Eltje **Aderhold**
 Annalena **Baerbock**
 Dr. Annegret **Bendiek**
 Olaf **Böhnke**
 Agnieszka **Brugger**
 Reinhard **Bütikofer** – MdEP
 Rainer **Emschermann**
 Kai-Olaf **Lang**
 Tobias **Münchmeyer**
 Winfried **Nachtwei**
 Dr. Martin **Rocholl**
 Rüdiger **Rossig**
 Michael **Schreyer**
 Dr. Daniela **Schwarzer**
 Jan **Seifert**
 Rainer **Steenblock**
 Dr. Sylke **Tempel**
 Viola **von Cramon**
 Elisabeth **Weber**
 Dr. Anna Veronika **Wendland**

Fachbeirat Nord-Süd

Dr. Muriel **Asseburg**
 Dr. Achim **Brunnengräber**
 Prof. Dr. Hans-Jürgen **Burhardt**
 Pegah **Edalatian**
 Prof. Dr. Ulf **Engel**
 Thilo **Hoppe**
 Sebastian **Kasack**
 Uwe **Kekeritz**
 Ska **Keller**
 Dr. Michael **Krempin**
 Lotte **Leicht**
 Melanie **Müller**
 Dr. Roger **Peltzer**
 Dirk **Scheelje**
 Dr. Imme **Scholz**
 Dr. Anja **Senz**

Fachbeirat Studienwerk

Dr. Vanessa **Aufenanger**
 Dr. Frieder **Dittmar**
 Prof. Dr. Anita **Engels**
 Stephan **Ertner**
 Kai **Gehring** – MdB
 Ulrike **Göte** – MdL
 Prof. Dr. Uta **Klein**
 Dr. Peer **Pasternack**
 Dr. Marco **Rieckmann**
 Krista **Sager**
 Dr. Ruth **Seidl** – MdL
 Dr. Thorsten **Wilhelmy**

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Bamberg Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Thomas **Rixen**; Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Astrid **Schütz**

Bayreuth Universität Bayreuth, Prof. Dr. Erdmute **Alber**; Universität Bayreuth, Prof. Dr. Stefan **Peiffer**

Berlin *Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**; *Prof. Dr. Ilse **Lenz**; *Dr. Gabriele **Wohlauf**; Akademie der Künste, Dr. Angela **Lammert**; Alice Salomon Hochschule Berlin, Prof. Dr. Sabine **Toppe**; Beuth Hochschule für Technik Berlin, Prof. Dr. Christian **Garhammer**; Beuth Hochschule für Technik Berlin, Prof. Dr. Anne **König**; Freie Universität Berlin, Dr. Achim **Brunnengräber**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Barbara **Fritz**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Cilja **Harders**; Freie Universität Berlin, Dr. Julius **Heinicke**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Bernd **Ladwig**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Kerstin **Pinther**; Freie Universität Berlin, Dr. Eva **Sternfeld**; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Prof. Dr. Rosemarie **Morana**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Heike **Wiesner**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Binder**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Claudia **Brunns**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marc **Buggeln**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Marcelo **Caruso**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marianne **Kriszio**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Meffert**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Christoph **Schneider**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Johannes **Siemens**; Institut für Zeitgeschichte, Dr. Susanne **Heim**; Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) gGmbH, Prof. Dr. Jan Christoph **Minx**; Sigmund-Freud-Institut, Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**; Technische Universität Berlin, Dr. Nina **Langen**; Technische Universität Berlin, Dr. Aranka **Podhora**; Universität der Künste Berlin, Prof. Dr. Judith **Siegmund**; Universität der Künste Berlin, Mg. Elzbieta **Sternlicht**

Bielefeld Fachhochschule Bielefeld, Prof. Dr. Cornelia **Giebler**; Universität Bielefeld, Prof. Dr. Klaus **Dammann**; Universität Bielefeld, Dr. Marlene **Müller**; Universität Bielefeld, Dr. Benno **Nietzel**; Universität Bielefeld, Dr. Heinz-Peter **Preußer**; Universität Bielefeld, PD Dr. Isabel **Richter**

Birkenfeld Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Peter **Heck**; Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Stefan **Naumann**

Bochum Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Prof. Dr. Sigrid **Graumann**; Hochschule für Gesundheit, Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**; Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Heike **Kahlert**; Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**; Ruhr-Universität Bochum, Dr. Hüseyin **Aguicenoğlu**

Bonn Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Dr. Isabel **Schäfer**; Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Prof. Dr. Andreas **Pangritz**

Brandenburg Fachhochschule Brandenburg, Prof. Dr. Uwe **Höft**

Braunschweig Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**; Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Rolf **Nohr**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Petra **Mischnick**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Bettina **Wahrig**

Bremen Universität Bremen, Prof. Dr. Karin **Gottschall**; Universität Bremen, Dr. Sabine **Horn**; Universität Bremen, Prof. Dr. Michi **Knecht**; Universität Bremen, Prof. Dr. Frank **Nullmeier**; Universität Bremen, Prof. Dr. Konstanze **Plett**, LL.M.

Chemnitz Technische Universität Chemnitz, Prof. Dr. Cecile **Sandten**

Cottbus Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**

Dortmund Technische Universität Dortmund, Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**

Dresden Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden, Prof. Dr. Marlies **Fröse**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Uta **Berger**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Anja **Besand**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Bernhard **Schlag**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**

Duisburg Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Michael **Kaeding**

Düsseldorf Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Michaela **Kuhnhenne**; Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf Prof. Dr. Simone **Dietz**; Kunstakademie Düsseldorf, Prof. Dr. Ludger **Schwarte**

Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**; Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Prof. Dr. Pierre **Ibisch**

Erfurt Universität Erfurt, Prof. Dr. André **Brodocz**; Universität Erfurt, Prof. Dr. Jamal **Malik**

Erlangen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Kristina **Giesel**; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Dr. Gerd **Sebald**

Essen Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Anne **Schlüter**

Esslingen Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Birgit **Meyer**

Flensburg Universität Flensburg, Prof. Dr. Gerd **Grözinger**; Universität Flensburg, Dr. Christine **Thon**

Frankfurt/M. Fachhochschule Frankfurt am Main, Prof. Dr. Margrit **Brückner**; Fritz Bauer Institut, Prof. Dr. Werner **Konitzer**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Rainer **Forst**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Helma **Lutz**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Christoph **Menke**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Susanne **Schröter**

Frankfurt/O. Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Dr. Timm **Beichelt**

Freiburg i. Br. *Prof. Dr. Michael **Kochen**; *Prof. Dr. Carla **Rosendahl**; *Prof. Dr. Britta **Schinsel**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Dr. Sylvia **Kruse**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, PD. Dr. Lena **Partzsch**; Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme ISE, Dr. Jan Christoph **Goldschmidt**

Friedrichshafen Zeppelin University, Dr. Nadine **Meidert**

Fulda Hochschule Fulda, Prof. Dr. Susanne **Dern**

Gelsenkirchen Westfälische Hochschule, Prof. Dr. Friedrich **Kerka**

Gießen Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Jörn **Ahrens**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Regina **Kreide**

Göttingen Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. med. Nicolai **Miosge**

Greifswald Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Prof. Dr. Susanne **Stoll-Kleemann**

Halle/Saale Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, Prof. Frithjof **Meinel**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Thomas **Bremer**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Isabell **Hensen**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dr. Christiane **Lahnemann**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Werner **Nell**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Pia **Schmid**

Hamburg HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Ingrid **Breckner**; HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Gesa **Ziemer**; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**; Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Prof. Dr. Friedrich von **Borries**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Andrea **Blunck**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Sina **Farzin**; Universität Hamburg, Dr. Nina **Feltz**; Universität Hamburg, Dr. Irmtraut **Genewich**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Ursula **Neumann**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Anke **Strüver**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Wolfram **Weiß**

Hannover Büro für kulturelle Unvernunft, Susanne **Eser**; Fachhochschule Hannover, Prof. Dr. Manuel **Pietzonka**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Christine **Hatzky**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Dr. Christine **Schwarz**

Heidelberg Pädagogische Hochschule Heidelberg, Prof. Dr. Havva **Engin**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Anna Elisabeth **Growe**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Christiane **Schwioren**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Steffen **Sigmund**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Dr. Momme **von Sydow**

Hildesheim Universität Hildesheim, Prof. Dr. Ursula **Bredel**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Michael **Corsten**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**; Universität Hildesheim, Dr. Julio **Mendivil**

Holzminden HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Prof. Dr. Leonie **Wagner**

Höxter Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Prof. Dr. Klaus **Maas**

- Ilmenau** Technische Universität Ilmenau, Prof. Dr. Johann **Reger**
- Iserlohn** Business and Information Technology School gGmbH, Prof. Dr. Thomas **Meuser**
- Jena** Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**; Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Thomas **Sauer**; Friedrich-Schiller-Universität Jena, PD Dr. Stephan **Lorenz**
- Kaiserslautern** Technische Universität Kaiserslautern, Prof. Dr. Michael **Hassemer**
- Karlsruhe** Karlsruher Institut für Technologie, Dr. Stefan **Bösch**; Karlsruher Institut für Technologie, Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**
- Kassel** Universität Kassel, Dr. Manuela **Böhm**; Universität Kassel, Dr. Franziska **Müller**; Universität Kassel, Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
- Kiel** Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Uta **Klein**; Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Konrad **Ott**
- Köln** Deutschlandfunk, Benjamin **Hammer**; Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Josef **Freise**; Universität zu Köln, Prof. Dr. Boris **Braun**; Universität zu Köln, Prof. Dr. Cornelius **Nestler**
- Konstanz** Universität Konstanz, Prof. Dr. Marius **Busemeyer**; Universität Konstanz, Dr. Oliver **Trevisiol**
- Landau** Universität Koblenz-Landau, Dr. Florian **Bernstorff**; Universität Koblenz-Landau, Heide **Gieseke**
- Leipzig** Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Prof. Dr. Gabriele **Hooffacker**; Umweltforschungszentrum, Dr. Florian **Koch**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Felix **Ekardt**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Omar **Kamil**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Stefan **Troebst**
- Ludwigsburg** Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Prof. Bettina **Heinrich**
- Lüneburg** Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Gerda **Lischke**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Peter **Pez**
- Magdeburg** Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Thorsten **Unger**; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
- Mainz** Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Peter **Kiefer**; Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
- Mannheim** Universität Mannheim, Prof. Dr. Angela **Keppeler**
- Marburg** Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Susanne **Maurer**
- München** Hochschule für angewandte Wissenschaften, Prof. Dr. Constance **Engelfried**; Katholische Stiftungsfachhochschule München, Prof. Dr. Markus **Babo**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Helga **Bilden**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Verina **Wild**; Technische Universität München, Prof. Dr. Mariacarla **Gadebusch**
- Bondio
- Münster** Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Doris **Fuchs**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Dr. Harry **Mönig**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
- Neubiberg** Universität der Bundeswehr München, Prof. Dr. Franz **Kohout**
- Neubrandenburg** Hochschule Neubrandenburg, Prof. Dr. Claudia **Steckelberg**
- Nürnberg** *Walter **Sehrer**
- Offenburg** Hochschule für Technik, Wirtschaft und Medien Offenburg, Prof. Dr. Anke **Weidlich**
- Oldenburg** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Paul **Mecheril**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Silke **Wenk**
- Osnabrück** Hochschule Osnabrück, Prof. Dr. Ursula Eva **Wiese**; Universität Osnabrück, Dr. Jens **Schneider**; Universität Osnabrück, Prof. Dr. Helen **Schwenken**
- Passau** Universität Passau, Prof. Dr. Christian **Thies**
- Potsdam** Universität Potsdam, Prof. Dr. Joachim **Gessinger**; Universität Potsdam, Dr. Ines **Sonder**; Universität Potsdam, Prof. Dr. Theresa **Wobbe**; Universität Potsdam, PD Dr. Gert **Zöller**
- Regensburg** Hochschule für angewandte Wissenschaften Regensburg, Maika **Berndt-Zürner**
- Rostock** Universität Rostock, Dr. Gudrun **Heinrich**; Universität Rostock, Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
- Saarbrücken** Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Holger **Buck**; Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Klaus **Kraimer**; Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Ulrike **Zöller**
- Stendal** Hochschule Magdeburg-Stendal, Prof. Dr. Maureen Maisha **Eggers**
- Stuttgart** Universität Stuttgart, PD Dr. Ralph O. **Schill**
- Trier** Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Helge **Rieder**; Universität Trier, Prof. Dr. Antje **Bruns**; Universität Trier, Prof. Dr. Michael **Schönhuth**; Universität Trier, Dr. Rita **Voltmer**
- Tübingen** *Dr. Karin **Widmayer**; Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Prof. Dr. Gabriele **Abels**
- Vechta** Universität Vechta, Dr. Lucia **Licher**; Universität Vechta, Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
- Wiesbaden** Hochschule RheinMain, Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**
- Witten** Universität Witten/Herdecke, Prof. Dr. Martin **Schnell**
- Wolfenbüttel** Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften, Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**,
- Wuppertal** Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Rita **Casale**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Hans. J. **Lietzmann**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**; Kirchliche Hochschule Wuppertal, Dr. Michaela **Geiger**
- Würzburg** Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner**; Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Dr. Thomas **Kestler**
- Zweibrücken** Fachhochschule Kaiserslautern, Prof. Hendrik **Speck**

Ausland

- Bern** Universität Bern, Dr. Renate **Ruhne**
- Linz** Johannes Kepler Universität Linz, Dr. Waltraud **Ernst**
- Luzern** Universität Luzern, Prof. Dr. Martin **Hartmann**
- Oxford** University of Oxford, Dr. Wolfgang **Zumdick**
- Paris** Université Paris - Panthéon-Sorbonne, Dr. Milosz **Matuschek**
- Stockholm** KTH Royal Institute of Technology, Dr. Sabine **Höhler**
- Utrecht** Universiteit Utrecht, Dr. Christoph **Baumgartner**

Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Najat **Abdulhaq**
 Prof. Dr. Gabriele **Abels**
 Prof. Dr. Viola **Balz**
 Hartmut **Bäumer**
 Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**
 Dr. Florian **Bernstorff**
 Dr. Manuela **Böhm**
 Dr. Atef **Botros**
 Paula **Bradish**
 Prof. Dr. André **Brodocz**
 Dr. Marc **Buggeln**
 Prof. Dr. Stephan **Bundschuh**
 Dr. Sebastian **Büttner**
 Dr. Frieder **Dittmar**
 Anne **Dudeck**
 Sandra **Dümer**
 Dr. Ellen **Euler**
 Dr. Nina **Feltz**
 Prof. Dr. Juliane **Filser**
 Dr. Michaela **Geiger**
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Prof. Dr. Gerd **Grözinger**
 Dr. Katrin **Grüber**
 Fabian **Hamák**
 Dr. Julius **Heinicke**
 Prof. Dr. Isabell **Hensen**
 Dr. Sabine **Horn**
 Dr. Manja **Hußner**
 Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**
 Prof. Dr. Omar **Kamil**
 Trudel **Karcher**
 Prof. Dr. Claudia **Kraft**
 Tim **Krause**
 Prof. Dr. Regina **Kreide**
 Prof. Dr. Margitta **Kunert-Zier**
 Dr. Ilka **Lennertz**
 Dr. Britta **Leusing**
 Prof. Dr. Andreas **Lob-Hüdepohl**
 Helmuth **Lohan**
 Dr. Alexandra **Lübcke**
 Prof. Dr. Paul **Mecheril**
 Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**
 Prof. Dr. Birgit **Meyer**
 Holger **Michel**
 Dr. Jan Christoph **Minx**
 Dr. Birgit **Möller**
 Dr. Benno **Nietzel**
 Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**
 Dr. Ipek **Ölcüm**
 Vera **Rabelt**
 PD Dr. Isabel **Richter**
 Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
 Prof. Dr. Thomas **Rixen**
 Prof. Dr. Mieke **Roscher**
 Dr. Renate **Ruhne**

Dr. Bianca **Schemel**
 Dr. Jens **Schneider**
 Jörg **Schreiber**
 Prof. Dr. Joachim **Schulze**
 Dr. Christine **Schwarz**
 Dr. Rajinder **Singh**
 Steffen **Stadler**
 Judith **Strohm**
 Achim **Toennes**
 Prof. Dr. Sabine **Toppe**
 Prof. Dr. Elisabeth **Tuider**
 Nina **Turani**
 Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
 Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
 Dr. René **Wildangel**
 Dr. Inga **Winkler**

Adressen

Stand: April 2016

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-2853 40 **F** 030-2853 41 09
E info@boell.de **W** www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-52 60
E archiv@boell.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung Europa und Nordamerika

Frankreich

Heinrich-Böll-Stiftung
80 Quai Jemmapes
75010 Paris, Frankreich
T +33-667-65-76 76
E jens.althoff@fr.boell.org

Bosnien und Herzegowina

Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E info@ba.boell.org **W** www.ba.boell.org

Region Europäische Union

Heinrich-Böll-Stiftung, Rue d'Arlon 15,
1050 Bruxelles, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Prag)

Heinrich-Böll-Stiftung
Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Warschau)

Heinrich-Böll-Stiftung
ul. Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E pl-info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Region Nordamerika

Heinrich-Böll-Stiftung, 1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Russland

Heinrich-Böll-Stiftung, Grusinskij Pereulok 3-231,
123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@ru.boell.org **W** www.ru.boell.org

Region Südlicher Kaukasus

Heinrich-Böll-Stiftung
38, Zovreti st., 0160 Tbilisi, Georgien
T +995-32-238 04 67 **F** +995-32-291 28 97
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Region Südosteuropa

Heinrich-Böll-Stiftung
Kralja Milana 6/1, 11000 Belgrad, Serbien
T +381-11/3067 646 **F** +381-11/6303 282
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung
Inönü Caddesi, Hacı Hanım Sok 10/12+4
Gümüşsuyu 34439, Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung, Wolodymyrska Str. 18/2,
Office 3, 01034 Kiev, Ukraine
T +38 044 279 98 58 **F** +38 044 270 52 78
E ua-info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org

Griechenland

Heinrich-Böll-Stiftung
Aristotelous Str. 3, 54624 Thessaloniki
T +30 2310 282829 **F** +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Asien

Afghanistan

Heinrich-Böll-Stiftung
T +93-700-295972
E info@af.boell.org **W** www.af.boell.org

China

Heinrich-Böll-Stiftung
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No.309, 100027 Beijing, China
T +86-10-66 15 46 15 **F** +86-10-66 15 46 15-102
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Indien

Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40
E in-info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Kambodscha

Heinrich-Böll-Stiftung, #8, Street 476
Sangkat Toul Tompoung I, Khan Chamkar Mon
Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Myanmar

Heinrich-Böll-Stiftung
No. 45/A, Kan Lane 3
Kan Road, Kamayut Township
Yangon, Myanmar
T +95-9-3168 5846 **E** info@mm.boell.org
W www.mm.boell.org

Region Pakistan

Heinrich-Böll-Stiftung, House# 5, Street# 90,
G-6/3, Embassy Road, Islamabad
T +92-51-2271545 **F** +92-51-2271548
E info@pk.boell.org **W** www.pk.boell.org

Region Südostasien

Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960-2 **F** +66-2-6627576
E office@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Afrika**Nigeria**

Heinrich-Böll-Stiftung, 3rd Floor, Rukayat Plaza
93, Obafemi Awolowo Way, Jabi District, Abuja
T +234-809-2960 591
E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Region Ostafrika/Horn von Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung, Forest Road
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745 **F** +254-20-374 91 32
E ke-info@ke.boell.org **W** www.ke.boell.org

Region Südliches Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung
8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street,
Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika**Afghanistan**

Heinrich-Böll-Stiftung
T +93-700-295972
E info@af.boell.org **W** www.af.boell.org

Israel

Heinrich-Böll-Stiftung
1 Har Sinai St. 2nd floor, Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34 **F** +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Region Arabischer Naher Osten

Heinrich-Böll-Stiftung, Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Region Mittlerer Osten

Heinrich-Böll-Stiftung
Achrafieh, St. Nicolas' Garden, Selim Boustros Street
Jbeili Building, 4th Floor
P. O. Box 175 510, Mar Mikhael, Beirut, Libanon
T +961-1216073 **F** +961-1216037
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Tunesien

Heinrich-Böll-Stiftung
5, Rue Jamel Abdennasser, 1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345 **F** +216 71 322 346
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Marokko

Heinrich-Böll-Stiftung
17, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat, Marokko
T +212-537 20 20 93 **F** +212-537 20 20 92
E ma-info@ma.boell.org **W** www.ma.boell.org

Lateinamerika**Brasilien**

Heinrich-Böll-Stiftung
Rua da Glória 190, ap. 701
20241-180 Rio de Janeiro, Gloria, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Region Cono Sur

Heinrich-Böll-Stiftung
Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72 **F** +56-2-2584 01 72-101
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (Mexiko-Stadt)

Heinrich-Böll-Stiftung
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org **W** www.mx.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)

Heinrich-Böll-Stiftung
Residencial Zanzibar,
Pasaje A-Oriente No. 24, San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E sv-info@sv.boell.org **W** www.mx.boell.org

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung**Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg**

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern

Reichenbachstraße 3a, 80469 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Sebastianstr. 21, 10179 Berlin
T 030-308 779 480 **F** 030-308 779 487
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Dortustraße 52, 14467 Potsdam
T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57820
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Plantage 13, 28215 Bremen
T 0421-35 23 68 **F** 0421-35 23 89
E ruedel.boell@arcor.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70 **F** 040-380 93 62
E info@umdenken-boell.de
W www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Niddastrasse 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-23 94 78
E info@hbs-hessen.de **W** www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Friedrichstraße 23, 18057 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt**Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen**

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 08 25
E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60 **F** 0681-58 35 36
E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Schützengasse 18, 01067 Dresden
T 0351-494 33 11 **F** 0351-494 34 11
E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Fördern und spenden

Wir danken unseren Unterstützern und Unterstützerinnen! Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen viele Menschen, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und ihr Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Mit Ihren Beiträgen fördern wir unbürokratisch und schnell dort, wo es die Heinrich-Böll-Stiftung selbst meist aus rechtlichen Gründen nicht kann. Zum Beispiel unterstützen wir kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die auch geringe Summen eine große Hilfe sind. 2015 förderten wir vor allem Projekte für oder mit Geflüchteten. In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich und unseren Auslandsbüros konnten wir schon vielen politisch verfolgten Künstler/innen eine Zuflucht ermöglichen (siehe Seite 37). Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinationsteam, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Und Sie haben die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartner/innen ins Ausland und/oder an einer Regionalreise im Inland teilzunehmen. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit. Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter aktiver Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber/in, als Moderator/in oder Gesprächsteilnehmer/in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

dienstlich privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte
bitte mit 45c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin



Elisabeth Kiderlen und Julius Heinicke,
Koordinationsgremium des Freundeskreises



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundes-
kreises Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern.

Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Im Jahr 2015 führte die Reise nach Mexiko, 2016 geht es nach Prag. Informieren Sie sich über unser Programm:

W www.boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:

Ulrike Cichon

T 030-28534-112 **F** 030-28534-5112

E cichon@boell.de

W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BFSWDE33BER

IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

SEPA*-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend):

Kreditinstitut:

BIC:

IBAN:

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift:

- Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigran-

ten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.

- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Mitgliederversammlung	49 Mitglieder
Aufsichtsrat	9 Mitglieder

Vorstand		Geschäftsführung	Gremien und Fachbeiräte
Ralf Fücks Carmen Herzog Sekretariat: Jana Ewald (-105)	Barbara Unmüßig Jana Proisinger Sekretariat: Kathrin Klaua (-114)	Dr. Livia Cotta Eva-Maria Betz Sekretariat: Martin Berteit (-111) Verena Duentsch Freundinnen und Freunde Ulrike Cichon (-112) Interne Revision Susanne Raukamp Organisationsentwicklung und Wissensmanagement Dr. Kristina Heße	Freundinnen und Freunde Frauenrat Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik
Gemeinschaftsaufgaben			
Geschlechterdemokratie Henning von Bargaen	Interkulturelles Management/ Diversity Mekonnen Mesghena		

Internationale Zusammenarbeit	Politische Bildung Inland
Leitung: Steffen Heizmann Sandra Jackson (-300)	Leitung: Peter Siller Petra Stegemann (-248) Andrea Mesch

Internationale Politik Dr. Heike Löschmann Joanna Barelkowska Simone Zühr Internationale Umweltpolitik Lilia Fuhr Björn Ecklundt Kristin Funke Annette Kraus Internationale Agrarpolitik Dr. Christine Chemnitz Sonja Kundler Inka Drewitz Außen- und Sicherheitspolitik Gregor Enste Stephanie Mendes Candido Internationale Geschlechterpolitik/LSBTI Jana Mittag Demokratieförderung Claudia Rolf Ulrike Seidel Regionaleferat Afrika Leitung: Kirsten Maas-Albert Beate Adolf Nicola Egelhof Maria Kind <i>Büro Kapstadt:</i> Layla Al-Zubaidi <i>Büro Nairobi:</i> Ulf Terlinden <i>Büro Abuja:</i> Christine K Regionaleferat Nahost und Nordafrika Leitung: Dr. Antonie Nord Jan-Bauke Baumann Birgit Arnhold Sandra Nenninger Niko Pewesin <i>Büro Tel Aviv:</i> Kerstin Müller <i>Büro Ramallah:</i> Dr. Bettina Marx <i>Büro Tunis:</i> Joachim Paul <i>Büro Rabat:</i> Dr. Dorothea Rischewski <i>Büro Beirut:</i> Dr. Bente Scheller	Regionaleferat Asien Leitung: Katrin Altmeyer Jost Pachaly Ella Soesanto Julia Behrens Thorsten Volberg <i>Büro Yangon:</i> Mirco Kreibich <i>Büro Bangkok:</i> Manfred Hornung <i>Büro Islamabad (zuständig auch für Afghanistan):</i> Marion Müller <i>Büro Neu Delhi:</i> Dr. Axel Harneit-Sievers <i>Büro Phnom Penh:</i> Ali Al-Nasani <i>Büro Peking:</i> Christina Sadeler Regionaleferat Ost- und Südosteuropa Leitung: Walter Kaufmann Robert Sperfeld Gudrun Fischer Nina Happe Petra Zimmermann Katja Giebel Ulla Niehaus <i>Büro Belgrad:</i> Dr. Andreas Poltermann <i>Büro Moskau:</i> Johannes Voswinkel <i>Büro Kiew:</i> Sergej Sumlenny <i>Büro Tbilisi:</i> Nino Lejava <i>Büro Sarajevo:</i> Marion Kraske	Regionaleferat Lateinamerika Leitung: Ingrid Spiller Petra Tapia Ines Thomssen Iciar Oquinea Julia Ziesche <i>Büro Mexiko-Stadt:</i> Annette von Schönfeld <i>Büro Rio de Janeiro:</i> Dr. Dawid Bartelt <i>Büro Santiago de Chile:</i> Dr. Ingrid Wehr Regionaleferat EU/Nordamerika Leitung: Dr. Sergey Lagodinsky Dr. Christine Pütz Ewa Peteja Sigrid Lukoschus Claudia Rothe Sabine Hämmerling <i>Büro Brüssel:</i> Klaus Linsenmeier <i>Büro Istanbul:</i> Kristian Brakel <i>Büro Paris:</i> Jens Althoff <i>Büro Prag:</i> Eva van de Rakt <i>Büro Thessaloniki:</i> Olga Drossou <i>Büro Warschau:</i> Irene Hahn-Fuhr <i>Büro Washington:</i> Bastian Hermisson Steuerung und Evaluierung Leitung: Julia Scherf Christiane Dilger Kirsten Dagane Murat Pekün Angelika Rössler Ruth Kleefisch Liliya Deryn Barbara Assheuer Renate Eisape Ina Bogusz Grit Leutzsch	<i>Programmteam I (Schwerpunkt: Demografischer Wandel)</i> Bildung und Wissenschaft Philipp Antony David Handwerker Sozialpolitik Dorothee Schulte-Basta Lisa Beier (Elternzeit) Vertretung: Benjamin Glück Migration und Diversity Mekonnen Mesghena Anke Bremer Sarah Schwahn (Website Migration «Heimatkunde») <i>Programmteam II (Schwerpunkt: Ökologische Wende)</i> Ökologie und Nachhaltigkeit Dr. Stefanie Groll Rita Hoppe Zoha Aghamehdi Wirtschaft und Finanzen Ute Brümmer Monika Steins Kommunalpolitik und Stadtentwicklung Sabine Drewes Solveig Bartusch Andrea Meinecke <i>Programmteam III (Schwerpunkt: Digitaler Wandel)</i> Demokratie Dr. Anne Ulrich Eike Botta-Venhorst Kulturpolitik und Neue Medien Christian Römer Karin Lenski Gesellschaftspolitik Michael Stognienko
--	--	--	---

	Studienwerk	Unternehmensdienste	
		Kommunikation	Haushalt und Finanzen
	Leitung: Dr. Ulla Siebert Bärbel Karger (-400) Kathrin Hohmann-Mehring	Leitung: Annette Maennel Natalie Kraneiß (-200)	Leitung: Patrick Berg Katrin Suwart (-141)
Grüne Akademie Koordination: Dr. Anne Ulrich Stephan Depping Archiv Grünes Gedächtnis Leitung: Dr. Christoph Becker-Schaum Julia Breggott Robert Camp Anne Vechtel Steffi Rönnefarth Eva Sander (Elternzeit) Vertretung: Steffi Grimm Heinrich Böll Leben und Werk (Köln) Dr. Jochen Schubert Markus Schäfer Haus Langenbroich Sigrun Reckhaus	Studienförderung Christine Dietz Anja Schleich Kerstin Simonis Gabriele Tellenbach Elisabeth Zylla Michaela Hunger Birgit Kahlau Malgorzata Lewandowska Christian Polzin Jana Schickel Angelika Steinborn Promotionsförderung Dr. Jutta Helm Wilma Weber Auswahlverfahren Mirjam Ries Alumni-Programm Dr. Janina Bach Finanzen Liette Thill	Presse Michael Alvarez Kalverkamp Vera Lorenz Online-Redaktion/Internet Lukas Fischer Peggy Marquardt Mirja Brücker Sebastian Dörfler Lektorat Bernd Rheinberg Susanne Dittrich Layout/Marketing Elke Paul, Lisa Kreuzter, Aygen Schruoffeneger (Besuchsgruppen) Konferenzzentrum Eva Klakl Gundula Fienbork (bis 04/16) Julia Reiter Tini Leonhardt Sabine König Soumicha El Homri Tom Timmerhoff	Haushalt und Bilanzierung Alexander Baasner Ellen Deuse Ünay Özkan Frank Schulz Munkhzul Togmid Nisveta Seho Katja Hamel Operative Finanzbuchhaltung Michaela Krethe (Elternzeit) Jutta Rickmann Valerian Rautenberg Hans-Jörg Wilhelm Marianne Brade Angelika Weiland Silke Richter Richtlinien Dr. Gerd Frickenhelm
Gunda-Werner-Institut		IT/Technische Dienste	Personal
Leitung: Henning von Barga und Dr. Ines Kappert		Leitung: Bert Bloss Martina Kulla (-170)	Leitung: Petra Nibbe
Susanne Diehr Christiane Bornstedt Christine Weiß Francesca Schmidt		Server- und Netzbetriebe Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Christopher Golze Technische Dienste Martina Kulla Annett Kretschmann Mamadou Lamine Hane	Personalbetreuung Marzena Matuschak Swetlana Kuzjaev (Elternzeit) Vertretung: Friederike Schmidt Nadine Arendt (Elternzeit) Vertretung: Nicole Thom Sascha Loos Angela Hahn
Weiterbildungsakademie GreenCampus			
Leitung: Christian Neuner-Duttenhofer			
Wolfgang Pohl (Kommunalpolitik) Paulina Berndt (Elternzeit) Vertretung: Simon Oehlers (interne Weiterbildung) Maria Pajonk, Barbara Heitkämper			

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform ge-

sellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2015 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 194 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat Dr. Livia Cotta inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, in Frankreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Im Jahr 2015 standen der Stiftung circa 57,6 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Die grüne politische Stiftung
Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T 030-2853 40 **F** 030-2853 41 09
E info@boell.de **W** www.boell.de

Umschlagfoto: Islam, 24 Jahre, geflüchtet aus Syrien

In den Händen hält sie eine syrische 5-Pfund-Note mit den Unterschriften ihrer Klassenkameradinnen – eine Erinnerung an ihre verlorene Heimat. Das Foto ist Teil der Fotoausstellung «Exilium» von Marta Bogdańska (siehe Seite 5).